



Bundesministerium  
der Finanzen

Das Ministerium



# Monatsbericht des BMF 2006

Januar

Februar

März

**April**

Mai

Juni

Juli

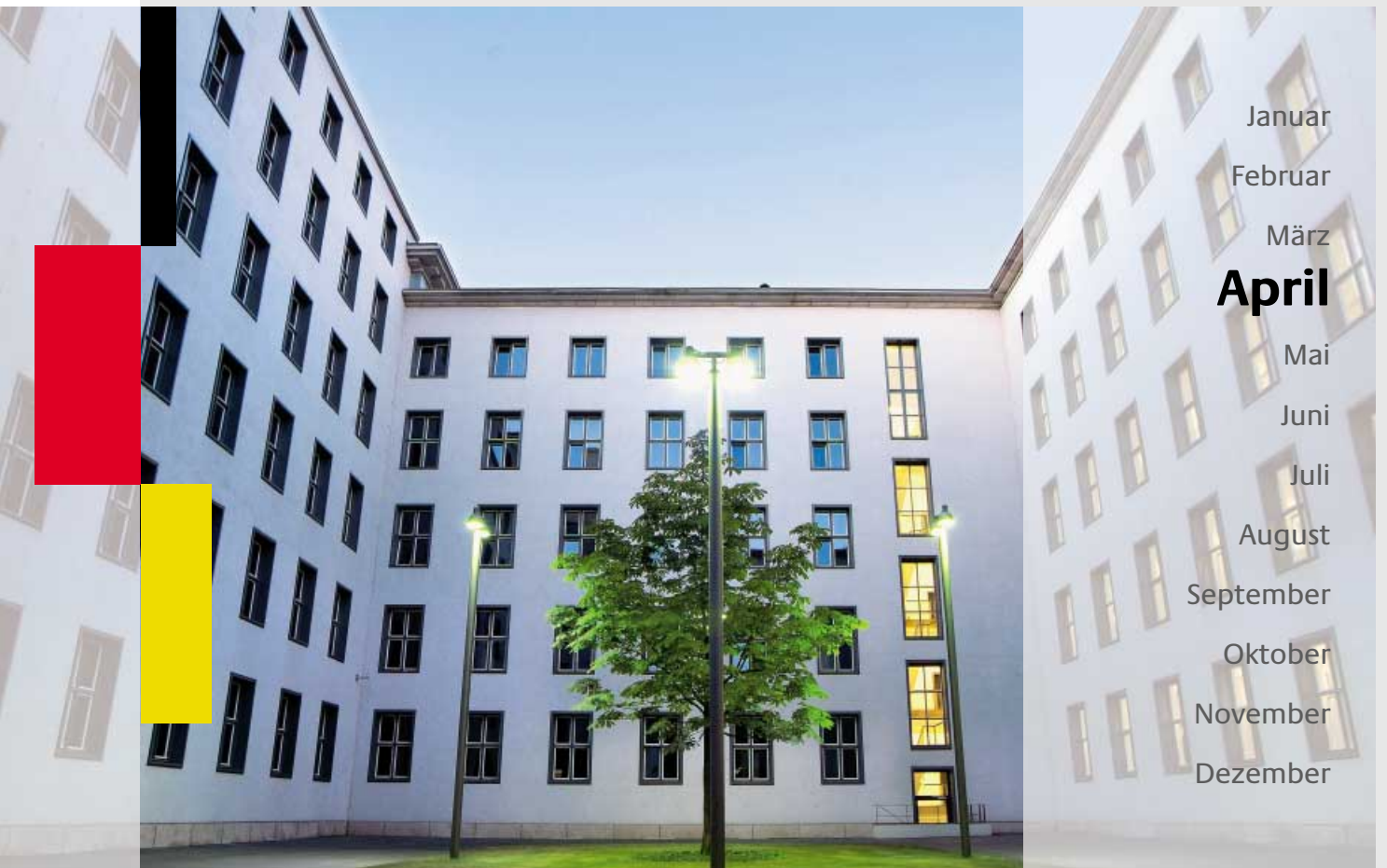
August

September

Oktober

November

Dezember





# Monatsbericht des BMF

## April 2006



# Inhaltsverzeichnis

<b>Editorial .....</b>	<b>7</b>
<b>Übersichten und Termine .....</b>	<b>9</b>
Finanzwirtschaftliche Lage .....	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes .....	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht .....	22
Entwicklung der Länderhaushalte Januar bis Februar 2006 .....	27
Termine .....	28
<b>Analysen und Berichte .....</b>	<b>31</b>
20. Subventionsbericht der Bundesregierung .....	33
Bevölkerungsalterung und Staatsausgaben: Ergebnisse neuer Langfristrechnungen für die Mitgliedstaaten der EU .....	41
Entwicklung der Länderhaushalte im Jahr 2005 .....	49
Die Steuereinnahmen der Kommunen (ohne Stadtstaaten) im Jahr 2005 .....	57
Überblick über die aktualisierten Stabilitäts- und Konvergenzprogramme 2005 der EU-Mitgliedstaaten .....	61
Globalisierung: Entwicklungen in Schwellenländern und ihre Auswirkungen .....	73
Zoll legt Jahresbilanz 2005 vor .....	85
<b>Statistiken und Dokumentationen .....</b>	<b>89</b>
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung .....	92
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte .....	115
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung .....	121

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monats-  
berichts sind für Anregungen und Kritik dankbar.  
Bundesministerium der Finanzen  
Redaktion Monatsbericht  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin  
<http://www.bundesfinanzministerium.de> oder  
<http://www.bmf.bund.de>  
[Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de](mailto:Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de)

## Editorial

### Liebe Leserinnen und Leser,

das Bundeskabinett hat am 15. März 2006 den 20. Subventionsbericht verabschiedet. Der Bericht umfasst die Entwicklung der Finanzhilfen und Steuervergünstigungen im Zeitraum 2003 bis 2006. Neben der üblichen Darstellung der Subventionspolitik und der Entwicklung der Fördermaßnahmen im Einzelnen wurde mit dem 19. Subventionsbericht auch eine Neuabgrenzung des Subventionsbegriffs vorgenommen. Die damit verbundene Ausweitung der in die Berichterstattung einfließenden Finanzhilfen und Steuervergünstigungen führt für sich genommen zu einem Anstieg des ausgewiesenen Subventionsvolumens. Insgesamt liegen die Subventionen im Jahr 2006 bei 22,4 Mrd. €. Sie sind – auf Basis der Neuabgrenzung – im betrachteten Zeitraum um 1,4 Mrd. € gesunken. Diese Entwicklung ist geprägt durch die Rückführung der direkt aus dem Bundeshaushalt gezahlten Finanzhilfen. Der deutliche Abbau der Finanzhilfen trägt seit mehreren Jahren zur Haushaltskonsolidierung bei. Die Steuervergünstigungen hingegen werden im Jahr 2006 noch in etwa auf dem Niveau von 2003 liegen. In den nächsten Jahren wird der Abbau von Steuervergünstigungen allerdings an Bedeutung gewinnen. Mit der Entscheidung über die Abschaffung der Eigenheimzulage ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung getan.

Insgesamt positiv haben sich im vergangenen Jahr die Länderhaushalte entwickelt. Der Zuwachs der Einnahmen lag leicht über dem Ausgabenanstieg. Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit hat sich dementsprechend im Vergleich zum Vorjahr um weitere 0,3 Mrd. € auf rund 24,1 Mrd. € verringert. Auch das Finanzierungsdefizit der Kommunen hat sich im Jahr 2005 im Vergleich zum Vorjahr um 1,5 Mrd. € auf 2,3 Mrd. € weiter reduziert. Dies lag – wie auch



im Jahr 2004 – an der positiven Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens.

Die Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf Wirtschaft und Gesellschaft und nicht zuletzt auch auf die öffentlichen Haushalte werden heute in vielen Ländern intensiv diskutiert. Die EU-Kommission und der Wirtschaftspolitische Ausschuss der EU haben im Februar dem ECOFIN-Rat einen gemeinsamen Bericht über die potenziellen Auswirkungen der Bevölkerungsalterung mit einem Zeithorizont bis 2050 vorgelegt. Dabei wurden vor allem solche Budgetkomponenten untersucht, die von Änderungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung voraussichtlich stark beeinflusst werden. Obwohl mit der Darstellung noch keine Prüfung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen als Ganzes erfolgt ist, lassen sich jetzt schon wichtige Schlüsse über langfristige Konsequenzen für die öffentlichen Haushalte und darauf zielende politische Weichenstellungen ziehen.

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind verpflichtet, der EU-Kommission jedes Jahr aktualisierte Stabilitäts- (Euroländer) bzw. Konvergenzprogramme vorzulegen. Die aktuellen Programme stellen die kurz- und mittelfristige Finanzpolitik für die Jahre 2004 bis 2008 dar. Die wirtschaftliche Schwächephase der letzten Jahre schlägt sich bei den meisten Ländern weiterhin in relativ hohen Defiziten der öffentlichen Haushalte nieder. Zurzeit liegt bei zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Union ein übermäßiges Defizit vor. Darunter sind fünf

Euroländer (Deutschland, Frankreich, Italien, Griechenland und Portugal) und sieben Nicht-Euroländer (Großbritannien, Polen, Tschechische Republik, Ungarn, Slowakei, Zypern und Malta). Die meisten Euroländer erwarten nach einem schwachen BIP-Wachstum im Jahr 2005 für dieses Jahr wieder ein kräftigeres Wachstum. Dies ist vor allem für die Länder mit übermäßigen Defiziten eine Chance und auch eine Verpflichtung, auf Basis einer besseren Wirtschaftsentwicklung in den kommenden Jahren zu spürbaren Fortschritten in der Haushaltskonsolidierung zu kommen.

Mit der zunehmenden weltwirtschaftlichen Verflechtung und der Liberalisierung des Güter- und Kapitalverkehrs sind besonders die Kapitalströme in die Märkte der so genannten Schwellenländer rasant angestiegen und haben dort einen Wachstums- und Modernisierungsschub bewirkt. Für die Schwellenländer bietet die Globalisierung die Möglichkeit, nicht nur Anschluss an die Weltwirtschaft zu gewinnen, sondern auch selbst zunehmend zum Wachstumsmotor der Weltwirtschaft zu werden. Auch die deutsche Wirtschaft ist als Anbieter von Qualitäts-

produkten, Imagemarken und hoch entwickelten Technologien gut aufgestellt, um von dieser Entwicklung zu profitieren.

Die Bilanz der deutschen Zollverwaltung für das Jahr 2005 wurde im März dieses Jahres vorgestellt. Die Zollverwaltung hat unterschiedliche Tätigkeitsschwerpunkte. Dazu zählt neben der Erhebung von Einfuhrabgaben und Verbrauchsteuern seit vielen Jahren die Bekämpfung des Zigarettenschmuggels, der Rauschgiftkriminalität und der Produktpiraterie. Hinzu gekommen ist in der jüngeren Vergangenheit ein neues, aus finanz- und wirtschaftspolitischer Perspektive ebenfalls sehr bedeutsames Betätigungsfeld, nämlich der Kampf gegen die Schwarzarbeit. In allen Aufgabenbereichen hat der Zoll im vergangenen Jahr überzeugende Arbeit geleistet.



Dr. Thomas Mirow  
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen





## Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage .....	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes .....	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht .....	22
Entwicklung der Länderhaushalte Januar bis Februar 2006 .....	27
Termine .....	28



# Finanzwirtschaftliche Lage

Der am 22. Februar 2006 vom Bundeskabinett beschlossene Haushaltsentwurf 2006 befindet sich zurzeit in den parlamentarischen Beratungen. Bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 2006

(voraussichtlich im Laufe des Monats Juli) richtet sich die vorläufige Haushaltsführung nach Artikel 111 Grundgesetz.

## Entwicklung des Bundeshaushalts

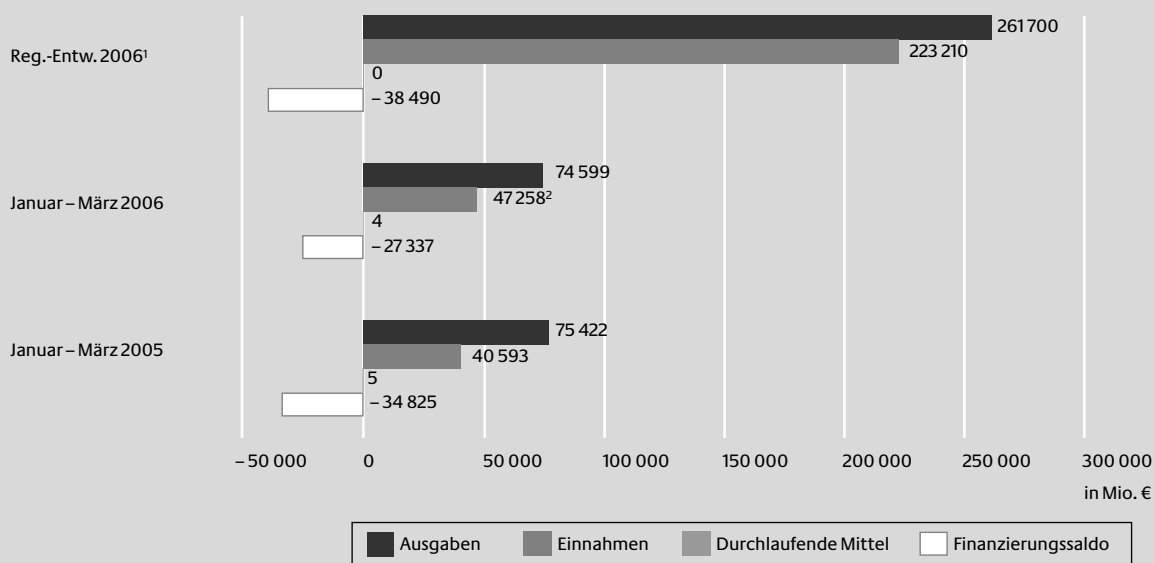
	Reg.-Entw. <sup>1</sup> 2006	Ist-Entwicklung <sup>2</sup> Januar bis März 2006
Ausgaben (Mrd. €)	261,7	74,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	0,7	– 1,1
Einnahmen (Mrd. €)	223,2	47,3 <sup>3</sup>
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	– 2,3	16,4
Steuereinnahmen (Mrd. €)	192,5	38,2 <sup>3</sup>
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	1,2	8,6
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	– 38,5	– 27,3
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	–	– 26,6
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	– 0,2	0,0
Nettokreditaufnahme/aktueller Finanzmarktsaldo (Mrd. €)	– 38,3	– 0,8

<sup>1</sup> Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

<sup>2</sup> Buchungsergebnisse.

<sup>3</sup> Vorläufiges Ergebnis, da die Gemeinschaftsteuern des Saarlandes streikbedingt nicht berücksichtigt sind.

## Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



<sup>1</sup> Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

<sup>2</sup> Vorläufiges Ergebnis, da die Gemeinschaftsteuern des Saarlandes streikbedingt nicht berücksichtigt sind.

Die Ausgaben des Bundes bis einschließlich März lagen mit 74,6 Mrd. € um 0,8 Mrd. € (– 1,1 %) unter dem Vorjahresergebnis. Die Ausgabenminderung ist im Wesentlichen auf die geringere Inanspruchnahme von Liquiditätshilfen durch

die Bundesagentur für Arbeit zurückzuführen. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Entwicklung der Arbeitsmarktausgaben insgesamt im weiteren Jahresverlauf mit Risiken behaftet ist.

## Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist 2005	Reg.-Entw. <sup>1</sup> 2006	Ist-Entwicklung Januar bis März 2006		Ist-Entwicklung Januar bis März 2005		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Allgemeine Dienste	47 505	48 006	12 264	16,4	11 481	15,2	6,8
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3 840	3 974	1 383	1,9	1 188	1,6	16,4
Verteidigung	27 768	27 712	6 840	9,2	6 609	8,8	3,5
Politische Führung, zentrale Verwaltung	7 866	7 672	2 081	2,8	2 063	2,7	0,9
Finanzverwaltung	2 899	3 390	698	0,9	745	1,0	– 6,3
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	11 444	12 445	2 567	3,4	2 431	3,2	5,6
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	925	925	184	0,2	172	0,2	–
BAföG	1 049	1 090	373	0,5	391	0,5	– 4,6
Forschung und Entwicklung	6 666	7 237	1 390	1,9	1 377	1,8	0,9
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	133 048	134 442	38 578	51,7	40 370	53,5	– 4,4
Sozialversicherung	75 898	74 772	23 832	31,9	23 991	31,8	– 0,7
Arbeitslosenversicherung	397	0	538	0,7	2 531	3,4	–
Grundsicherung für Arbeitsuchende	35 169	38 295	9 670	13,0	7 594	10,1	27,3
darunter: Arbeitslosengeld II	25 001	24 400	6 980	9,4	5 887	7,8	18,6
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 533	3 600	971	1,3	712	0,9	36,4
Wohngeld	1 085	1 000	157	0,2	244	0,3	– 35,7
Erziehungsgeld	2 873	2 830	713	1,0	732	1,0	– 2,6
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	3 118	2 865	786	1,1	937	1,2	– 16,1
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	912	914	191	0,3	202	0,3	– 5,4
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 788	1 650	339	0,5	523	0,7	– 35,2
Wohnungswesen	1 262	1 131	298	0,4	475	0,6	– 37,3
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	6 446	6 193	2 181	2,9	1 935	2,6	12,7
Regionale Förderungsmaßnahmen	1 226	868	133	0,2	192	0,3	– 30,7
Kohlenbergbau	1 645	1 582	1 582	2,1	1 238	1,6	27,8
Gewährleistungen	1 355	1 400	115	0,2	212	0,3	– 45,8
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 119	10 854	1 601	2,1	1 435	1,9	11,6
Straßen (ohne GVFG)	6 241	5 870	762	1,0	633	0,8	20,4
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	9 465	9 438	1 417	1,9	1 391	1,8	1,9
Bundeseisenbahnvermögen	5 472	5 430	1 091	1,5	1 087	1,4	0,4
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 443	3 453	257	0,3	232	0,3	10,8
Allgemeine Finanzwirtschaft	38 122	37 759	15 462	20,7	15 654	20,8	– 1,2
Zinsausgaben	37 371	37 991	15 263	20,5	15 464	20,5	– 1,3
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>259 849</b>	<b>261 700</b>	<b>74 599</b>	<b>100,0</b>	<b>75 422</b>	<b>100,0</b>	<b>– 1,1</b>

<sup>1</sup> Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

Die Einnahmen des Bundes übertrafen das Vorjahresergebnis mit 47,3 Mrd. € um 6,7 Mrd. € (+ 16,4%). Die Entwicklung der Einnahmen beruht sowohl auf der insgesamt positiven Entwicklung der Steuereinnahmen (+ 8,6%) als auch auf den im Vorjahresvergleich gestiegenen Verwaltungseinnahmen. Sie lagen im März um + 67 % über dem Vorjahresergebnis. Hier wirken sich der Bundesbankgewinn und vorzeitige Einnahmen aus Gewährleistungen aus dem Ausland positiv aus. Die Steuereinnahmen profitieren vor allem von der fortgesetzt positiven Entwicklung der Unternehmensgewinne und im Vergleich zum Vorjahreszeitraum geringeren Eigenmittelabfüh-

rungen an die EU. Das Ergebnis der Steuereinnahmen ist jedoch vorläufig, da zum Redaktionsschluss des Monatsberichts das Saarland die Abrechnung der im März abgelieferten Gemeinschaftsteuern streikbedingt noch nicht vorgenommen hat. Die Einnahmen können daher im Steuerbereich noch um etwa 0,1 Mrd. € steigen.

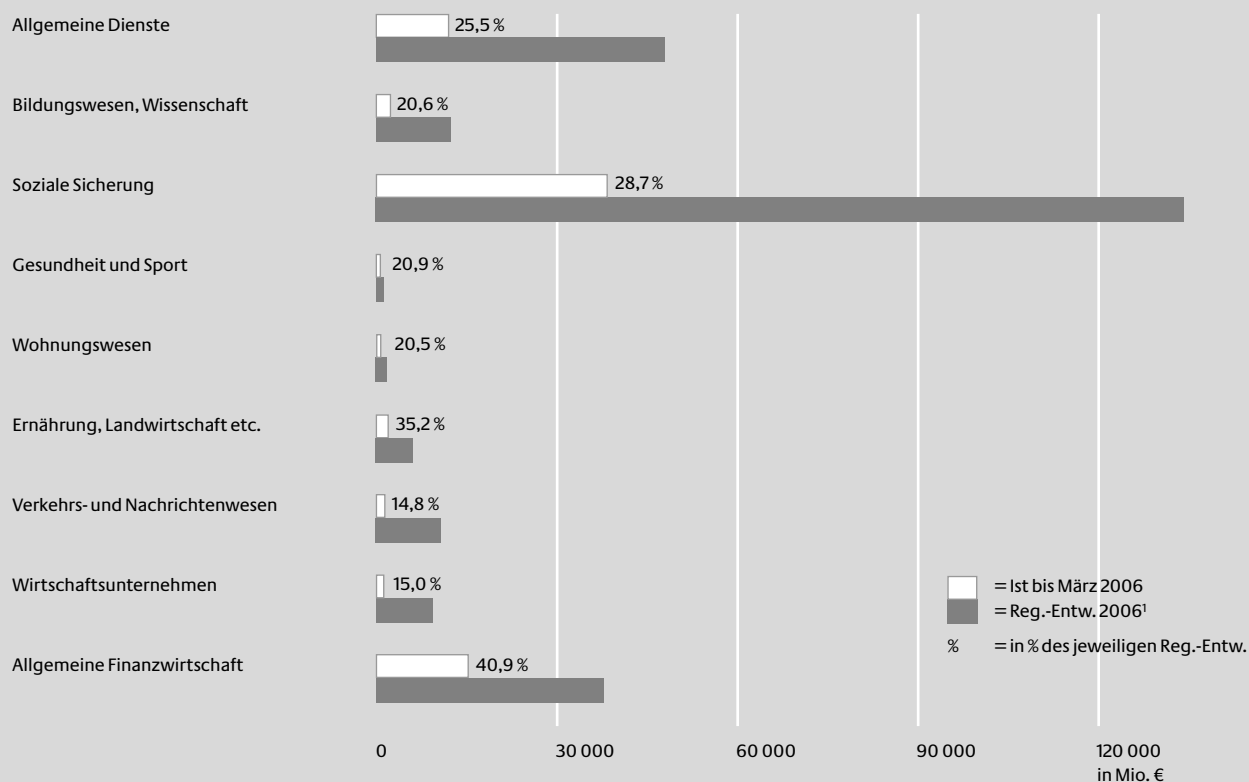
Die Aussagekraft der Zahlen zum Bundeshaushalt 2006 bleibt auch mit dem Ergebnis einschließlich März noch gering. Eine belastbare Vorhersage zum weiteren Jahresverlauf lässt sich weder aus den einzelnen Positionen noch aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo von – 27,3 Mrd. € ableiten.

## Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist 2005	Reg.-Entw. <sup>1</sup> 2006	Ist-Entwicklung Januar bis März 2006		Ist-Entwicklung Januar bis März 2005		Verän- derung ggü. Vorjahr
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	in %
<b>Konsumtive Ausgaben</b>	<b>236 088</b>	<b>239 667</b>	<b>70 273</b>	<b>94,2</b>	<b>69 454</b>	<b>92,1</b>	<b>1,2</b>
Personalausgaben	26 372	26 245	7 008	9,4	6 943	9,2	0,9
Aktivbezüge	19 891	19 827	5 131	6,9	5 085	6,7	0,9
Versorgung	6 481	6 418	1 877	2,5	1 858	2,5	1,0
Laufender Sachaufwand	17 712	18 068	3 656	4,9	3 135	4,2	16,6
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 596	1 475	300	0,4	238	0,3	26,1
Militärische Beschaffungen	7 992	8 426	1 631	2,2	1 325	1,8	23,1
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 124	8 167	1 725	2,3	1 572	2,1	9,7
Zinsausgaben	37 371	37 991	15 263	20,5	15 464	20,5	– 1,3
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse an Verwaltungen	154 274	156 970	44 263	59,3	43 827	58,1	1,0
an andere Bereiche	13 921	13 764	3 132	4,2	3 018	4,0	3,8
darunter:	140 353	143 206	41 134	55,1	40 993	54,4	0,3
Unternehmen	13 474	16 716	3 918	5,3	3 223	4,3	21,6
Renten, Unterstützungen u.a.	32 747	30 386	8 631	11,6	9 285	12,3	– 7,0
Sozialversicherungen	90 219	92 089	27 539	36,9	27 437	36,4	0,4
Sonstige Vermögensübertragungen	360	394	82	0,1	84	0,1	– 2,4
<b>Investive Ausgaben</b>	<b>23 761</b>	<b>23 216</b>	<b>4 326</b>	<b>5,8</b>	<b>5 968</b>	<b>7,9</b>	<b>– 27,5</b>
Finanzierungshilfen	16 516	16 249	3 495	4,7	5 254	7,0	– 33,5
Zuweisungen und Zuschüsse	12 617	12 748	2 208	3,0	2 049	2,7	7,8
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	3 340	2 913	1 028	1,4	2 968	3,9	– 65,4
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	559	588	258	0,3	237	0,3	8,9
Sachinvestitionen	7 246	6 967	831	1,1	714	0,9	16,4
Baumaßnahmen	5 779	5 495	621	0,8	509	0,7	22,0
Erwerb von beweglichen Sachen	961	936	144	0,2	136	0,2	5,9
Grunderwerb	506	536	66	0,1	69	0,1	– 4,3
<b>Globalansätze</b>	<b>0</b>	<b>– 1 183</b>	<b>0</b>		<b>0</b>		
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>259 849</b>	<b>261 700</b>	<b>74 599</b>	<b>100,0</b>	<b>75 422</b>	<b>100,0</b>	<b>– 1,1</b>

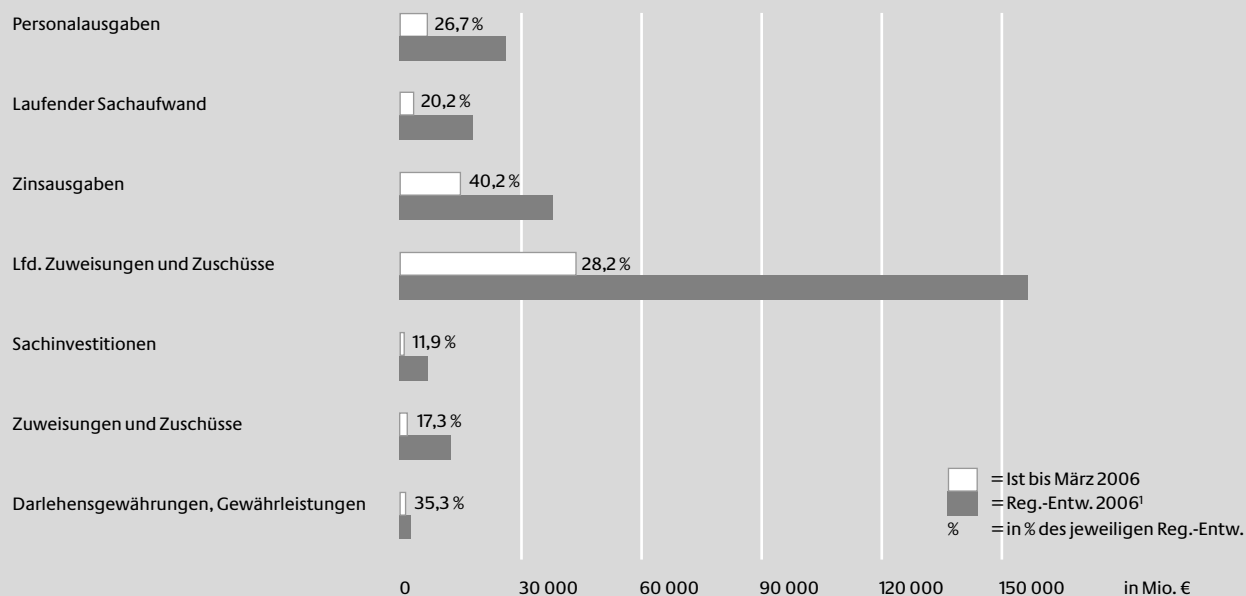
<sup>1</sup> Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

## Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis März 2006



<sup>1</sup> Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

## Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis März 2006



<sup>1</sup> Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

## Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Ist 2005	Reg.-Entw. <sup>1</sup> 2006	Ist-Entwicklung Januar bis März 2006 <sup>2</sup>		Ist-Entwicklung Januar bis März 2005		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
<b>I. Steuern</b>	<b>190 149</b>	<b>192 514</b>	<b>38 198</b>	<b>80,8</b>	<b>35 168</b>	<b>86,6</b>	<b>8,6</b>
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	146 608	150 514	33 769	71,5	32 351	79,7	4,4
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	70 910	73 664	14 701	31,1	13 783	34,0	6,7
davon:							
Lohnsteuer	50 541	53 405	10 482	22,2	10 458	25,8	0,2
veranlagte Einkommensteuer	4 150	4 032	- 884	- 1,9	- 1 598	- 3,9	- 44,7
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	4 976	4 880	1 125	2,4	1 350	3,3	- 16,7
Zinsabschlag	3 076	3 072	1 393	2,9	1 365	3,4	2,1
Körperschaftsteuer	8 166	8 275	2 586	5,5	2 208	5,4	17,1
Steuern vom Umsatz	74 149	75 531	18 985	40,2	18 500	45,6	2,6
Gewerbesteuerumlage	1 549	1 319	82	0,2	68	0,2	20,6
Mineralölsteuer	40 101	39 983	4 480	9,5	4 407	10,9	1,7
Tabaksteuer	14 273	14 600	2 786	5,9	2 499	6,2	11,5
Solidaritätszuschlag	10 315	10 333	2 628	5,6	2 541	6,3	3,4
Versicherungsteuer	8 750	8 730	3 792	8,0	3 854	9,5	- 1,6
Stromsteuer	6 462	6 600	1 492	3,2	1 200	3,0	24,3
Branntweinabgaben	2 151	2 189	400	0,8	336	0,8	19,0
Kaffeesteuer	1 003	990	213	0,5	265	0,7	- 19,6
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 14 581	- 14 515	- 3 701	- 7,8	- 3 654	- 9,0	1,3
BNE-Eigenmittel der EU	- 15 075	- 16 600	- 4 819	- 10,2	- 5 793	- 14,3	- 16,8
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 3 258	- 3 600	- 1 157	- 2,4	- 1 180	- 2,9	- 1,9
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 7 053	- 7 159	- 1 790	- 3,8	- 1 763	- 4,3	1,5
<b>II. Sonstige Einnahmen</b>	<b>38 260</b>	<b>30 696</b>	<b>9 060</b>	<b>19,2</b>	<b>5 425</b>	<b>13,4</b>	<b>67,0</b>
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	1 411	3 845	2 905	6,1	759	1,9	282,7
Zinseinnahmen	400	348	103	0,2	51	0,1	102,0
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	20 400	11 178	2 504	5,3	880	2,2	184,5
<b>Einnahmen zusammen</b>	<b>228 409</b>	<b>223 210</b>	<b>47 258</b>	<b>100,0</b>	<b>40 593</b>	<b>100,0</b>	<b>16,4</b>

<sup>1</sup> Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

<sup>2</sup> Vorläufiges Ergebnis, da die Gemeinschaftssteuern des Saarlandes streikbedingt nicht berücksichtigt sind.

## Vorläufiger Bericht über die Steuereinnahmen von Bund und Ländern im März 2006 (ohne Saarland)

Wegen eines Streiks bei den Finanzkassen und der Zentralen Datenverarbeitung Saar kann zurzeit kein vollständiger Bericht über die Steuereinnahmen des Monats März 2006 erstellt werden. Angesichts des geringen Anteils des Saarlands am Gesamtaufkommen wurde trotzdem ein Monatsergebnis ohne die von den Landesbehörden des Saarlands verwalteten Steuern ermittelt, um so einen ersten Überblick über die Einnahmensituation zu ermöglichen.

Zur Entwicklung der Steuereinnahmen im März 2006 gegenüber März 2005 (jeweils ohne Saarland):

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) stiegen im März 2006 um + 8,0 %. Dabei nahmen die gemeinschaftlichen Steuern um + 6,8 %, die Bundessteuern um + 8,7 % und die Ländersteuern um + 19,4 % zu.

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) stiegen gegenüber dem Vorjahr um + 9,5 %.

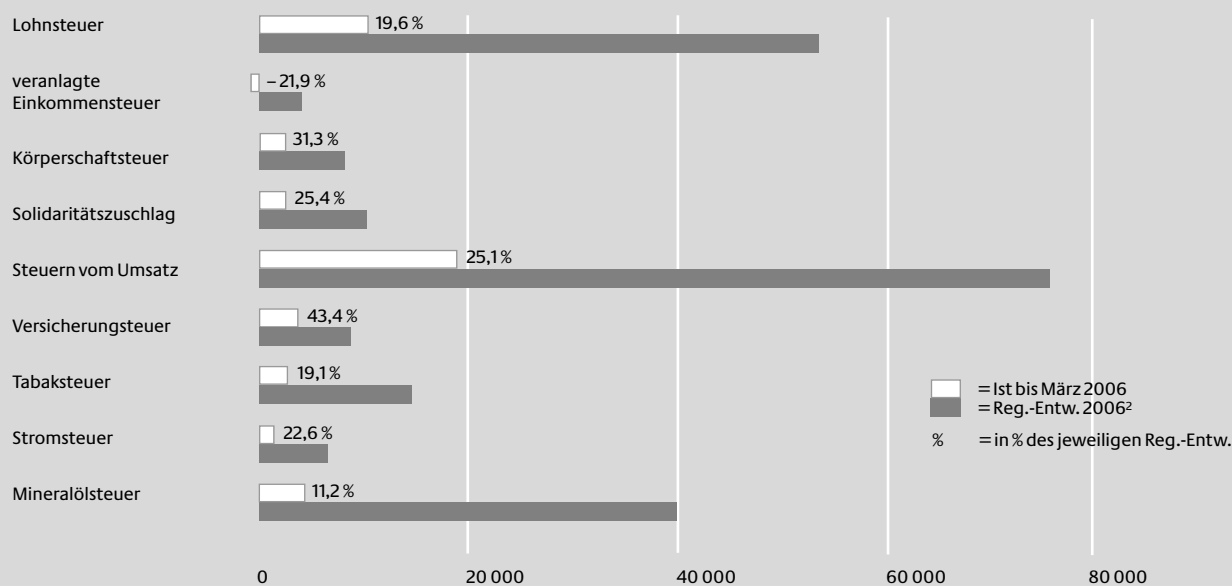
Bei der Lohnsteuer setzt sich der seit Jahresbeginn zu beobachtende Aufwärtstrend mit einem Plus gegenüber dem März des Vorjahres von 1,5 % weiter fort.

Das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer lag um + 1,1 Mrd. € über dem Vorjahresergebnis, was in erster Linie in der verbesserten Gewinnsituation der Unternehmen und rückläufigen Auszahlungen bei der Eigenheimzulage begründet sein dürfte. Hier wirkt sich aus, dass in 2006 der sehr starke Baujahrgang 1998 nicht mehr gefördert wird und die Jahrgänge ab 2004 aufgrund der Kürzung der Grundzulage volumenmäßig relativ klein sind.

Auch die positive Entwicklung bei der Körperschaftsteuer (+ 3,0 %) kann als Indiz für die anhaltend gute Gewinnsituation der Unternehmen gewertet werden.

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag zeigt sich im März ein weiterer Ausschlag nach unten (– 14,6 %). Hier bleibt weiter abzuwarten, ob die großen Dax-Konzerne die angekündigten

### Die Steuereinnahmen<sup>1</sup> des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis März 2006



<sup>1</sup> Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

<sup>2</sup> Vorläufiges Ergebnis, da die Gemeinschaftsteuern des Saarlandes streikbedingt nicht berücksichtigt sind.



hohen Dividendenzahlungen im Verlauf des Jahres 2006 tätigen werden.

Nach einer Unterbrechung im Vormonat setzte sich beim Zinsabschlag der Aufwärtstrend der vergangenen Monate mit einem Plus von 15,7 % weiter fort.

Das Aufkommen der Steuern vom Umsatz stieg im März 2006 um + 1,6 %. Wie in den Vormonaten zeigte sich wieder ein schwaches Ergebnis bei der Umsatzsteuer (– 4,8 %) und ein kräftiger Zuwachs bei der Einfuhrumsatzsteuer (+ 22,1 %). Der durch den starken Anstieg der Importe aus Nicht-EU-Staaten (Februar 2006: + 42,1 %) bedingte Zuwachs bei der Einfuhrumsatzsteuer hat über deren Vorsteuerabzug eine negative Rückwirkung bei der Umsatzsteuer. Das dadurch stark verzerrte Umsatzsteuerergebnis kann so für sich genommen keinen weiteren Aufschluss zur Entwicklung der Inlandsumsätze geben.

Das Aufkommen der reinen Bundessteuern stieg im März kräftig um + 8,7 %. Nach einem schwachen Ergebnis im Februar 2006 (– 4,2 %) legte die Mineralölsteuer wieder deutlich zu

(+ 4,0 %). Die Mehreinnahmen resultierten dabei fast ausschließlich aus den Steuern auf Heizöl und Erdgas. Bei der Tabaksteuer setzte sich die positive Entwicklung der Vormonate fort. Das Plus von 6,2 % dürfte in erster Linie auf die Wirkung der letzten Steuersatzerhöhung im September 2005 zurückzuführen sein. Maßgeblich zum erfreulichen Märzergebnis bei den Bundessteuern beigetragen haben die deutlichen Gewinne bei der Stromsteuer (+ 53,6 %) und die Aufwärtsentwicklung bei der Branntweinsteuer (+ 26,2 %).

Bei den reinen Ländersteuern war wie bereits in den Vormonaten ein kräftiger Zuwachs (+ 19,4 %) zu verzeichnen. Maßgeblich dafür war wieder ein deutliches Plus bei der Grunderwerbsteuer (+ 43,8 %). Dieser Effekt geht auf vorgezogene Immobilienerwerbe zurück, die zur Sicherung des Anspruchs auf Eigenheimzulage noch zum Jahresende 2005 getätigt wurden. Die Zugewinne bei der Erbschaftsteuer (+ 27,1 %), der Rennwett- und Lotteriesteuer (+ 23,4 %) und der Kraftfahrzeugsteuer (+ 4,4 %) trugen ebenfalls einen erheblichen Teil zu dem guten Ergebnis bei.

## Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (vorläufige Ergebnisse)<sup>1</sup>

2006	März <sup>4</sup>	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in %
<b>Gemeinschaftliche Steuern</b>		
Lohnsteuer <sup>2</sup>	8 702,4	1,5
veranlagte Einkommensteuer	- 1 595,1	.
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	885,8	- 14,6
Zinsabschlag	504,5	15,7
Körperschaftsteuer	4 704,1	3,0
Steuern vom Umsatz	9 911,8	1,6
Gewerbesteuerumlage	2,3	- 74,5
erhöhte Gewerbesteuerumlage	- 1,3	.
<b>Gemeinschaftliche Steuern insgesamt</b>	<b>23 114,5</b>	<b>6,8</b>
<b>Bundessteuern</b>		
Mineralölsteuer	3 295,5	4,0
Tabaksteuer	1 132,3	6,2
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	279,6	26,2
Versicherungsteuer	522,1	0,9
Stromsteuer	791,1	53,6
Solidaritätszuschlag	1 208,9	4,1
sonstige Bundessteuern	162,6	9,8
<b>Bundessteuern insgesamt</b>	<b>7 392,1</b>	<b>8,7</b>
<b>Ländersteuern</b>		
Erbschaftsteuer	380,5	27,1
Grunderwerbsteuer	578,2	43,8
Kraftfahrzeugsteuer	828,7	4,4
Rennwett- und Lotteriesteuer	169,4	23,4
Biersteuer	53,4	7,2
sonstige Ländersteuern	24,2	7,5
<b>Ländersteuern insgesamt</b>	<b>2 034,5</b>	<b>19,4</b>
<b>EU-Eigenmittel</b>		
Zölle	304,0	14,3
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	197,5	- 12,1
BNE-Eigenmittel	961,4	- 11,2
<b>EU-Eigenmittel insgesamt</b>	<b>1 463,0</b>	<b>- 7,0</b>
<b>Bund<sup>3</sup></b>	<b>15 703,2</b>	<b>9,5</b>
<b>Länder<sup>3</sup></b>	<b>14 346,5</b>	<b>7,3</b>
<b>EU</b>	<b>1 463,0</b>	<b>- 7,0</b>
<b>Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer</b>	<b>1 332,4</b>	<b>18,0</b>
<b>Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)</b>	<b>32 845,1</b>	<b>8,0</b>

<sup>1</sup> Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

<sup>2</sup> Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundesamt für Finanzen.

<sup>3</sup> Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

<sup>4</sup> März-Ergebnisse für gemeinschaftliche Steuern, Ländersteuern sowie Solidaritätszuschlag und Versicherungsteuer ohne Saarland (Wegen Streik in den Finanzkassen und der Zentralen Datenverarbeitung Saar keine Daten verfügbar).

# Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

## Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen sind im März weiter gestiegen. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, die Ende Februar bei 3,50 % lag, notierte Ende März bei 3,76 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – erhöhten sich von 2,66 % Ende Februar auf 2,82 % Ende März. Die Europäische Zentralbank hatte am 2. März 2006 beschlossen, die Leitzinsen um 25 Basispunkte anzuheben. Mit Wirkung vom 8. März liegt der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsge-

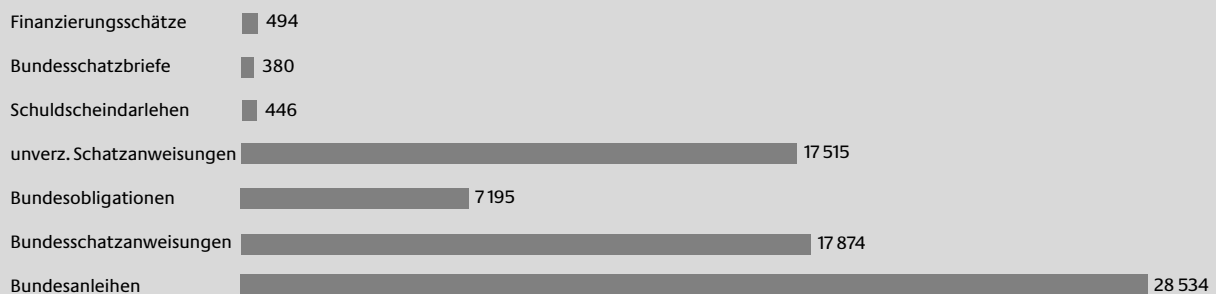
schäfte bei 2,50 %, der Zinssatz für die Einlagefazilität bei 1,50 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 3,50 %.

Die europäischen Aktienmärkte konnten im März erneut zulegen; der Deutsche Aktienindex stieg von 5796 auf 5970 Punkte, der 50 Spitzenwerte der Eurozone umfassende Euro Stoxx 50 von 3775 auf 3854 Punkte (Monatsendstände).

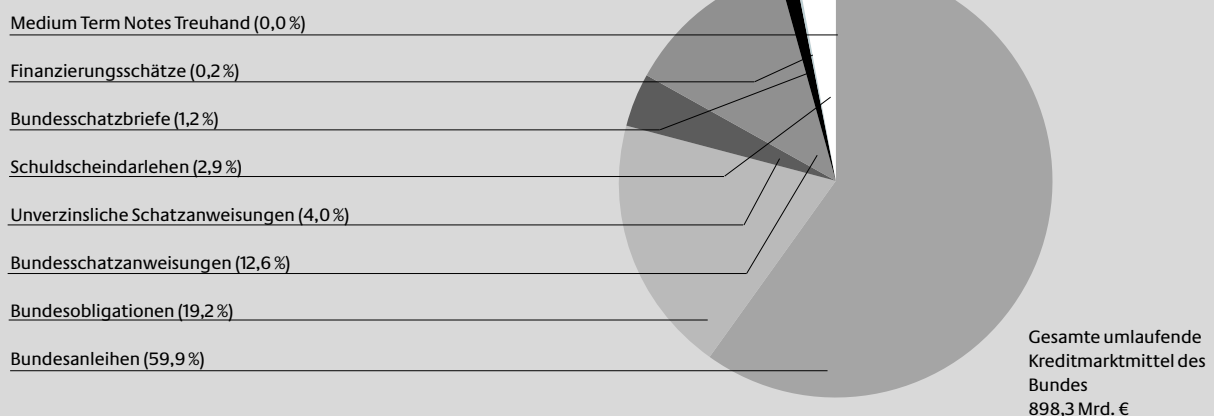
## Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet stieg im Februar 2006 auf

### Kreditaufnahme des Bundes bis März 2006 in Mio. €



### Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes per 31. März 2006



8,0 % (nach 7,6 % im Januar). Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresraten von M3 für den Zeitraum Dezember 2005 bis Februar 2006 lag mit 7,6 % geringfügig über dem Wert des Vergleichszeitraums November 2005 bis Januar 2006 (7,5%; Referenzwert: 4,5 %).

Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor stieg im Euroraum von 9,9 % im Januar auf 10,6 % im Februar. In Deutschland ist die Kreditnachfrage auch weiterhin deutlich schwächer als im Euroraum; die vorgenannte Kreditwachstumsrate erhöhte sich von 3,4 % im Januar auf 3,8 % im Februar.

### Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Die Bruttokreditaufnahme des Bundes betrug bis März 2006 72,4 Mrd. €. Davon wurden 63,8 Mrd. € im Rahmen des angekündigten Emissionskalen-

ders umgesetzt. Die übrige Kreditaufnahme wurde durch Marktpflegeoperationen, im Privatkundengeschäft des Bundes, über Schuldscheindarlehen sowie für den Bund erstmals mit einer inflationsindexierten Anleihe über 5,5 Mrd. € realisiert.

Gegenüber dem Stand per 31. Dezember 2005 haben sich die umlaufenden Kreditmarktmittel des Bundes einschließlich der Bestände an eigenen Wertpapieren bis zum 31. März 2006 um 0,31 % auf 898,3 Mrd. € erhöht.

Der Bund beabsichtigt, im 2. Quartal 2006 zur Finanzierung des Bundeshaushalts die in der Tabelle „Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2006“ dargestellten Emissionen im Gesamtbetrag von ca. 51 Mrd. € zu begeben.

Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätslage des Bundes oder der Kapitalmarktsituation ergeben.

Die Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen (Entschädigungsfonds und ERP) belau-

## Tilgungen und Zinszahlungen des Bundes<sup>1</sup> und seiner Sondervermögen im 2. Quartal 2006 (in Mrd. €)

### Tilgungen

Kreditart	April	Mai	Juni	Gesamtsumme 2. Quartal
Anleihen (Bund und Sondervermögen)	7,3	–	–	7,3
Bundesobligationen	–	–	–	–
Bundesschatzanweisungen	–	–	15,0	15,0
unverzinsliche Schatzanweisungen	5,9	5,9	5,9	17,8
Bundesschatzbriefe	0,5	0,0	0,6	1,2
Finanzierungsschätze	0,1	0,1	0,1	0,2
Fundierungsschuldverschreibungen	–	–	–	–
Ausgleichsfonds Währungsumstellung	–	–	–	–
Schuldscheindarlehen (Bund und Sondervermögen)	0,0	0,3	0,6	0,9
MTN Treuhand	–	–	–	–
<b>Gesamtes Tilgungsvolumen Bund und Sondervermögen</b>	<b>13,8</b>	<b>6,3</b>	<b>22,2</b>	<b>42,4</b>

### Zinszahlungen

	April	Mai	Juni	Gesamtsumme 2. Quartal
Zinszahlungen	2,3	0,1	1,3	3,7

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> Einschl. der seit 1999 in die Bundesschuld eingegliederten ehemaligen Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes, einschl. Ausgleichsfonds Währungsumstellung sowie einschl. des ab 2005 eingegliederten Fonds Deutsche Einheit.

fen sich im 2. Quartal 2006 auf rund 42,4 Mrd. €. Die Zinszahlungen des Bundes und seiner Son-

dervermögen (Entschädigungsfonds und ERP) be-  
laufen sich im 2. Quartal 2006 auf rund 3,7 Mrd. €.

## Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2006

### Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137131 WKN 113 713	Aufstockung	19. April 2006	2 Jahre fällig 14. März 2008 Zinslaufbeginn: 10. März 2006 erster Zinstermin: 14. März 2007	ca. 7 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141489 WKN 114148	Aufstockung	26. April 2006	5 Jahre fällig 8. April 2011 Zinslaufbeginn: 24. März 2006 erster Zinstermin: 8. April 2007	ca. 6 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135309 WKN 113 530	Neuemission	17. Mai 2006	10 Jahre fällig 4. Juli 2016 Zinslaufbeginn: 19. Mai 2006 erster Zinstermin: 4. Juli 2007	ca. 8 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137149 WKN 113 714	Neuemission	21. Juni 2006	2 Jahre fällig 13. Juni 2008 Zinslaufbeginn: 13. Juni 2006 erster Zinstermin: 13. Juni 2007	ca. 7 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141489 WKN 114 148	Aufstockung	28. Juni 2006	5 Jahre fällig 8. April 2011 Zinslaufbeginn: 24. März 2006 erster Zinstermin: 8. April 2007	ca. 5 Mrd. €
<b>2. Quartal 2006 insgesamt</b>				<b>ca. 33 Mrd. €</b>

### Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114908 WKN 111 490	Neuemission	10. April 2006	6 Monate fällig 18. Oktober 2006	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114916 WKN 111 491	Neuemission	15. Mai 2006	6 Monate fällig 15. November 2006	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114924 WKN 111 492	Neuemission	12. Juni 2006	6 Monate fällig 13. Dezember 2006	ca. 6 Mrd. €
<b>2. Quartal 2006 insgesamt</b>				<b>ca. 18 Mrd. €</b>

<sup>1</sup> Volumen einschließlich Marktpflegequote.

## Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die deutsche Wirtschaft ist auf Erholungskurs.
- Die wirtschaftliche Erholung dürfte neben dem Verarbeitenden Gewerbe mehr und mehr auch andere Bereiche erfassen und an Breite gewinnen.
- Die Arbeitsmarktsituation ist noch durch die lange wirtschaftliche Schwächephase geprägt. Positive Beschäftigungseffekte im Zusammenhang mit der konjunkturellen Erholung treten erst mit zeitlicher Verzögerung ein.
- Die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung in Deutschland verläuft – trotz Energieverteuerung – ohne inflationäre Verspannung.
- Die aktuellen Wirtschaftsdaten sichern die Jahresprojektion der Bundesregierung ab.

Die deutsche Wirtschaft ist wieder auf Erholungskurs. Die vorübergehende Wachstumspause im Schlussquartal des vergangenen Jahres wurde wohl im ersten Vierteljahr überwunden. Die verfügbaren Indikatoren sind mehrheitlich tendenziell aufwärts gerichtet. Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft ist so positiv wie lange nicht mehr. Der ifo-Geschäftsklimaindex für die gesamte gewerbliche Wirtschaft ist mittlerweile so hoch wie zuletzt im April 1991.

Allerdings bestehen aus heutiger Sicht noch Unsicherheiten darüber, wie stark die gesamtwirtschaftliche Leistung in den ersten drei Monaten dieses Jahres tatsächlich angestiegen ist. Aufgrund des Streiks im öffentlichen Dienst werden wichtige Indikatoren der Industrie und des Bauhauptgewerbes erst mit deutlicher Verzögerung veröffentlicht. Die Einzelhandelsumsätze unterliegen immer noch großen Schwankungen und bleiben revisionsanfällig. Die Steuereinnahmen, deren größten Teil die Lohnsteuer sowie die Umsatzsteuer ausmachen, sind ebenfalls nur bedingt aussagekräftig. Weniger problematisch ist dabei, dass die Steuereinnahmen in diesem Monat nur ohne die von den Landesbehörden des Saarlands verwalteten Steuern bekannt gegeben werden konn-

ten, da hier ebenfalls Streiks die Datenerhebung verhinderten. Angesichts des geringen Anteils des Saarlands am Gesamtaufkommen konnte – im Gegensatz zu den Industrieindikatoren – bereits ein Monatsergebnis ermittelt werden, das einen ersten Überblick über die Einnahmensituation ermöglicht. Weiterhin positiv entwickelten sich die Lohnsteuereinnahmen, die ihren Anfang des Jahres begonnenen Aufwärtstrend im März mit einem Zuwachs von 1,5 % gegenüber dem Vorjahr fortsetzten. Demgegenüber war der Anstieg der Steuern vom Umsatz um 1,6 % im Vergleich zum Vorjahr erneut auf einen kräftigen Zuwachs der Einfuhrumsatzsteuer (+ 22,1 %) bei gleichzeitigem Rückgang der Umsatzsteuer (– 4,8 %) zurückzuführen. Allerdings verzerrt der starke Anstieg durch den Vorsteuerabzug das Umsatzsteuerergebnis, so dass dieses keine direkten Schlüsse auf die Entwicklung der inländischen Umsätze zulässt.

Die Stimmungsverbesserung in allen Wirtschaftsbereichen, die überall sowohl auf eine günstigere Lagebeurteilung als auch optimistischere Geschäftsaussichten zurückzuführen ist, deutet darauf hin, dass die wirtschaftliche Erholung mehr und mehr die Binnenwirtschaft erfasst und somit an Breite gewinnt.

## Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2005 Mrd. €	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			2.Q.05	3.Q.05	4.Q.05	2.Q.05	3.Q.05	4.Q.05
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	2 138	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,0	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,0
jeweilige Preise	2 246	+ 1,3	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,4	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,4
<b>Einkommen</b>								
Volkseinkommen	1 684	+ 1,5	+ 1,8	- 0,9	+ 0,0	+ 2,2	+ 1,3	+ 1,7
Arbeitnehmerentgelte	1 129	- 0,5	- 0,1	- 0,5	- 0,4	- 0,4	- 0,6	- 0,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	555	+ 6,0	+ 5,7	- 1,9	+ 0,9	+ 7,4	+ 4,9	+ 8,3
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 468	+ 1,4	+ 1,5	+ 0,5	+ 0,2	+ 2,0	+ 2,1	+ 0,8
Bruttolöhne und -gehälter	909	- 0,3	- 0,2	- 0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,6
Sparen der privaten Haushalte	159	+ 3,2	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,8	+ 3,7	+ 3,9	+ 1,5
<b>Außenhandel</b>	2005		Veränderung in % gegenüber					
<b>Umsätze/ Produktion/ Auftragseingänge/</b>	Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			Jan 06	Feb 06	2- Monats- durch- schnitt	Jan 06	Feb 06	2- Monats- durch- schnitt
in jeweiligen Preisen								
<b>Außenhandel (Mrd. €)</b>								
Waren-Exporte	786	+ 7,5	+ 3,2	+ 4,6	+ 6,0	+ 13,2	+ 17,7	+ 15,4
Waren-Importe	626	+ 8,7	+ 2,8	+ 4,8	+ 8,2	+ 18,5	+ 24,0	+ 21,2
<b>Umsätze im Produzierenden Gewerbe</b>								
Industrie (Index 2000 = 100) <sup>1,2</sup>	110,1	+ 4,4	+ 0,0	-	+ 0,3	+ 3,6	-	+ 5,0
Inland <sup>1,2</sup>	101,9	+ 2,6	+ 0,0	-	- 0,0	+ 0,9	-	+ 2,1
Ausland <sup>1,2</sup>	123,5	+ 6,8	+ 0,0	-	+ 0,7	+ 7,3	-	+ 8,9
Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	74	- 5,7	- 8,0	-	- 5,6	- 3,8	-	- 3,1
in konstanten Preisen von 2000								
<b>Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2000 = 100)<sup>1</sup></b>								
Industrie <sup>1,2</sup>	103,7	+ 2,9	- 0,1	-	+ 0,5	+ 3,2	-	+ 4,0
Industrie <sup>1,2</sup>	106,4	+ 3,8	+ 1,3	-	+ 0,6	+ 4,8	-	+ 5,2
Bauhauptgewerbe <sup>1</sup>	76,1	- 5,3	- 7,3	-	- 0,6	- 9,2	-	- 5,4
<b>Auftragseingang (Index 2000 = 100)</b>								
Industrie <sup>1,2</sup>	108,5	+ 5,1	+ 1,4	-	+ 1,1	+ 10,6	-	+ 7,8
Inland <sup>1,2</sup>	98,1	+ 1,9	- 0,6	-	+ 0,3	+ 5,3	-	+ 2,4
Ausland <sup>1,2</sup>	121,5	+ 8,6	+ 3,3	-	+ 1,7	+ 15,9	-	+ 13,4
Bauhauptgewerbe <sup>1</sup>	72,5	- 2,6	- 11,2	-	+ 2,8	+ 7,3	-	+ 7,5
<b>Umsätze im Handel (Index 2003 = 100)</b>								
Einzelhandel								
(mit Kfz. und Tankstellen)	102,2	+ 1,0	+ 1,0	- 1,0	+ 0,0	+ 2,2	+ 1,1	+ 1,7
Großhandel (ohne Kfz.)	106,3	+ 2,7	- 2,2	+ 1,6	- 0,8	+ 3,8	+ 3,5	+ 3,6
<b>Arbeitsmarkt</b>	2005		Veränderung in Tsd. gegenüber					
	Personen Mio.	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			Jan 06	Feb 06	Mrz 06	Jan 06	Feb 06	Mrz 06
Erwerbstätige, Inland	38,78	- 0,2	- 43	- 10	-	- 110	- 104	-
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	4,86	+ 10,9	+ 61	- 3	+ 30	- 75	- 241	- 290
<b>Preisindizes</b>	2005		Veränderung in % gegenüber					
	Index	ggü. Vorj. %	Vorperiode			Vorjahresperiode		
2000 = 100			Jan 06	Feb 06	Mrz 06	Jan 06	Feb 06	Mrz 06
Importpreise	101,4	+ 4,3	+ 0,9	+ 0,4	-	+ 6,8	+ 6,4	-
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	110,7	+ 4,6	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,5	+ 5,6	+ 5,9	+ 5,9
Verbraucherpreise	108,3	+ 2,0	- 0,5	+ 0,4	+ 0,0	+ 2,1	+ 2,1	+ 1,8
<b>ifo-Geschäftsklima</b>	saisonbereinigte Salden							
<b>Gewerbliche Wirtschaft Deutschland (ohne Nahrungs- und Genussindustrie)</b>	Aug 05	Sep 05	Okt 05	Nov 05	Dez 05	Jan 06	Feb 06	Mrz 06
Klima	+ 0,1	+ 2,3	+ 7,8	+ 6,6	+ 10,0	+ 15,7	+ 17,0	+ 20,5
Geschäftslage	- 5,0	+ 1,5	+ 6,5	+ 5,1	+ 7,7	+ 11,8	+ 14,2	+ 20,9
Geschäftserwartungen	+ 5,2	+ 3,1	+ 9,1	+ 8,1	+ 12,3	+ 19,6	+ 19,8	+ 20,1

<sup>1</sup> Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet.

<sup>2</sup> Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

Hervorzuheben ist insbesondere, dass sich die Lageeinschätzung den günstigen Geschäftserwartungen angenähert hat.

Zunächst prägen aber noch starke außenwirtschaftliche Impulse das Bild. Hier kommen zum einen die starke weltwirtschaftliche Dynamik und zum anderen die stark verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporteure zum Ausdruck. So zeigten sich die Exporte auch die Importtätigkeit in den ersten beiden Monaten wieder außerordentlich dynamisch. Die Warenausfuhr legte gegenüber den letzten beiden Monaten des Jahres 2005 um saisonbereinigt 6,0 % zu. Der Wert der importierten Waren stieg sogar um 8,2 %. Insgesamt entwickelte sich der Außenhandel weiterhin überproportional kräftig mit Drittländern: Gegenüber dem Vorjahr nahm die Warenausfuhr in diese Länder um 18,2 % (in die EU-Länder: + 13,9 %), die Wareneinfuhr aus diesen Ländern sogar um 34,5 % (aus den EU-Ländern: + 14,1 %) zu. Der durch den starken Anstieg der Importe aus Nicht-EU-Staaten bedingte Zuwachs der Einfuhrumsatzsteuer hat über deren Vorsteuerabzug eine negative Rückwirkung auf die Umsatzsteuer. Das dadurch stark verzerrte Umsatzsteuerergebnis kann so für sich genommen keinen weiteren Aufschluss zur Entwicklung der Inlandsumsätze geben.

Deutschland wird wahrscheinlich auch weiterhin mit außenwirtschaftlichen Impulsen rechnen können. Die weltwirtschaftliche Dynamik dürfte robust bleiben: Dies verdeutlicht die Sechsmonats-Zuwachsrates des OECD Leading Indicators, die konjunkturelle Wendepunkte recht gut anzeigt und die im Februar mit 4,7 % den höchsten Wert seit knapp zwei Jahren erreicht hat. Aber auch die deutlich aufwärts gerichteten Auftragseingänge aus dem Ausland sowie die von den Unternehmen unverändert positiv bewerteten Exportaussichten gemäß ifo-Konjunkturtest weisen auf eine auch in den nächsten Monaten rege Entwicklung der Warenausfuhr hin. Die kräftige Zunahme der Importe von Waren steht einerseits mit der starken Exportdynamik im Zusammenhang. Sie könnte andererseits aber auch ein weiteres Indiz für eine zunehmende Inlandsnachfrage darstellen. Hinzu kommt, dass die sehr starke Dynamik der nominalen Einfuhr auch mit dem ölpreisbedingten Anstieg der Einfuhrpreise in Zusammenhang

steht. Dies zeigt sich ebenfalls in dem fortgesetzten Zuwachs des Einfuhrumsatzsteueraufkommens gegenüber dem Vorjahr.

Die Beurteilung der konjunkturellen Lage wird derzeit durch Datenlücken bei den Industrieindikatoren erschwert. Aufgrund der Streiks im öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen konnten Produktion, Umsätze und Auftragseingänge in der Industrie und im Bauhauptgewerbe für den Monat Februar nicht pünktlich veröffentlicht werden. Allerdings deuten andere Indikatoren – wie z.B. die Teilkomponenten des Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe – für den industriellen Bereich auf weiterhin günstige statistische Ergebnisse im Februar hin.

Nach Wirtschaftsbereichen dürfte sich die Entwicklung sehr differenziert gezeigt haben. Während der Datenlage nach das Verarbeitende Gewerbe, das in starkem Maße von der dynamischen Auslandsnachfrage profitiert, sowie auch die industrienahen Dienstleistungsbereiche das wichtigste Standbein der konjunkturellen Belebung darstellten, dürfte die bis in den März anhaltende kalte und zum Teil noch schneereiche Witterung die wirtschaftliche Aktivität im Bauhauptgewerbe im 1. Quartal stark beeinträchtigt haben. Gleichwohl besserte sich auch dort die Stimmung bis in den März gemäß ifo-Konjunkturtest weiter. Dies könnte ein Ende der lange andauernden Krise in der Bauwirtschaft signalisieren. Die witterungsbedingten Einbrüche, die im Jahresverlauf teilweise wieder aufgeholt werden dürften, sollten diese mögliche Trendwende nicht nachhaltig beeinträchtigen.

Auf der Nachfrageseite belastet zwar die Schwäche des privaten Konsums immer noch die konjunkturelle Erholung. Allerdings gibt es inzwischen auch positive Signale dafür, dass es im Verlauf dieses Jahres zu einer Wende zum Besseren kommen könnte. So ist der reale Einzelhandelsumsatz im Februar gegenüber dem Vormonat zwar zurückgegangen (saisonbereinigt – 1,0 %), jedoch zeichnet sich im Verlauf eine Seitwärtsbewegung ab. Damit könnte der seit etwa Mitte letzten Jahres zu verzeichnende abwärts gerichtete Entwicklungstrend zum Stillstand gekommen sein. Gleichzeitig deutet der GfK-Konsumklimaindex auf eine positive

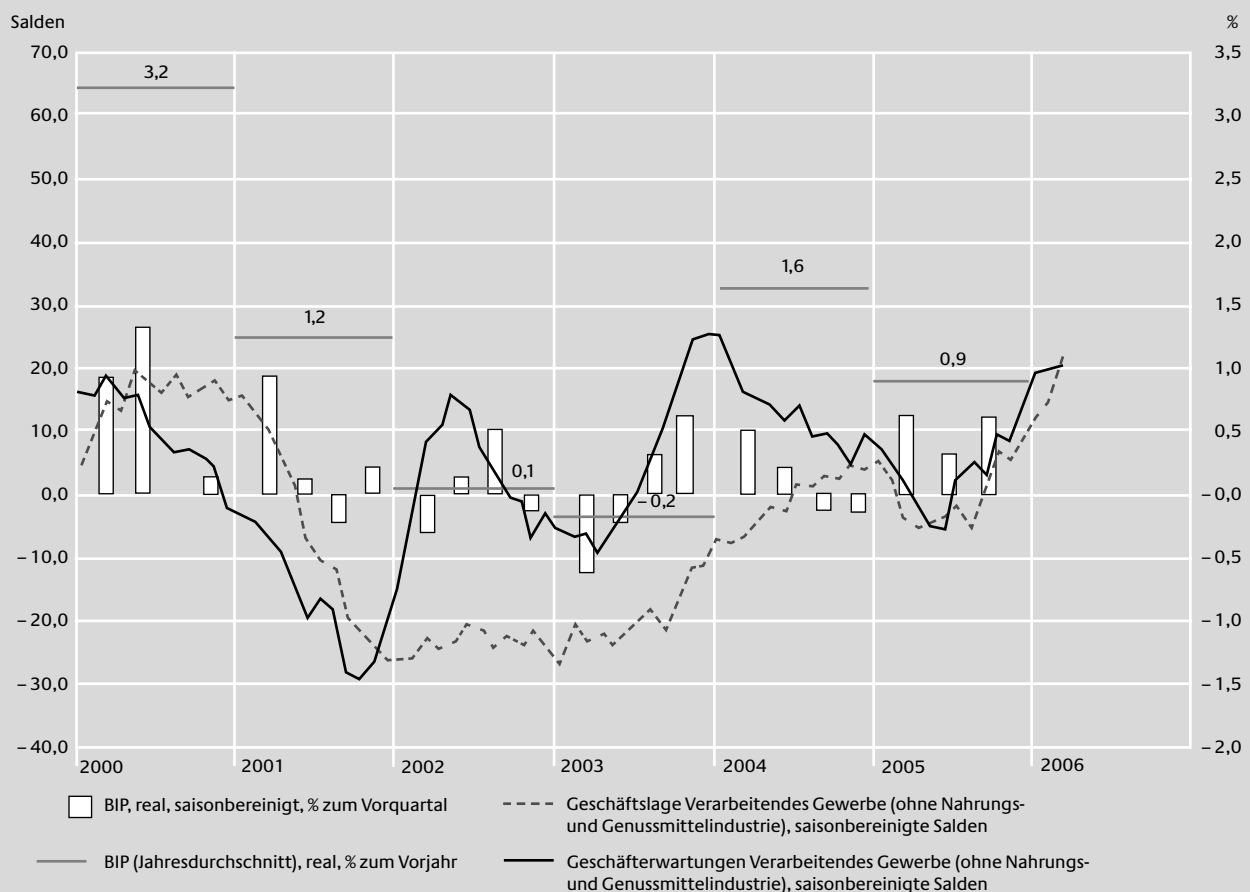


Stimmung der Verbraucher insbesondere hinsichtlich ihrer Anschaffungsneigung hin, obwohl die Erwartungen an Einkommensverbesserungen und an eine Konjunkturerholung zuletzt leicht gedämpft wurden. Die kräftige Aufhellung des ifo-Geschäftsklimas im Einzelhandel zeigt eine ähnlich optimistische Stimmung seitens der Unternehmen. Die sich abzeichnende Verbesserung beim privaten Verbrauch in diesem Jahr dürfte vor allem von Sondereffekten beeinflusst werden, und zwar Anschaffungen im Zusammenhang mit der Fußball-WM und Vorzieheffekte im Hinblick auf die 2007 anstehende Umsatzsteuererhöhung. Die fundamentale Konsumschwäche kann aber erst überwunden werden, wenn sich die noch weitgehend unverändert ernste Situation am Arbeitsmarkt und damit die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte grundlegend verbessern. In diesem Jahr ist der Spielraum für Einkommensverbesserungen in

dieser Hinsicht aber begrenzt. Gleichzeitig bleiben damit die Aussichten auf eine deutliche Verbesserung des Umsatzsteuer- und Lohnsteueraufkommens sowie auch der Einnahmen in den Sozialversicherungszweigen gedämpft.

Die Situation am Arbeitsmarkt ist nach wie vor schwierig. Die lange wirtschaftliche Schwächephase wirkt zunächst noch belastend. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl stieg im März um 30 000 Personen im Vergleich zum Vormonat. Gleichwohl dürfte dieser Anstieg um die ungewöhnlich kalte und schneereiche Witterung zu relativieren sein, da außergewöhnliche Einflüsse vom Saisonbereinigungsverfahren nicht ausreichend berücksichtigt werden können. Möglicherweise verzögert sich der Abbau der saisonbereinigten Arbeitslosigkeit lediglich durch eine Verschiebung in den April. Nach Ursprungszahlen waren im März 4,98 Mio. Personen arbeitslos gemeldet, 290 000 weniger als vor einem Jahr. Der Rückgang beruht etwa

## BIP-Wachstum und ifo-Geschäftsklima



zur Hälfte auf entlastenden Maßnahmen der Hartz-IV-Reform wie dem Einsatz von Arbeitsgelegenheiten und besserer Betreuung von Arbeitslosen. Die Arbeitslosenquote nahm gegenüber dem Vorjahr um 0,7 Prozentpunkte auf 12,0 % ab (West 10,1 %, Ost 19,3 %).

Nach wie vor wird allerdings per saldo Beschäftigung abgebaut: Die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort Deutschland verminderte sich im Februar saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat um 10 000 Personen, nach einem Rückgang von 43 000 im Januar und monatsdurchschnittlich 10 000 im 4. Quartal 2005. Gegenüber dem Vorjahr verringerte sich die Zahl erwerbstätiger Personen ebenfalls weiter (– 104 000). Die vorlaufenden Konjunkturindikatoren und die Stimmung in den Unternehmen lassen zwar in diesem Jahr eine konjunkturelle Belebung erwarten, aber da der Beschäftigungsaufbau in der Regel einer solchen Erholung mit zeitlicher Verzögerung folgt, dürfte es in diesem Jahr kaum konjunkturell bedingte Entlastungen auf dem Arbeitsmarkt geben, auch wenn sich die eindeutig positiven Entwicklungen der letzten Monate wie die Zunahme der ungeforderten Stellenangebote sowie die Verlangsamung des Rückgangs der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Vergleich zum Vorjahr weiter fortgesetzt haben.

In Deutschland liegt – trotz gestiegener Energiepreise – ein hohes Maß an Preisniveaustabilität vor, wobei die inländischen Bestimmungsfaktoren die Preisentwicklung dämpfen. Auf der Angebotsseite schlägt die Lohnzurückhaltung zu Buche, und auf der Nachfrageseite sind die Preisüberwälzungsspielräume der Unternehmen in Anbetracht der Schwäche des privaten Konsums eng begrenzt. So lag die Jahresteuerrate des Verbraucherpreisindex im März mit 1,8 % erstmals seit August letzten Jahres wieder unter der 2 %-Marke und im Vergleich zum Vormonat stagnierte er, nach einem Anstieg im Februar um 0,4 %. Der Preisniveauanstieg gegenüber dem Vorjahr wurde vor allem durch überdurchschnittliche Preiserhöhungen von Kraftstoffen (+ 9,4 %) sowie von Haushaltsenergie (Heizöl: + 19,2 %, Strom: + 3,9 %, Gas: + 19,2 %, Umlagen Zentralheizung, Fernwärme: + 21,2 %) beeinflusst, so dass die Jahresteuerrate ohne Haushaltsenergie

und Kraftstoffe derzeit einen Prozentpunkt unter dem Anstieg des Verbraucherpreisindex liegt. Die Verteuerung der Weltmarktpreise für Energie und Rohstoffe ist bei den Importpreisen nahezu unverändert deutlich und bei den Erzeugerpreisen sogar erneut stärker erkennbar. So erhöhte sich der Importpreisindex im Februar um 0,4 % gegenüber dem Vormonat und im Vergleich zum Vorjahr um 6,4 %. Im Jahresvergleich verteuerten sich am kräftigsten Importe von Rohöl (+ 45,2 %), Mineralölerzeugnissen (+ 42,1 %) und Erdgas (44,1 %). Ohne Erdöl und Mineralölerzeugnisse betrug die Jahresteuerrate 3,1 %. Der Erzeugerpreisindex erhöhte sich im März um 0,5 % gegenüber dem Vormonat und um 5,9 % im Vergleich zum Vorjahr. Auch hier resultierte der Preisschub im Wesentlichen aus der Energieverteuerung: Ohne Energie wären die Erzeugerpreise gegenüber dem Vorjahr lediglich um 1,2 % gestiegen.

## Entwicklung der Länderhaushalte Januar bis Februar 2006

Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich Februar 2006 vor.

Die Einnahmen und Ausgaben der Länder bis einschließlich Februar 2006 werden zusammen

mit den Daten für Januar im Statistikeil (siehe S. 115 ff.) aufgeführt.

Auf die grafischen Darstellungen der Zuwachs- und Veränderungsraten wurde verzichtet, da die Werte für die ersten beiden Monate des Jahres noch keine Aussagekraft haben.

## Termine

### Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

- 4./5. Mai 2006 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
- 21./22. Mai 2006 – Jahresversammlung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in London
- 6./7. Juni 2006 – Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg
- 15./16. Juni 2006 – Europäischer Rat in Brüssel
- 10./11. Juli 2006 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel

### Hinweis auf Veröffentlichungen

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikation neu herausgegeben:

**Fachblick** – Deutsches Stabilitätsprogramm – Aktualisierung 2006

Diese und andere Publikationen können kostenfrei bestellt werden beim

Bundesministerium der Finanzen  
– Referat Bürgerangelegenheiten –  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin

telefonisch: 0 18 88 / 80 80 800 (0,12 €/Min.)  
per Telefax: 0 18 88 / 10 80 80 800 (0,12 €/Min.)

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de> oder  
<http://www.bmf.bund.de>

## Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2006

- bis Mitte Februar 2006 – Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
- 16. Februar 2006 – Finanzplanungsrat
- 22. Februar 2006 – Kabinettsbeschluss
- 17. März 2006 – Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
- 28. bis 31. März 2006 – 1. Lesung Bundestag
- 7. April 2006 – 1. Beratung Bundesrat
- 5. April bis 31. Mai 2006 – Beratungen im Haushaltsausschuss des Bundestages
- 9. bis 11. Mai 2006 – Steuerschätzung
- 1. Juni 2006 – Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
- 20. bis 23. Juni 2006 – 2./3. Lesung Bundestag
- 7. Juli 2006 – 2. Beratung Bundesrat
- Mitte/Ende Juli 2006 – Verkündung im Bundesgesetzblatt

## Terminplan für die Aufstellung des Haushaltsentwurfs 2007

- bis 23. Juni 2006 – Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
- Ende Juni/Anfang Juli 2006 – Finanzplanungsrat
- 30. Juni 2006 – Zuleitung an Kabinettsbeschluss
- 5. Juli 2006 – Kabinettsbeschluss
- 11. August 2006 – Zuleitung an Bundestag und Bundesrat

## Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe		Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2006	Mai	April 2006	22. Mai 2006
	Juni	Mai 2006	21. Juni 2006
	Juli	Juni 2006	20. Juli 2006
	August	Juli 2006	21. August 2006
	September	August 2006	21. September 2006
	Oktober	September 2006	20. Oktober 2006
	November	Oktober 2006	20. November 2006
	Dezember	November 2006	21. Dezember 2006



## Analysen und Berichte

20. Subventionsbericht der Bundesregierung .....	33
Bevölkerungsalterung und Staatsausgaben: Ergebnisse neuer Langfristrechnungen für die Mitgliedstaaten der EU .....	41
Entwicklung der Länderhaushalte im Jahr 2005 .....	49
Die Steuereinnahmen der Kommunen (ohne Stadtstaaten) im Jahr 2005 .....	57
Überblick über die aktualisierten Stabilitäts- und Konvergenzprogramme 2005 der EU-Mitgliedstaaten .....	61
Globalisierung: Entwicklungen in Schwellenländern und ihre Auswirkungen .....	73
Zoll legt Jahresbilanz 2005 vor .....	85





## 20. Subventionsbericht der Bundesregierung

1	Subventionsentwicklung in den Jahren 2003 bis 2006 .....	33
2	Entwicklung der Subventionen des Bundes in einzelnen Bereichen .....	34
3	Leitlinien der Subventionspolitik der Bundesregierung .....	37

Nach § 12 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) hat die Bundesregierung alle zwei Jahre Bundestag und Bundesrat einen Bericht über die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes und der auf den Bund entfallenden Steuervergünstigungen vorzulegen.

Der aktuelle Subventionsbericht umfasst den Berichtszeitraum 2003 bis 2006. Er wurde am 15. März 2006 vom Bundeskabinett verabschiedet.<sup>1</sup>

Bei den Finanzhilfen stellt der Subventionsbericht auf die Verwendung von Mitteln aus dem Bundeshaushalt ab. Bei den Steuervergünstigungen wird zum einen dargelegt, wie hoch die Steuermindereinnahmen aus vom Bundesgesetzgeber beschlossenen Steuervergünstigungen insgesamt sind, und zum anderen, wie hoch die Steuermindereinnahmen sind, die (anteilig) auf den Bund entfallen.

Da mit dem Subventionsbericht die bereits im vorangehenden 19. Subventionsbericht angekündigte Neuabgrenzung der Finanzhilfen und Steuervergünstigungen umgesetzt wurde, ist der Bericht mit seinen Vorgängern nur eingeschränkt vergleichbar. Subventionen, die schon lange bestehen, wurden erstmalig im Subventionsbericht erfasst. Hierdurch hat sich insbesondere das Niveau der Steuervergünstigungen wesentlich erhöht. Für das Jahr 2006 sind für den Bund Steuervergünstigungen in Höhe von 1089 Mio. € hinzugekommen. Für alle Gebietskörperschaften zusammen betragen die zusätzlich erfassten Steuervergünstigungen im Jahr 2006 2,6 Mrd. €.

### 1 Subventionsentwicklung in den Jahren 2003 bis 2006

Im Zeitraum 2003 bis 2006 gehen die Subventionen des Bundes um 1,4 Mrd. € zurück. Die Entwicklung ist wie in den Vorjahren durch die Rückführung der Finanzhilfen geprägt. Die Finanzhilfen des Bundes sanken von 7,4 Mrd. € im Jahr 2003 auf 6,0 Mrd. € im Jahr 2006. Dies entspricht einem Rückgang um 19,4 %. Die Steuervergünstigungen des Bundes haben sich im Berichtszeitraum hingegen mit 16,4 Mrd. € in 2006 auf dem Niveau des Jahres 2003 stabilisiert. Die Steuervergünstigungen der Gebietskörperschaften insgesamt sind hingegen von 28,6 Mrd. € im Jahr 2003 um 6,8 % auf 26,7 Mrd. € im Jahr 2006 zurückgegangen. Der Rückgang der Steuervergünstigungen beim Bund fällt insbesondere deshalb schwächer als bei den Ländern aus, weil die 2004 neu eingeführte Mineralölsteuervergünstigung für Biokraft- und Bioheizstoffe ausschließlich die Einnahmeseite des Bundeshaushalts belastet.

<sup>1</sup> Den gesamten 20. Subventionsbericht der Bundesregierung finden Sie unter [www.bundesfinanzministerium.de](http://www.bundesfinanzministerium.de) > Finanz- und Wirtschaftspolitik > Finanzpolitik > Subventionspolitik.

## 2 Entwicklung der Subventionen des Bundes in einzelnen Bereichen

Unverändert ist die gewerbliche Wirtschaft der bedeutendste Subventionsbereich, auch wenn die Finanzhilfen in diesem Bereich mit 22,8 % zwischen 2003 und 2006 überproportional rückläufig sind. Mit 11,3 Mrd. € entfallen 50,4 % aller Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes auf die Subventionen für die gewerbliche Wirtschaft (siehe Tabelle 1, S. 35, und Abbildung 1, S. 36). Während durch Finanzhilfen vor allem einzelne Sektoren wie Bergbau, Energieverwendung, Technologie- und Innovationsförderung gestützt werden, fließen der gewerblichen Wirtschaft Steuervergünstigungen vor allem als horizontale und regionale Subventionen zu. Der Steinkohlenbergbau als größter Empfänger von Finanzhilfen hat mit 1,7 Mrd. € im Jahr 2006 einen Anteil von 7,6 % an den Subventionen insgesamt.

Von den übrigen Bereichen kommt dem Wohnungswesen mit Subventionen in Höhe von 5,6 Mrd. € in 2006 die größte Bedeutung zu. Die Eigenheimzulage allein hat ein Volumen von 3,9 Mrd. € (Anteil Bund einschließlich Kinderzulage), was 17,5 % der gesamten Subventionen entspricht. Mit dem bereits umgesetzten Auslaufen der Eigenheimzulage für Neufälle ab 2006 wird in diesem Bereich auch für die nachfolgenden Subventionsberichte der Subventionsabbau vorgezeichnet.

Die dem Bereich Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft zugeordneten Subventionen gehen von 1,65 Mrd. € im Jahr 2003 auf 1,17 Mrd. € im Jahr 2006 zurück. Dementsprechend sinkt der Anteil dieses Bereichs an den gesamten Subventionen des Bundes von 6,9 % in 2003 auf 5,2 % in 2006. Dabei ist zu beachten, dass die neu eingeführte Steuervergünstigung für Biokraft- und Bioheizstoffe schwerpunktmäßig der gewerblichen Wirtschaft zugeordnet wurde. Die Subventionen im Verkehrsbereich verharren mit ca. 1,2 Mrd. € jährlich auf dem Niveau des Jahres 2003. Sie sind im Wesentlichen durch Steuervergünstigungen gekennzeichnet.

Unter den Hilfen für Sparförderung und Vermögensbildung werden erstmalig auch der Sparerfreibetrag und die Förderung der privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge durch Zulagen (Fördervolumen) erfasst. Sie verbleiben im Berichtszeitraum insgesamt auf hohem Niveau. Allerdings haben sich innerhalb dieses Bereiches die Gewichte von der Wohnungsbauprämie zur Förderung der Altersvorsorge verschoben. Die sonstigen Finanzhilfen und Steuervergünstigungen verringern sich zwischen 2003 und 2006 um 86 Mio. €. Durch das Steueränderungsgesetz 2003 wurde hier die Steuerfreiheit von Nacht- und Feiertagszuschlägen beschränkt.

Die Subventionen des Bundes verteilen sich auf Hilfen für Betriebe oder Wirtschaftszweige (2006: 69,2 %) und auf Hilfen für private Haushalte, die mittelbar Betriebe oder Wirtschaftszweige begünstigen (2006: 30,8 %). Dabei hat sich im Berichtszeitraum das Verhältnis um 2,8 Prozentpunkte zugunsten der Hilfen für Betriebe oder Wirtschaftszweige verschoben.

Nachrichtlich werden im Subventionsbericht auch die Finanzhilfen der Länder und Gemeinden, die Marktordnungsausgaben der Europäischen Union sowie die ERP-Finanzhilfen (ERP – European Recovery Programme) ausgewiesen. Einschließlich der Finanzhilfen des Bundes und der Steuervergünstigungen der Gebietskörperschaften ist das so ermittelte Subventionsvolumen von 56,3 Mrd. € in 2003 auf 55,6 Mrd. € in 2005 vor allem durch den Rückgang der Finanzhilfen der öffentlichen Haushalte gesunken (siehe Tabelle 2, S. 36).

**Tabelle 1: Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes und der auf den Bund entfallenden Steuervergünstigungen in den Jahren 2003 bis 2006**

Bezeichnung	2003			2004			2005			2006		
	Finanzhilfen	Steuervergünstigungen	Insgesamt	Finanzhilfen	Steuervergünstigungen	Insgesamt	Finanzhilfen	Steuervergünstigungen	Insgesamt	Finanzhilfen	Steuervergünstigungen	Insgesamt
	Ist			Ist			Ist					
	in Mio. € <sup>1</sup>											
1. Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	1 124	527	1 651	1 007	643	1 650	857	586	1 443	871	298	1 169
2. Gewerbliche Wirtschaft (ohne Verkehr)												
2.1 Bergbau darunter Absatz- und Stilllegungshilfen für die Steinkohleindustrie	2 695	11	2 706	2 224	11	2 235	1 771	11	1 782	1 708	11	1 719
	2 559	–	2 559	2 102	–	2 102	1 645	–	1 645	1 582	–	1 582
2.2 Rationelle Energieverwendung und erneuerbare Energien	141	1	142	174	1	175	173	1	174	228	1	229
2.3 Technologie- und Innovationsförderung	394	–	394	338	–	338	264	–	264	313	–	313
2.4 Hilfen für bestimmte Industriebereiche	77	–	77	59	–	59	52	–	52	82	–	82
2.5 Regionale Strukturmaßnahmen	631	1 033	1 664	594	926	1 520	500	946	1 446	486	618	1 104
2.6 Gewerbliche Wirtschaft allgemein	272	5 888	6 160	272	6 645	6 917	412	6 973	7 385	432	7 389	7 821
Summe 2.	4 210	6 933	11 143	3 661	7 583	11 244	3 172	7 931	11 103	3 250	8 019	11 269
3. Verkehr	32	1 150	1 182	46	1 073	1 119	53	1 091	1 144	60	1 095	1 155
4. Wohnungswesen	1 469	4 739	6 208	1 434	4 731	6 165	1 434	4 430	5 864	1 295	3 963	5 258
5. Sparförderung und Vermögensbildung	612	1 081	1 693	568	994	1 562	493	1 118	1 611	525	1 150	1 675
6. Sonstige Finanzhilfen und Steuervergünstigungen <sup>2</sup>	0	1 933	1 933	0	1 957	1 957	0	1 873	1 873	0	1 847	1 847
<b>Summe 1. bis 6.<sup>3</sup></b>	<b>7 447</b>	<b>16 363</b>	<b>23 810</b>	<b>6 715</b>	<b>16 981</b>	<b>23 696</b>	<b>6 009</b>	<b>17 029</b>	<b>23 038</b>	<b>5 999</b>	<b>16 372</b>	<b>22 371</b>
Nachrichtlich: davon aus Neuabgrenzung <sup>4</sup>	–1	1 109	1 108	35	1 014	1 049	42	1 054	1 096	23	1 089	1 112
Summe 1. bis 6. ohne Neuabgrenzung	7 448	15 254	22 702	6 680	15 967	22 647	5 967	15 975	21 942	5 976	15 283	21 259

<sup>1</sup> Abweichungen in den Summen durch Runden.

<sup>2</sup> Überwiegend Steuervergünstigungen, die unmittelbar privaten Haushalten zugute kommen, aber das Wirtschaftsgeschehen in wichtigen Bereichen beeinflussen.

<sup>3</sup> Steuervergünstigungen geschätzt.

<sup>4</sup> Aus erstmaliger Berücksichtigung bereits bestehender Finanzhilfen und Steuervergünstigungen.

Abbildung 1: Entwicklung der auf den Bund entfallenden Finanzhilfen und Steuervergünstigungen nach Wirtschaftszweigen in den Jahren 2003 bis 2006

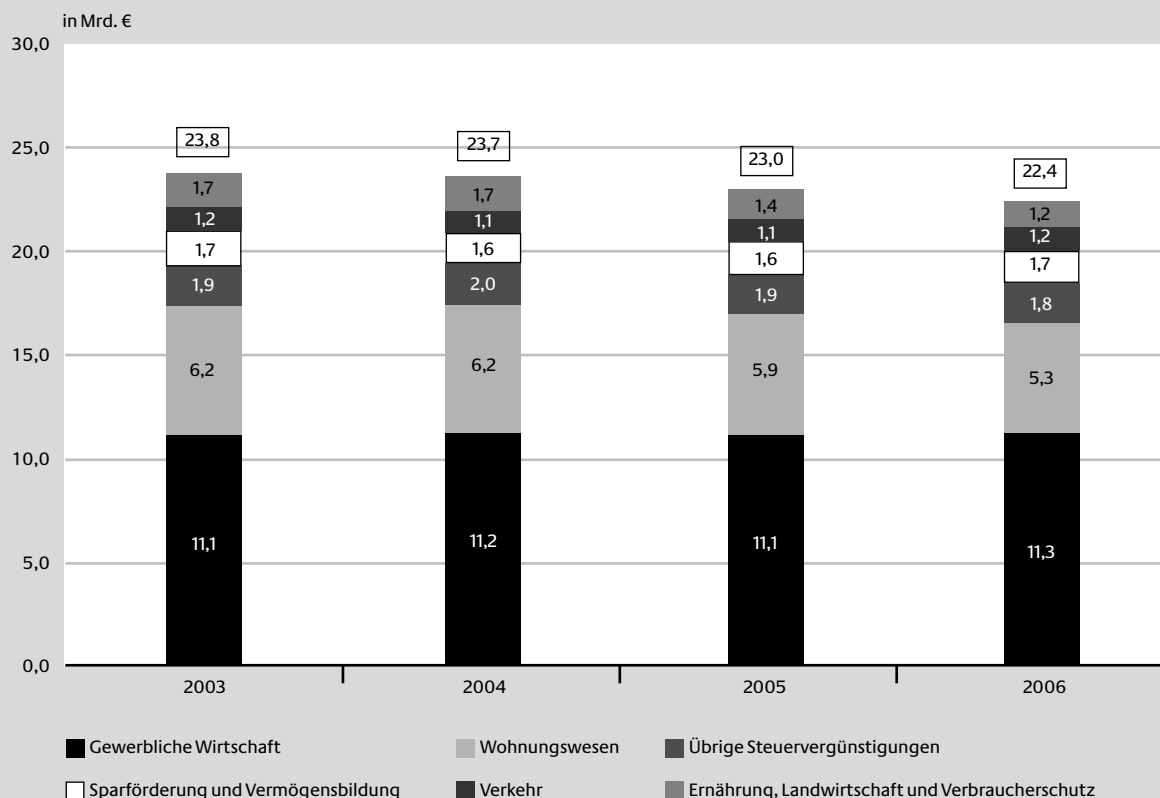


Tabelle 2: Gesamtvolumen der Subventionen von Bund, Ländern und Gemeinden, ERP, EU<sup>1</sup>

	1970	1975	1980	1985	1990 <sup>2</sup>	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	in Mrd. €											
<b>1. Finanzhilfen</b>												
Bund	4,0	5,2	6,4	6,1	7,3	9,4	10,1	9,5	8,1	7,5	6,7	6,0
Länder <sup>3</sup>	3,0	3,7	6,2	6,2	7,2	10,7	11,2	11,1	10,5	10,4	10,1	9,9
Gemeinden <sup>4</sup>	0,5	0,5	0,5	0,5	1,1	1,5	1,6	1,6	1,5	1,5	1,5	1,4
<b>2. Steuervergünstigungen</b>												
Bund	3,2	5,0	6,1	8,0	7,9	9,1	13,1	13,3	14,3	16,4	17,0	17,0
Länder, Gemeinden	3,4	5,9	7,2	9,3	9,2	12,9	12,0	10,5	10,6	12,2	12,0	11,5
<b>3. ERP-Finanzhilfen</b>	0,6	0,7	1,4	1,5	2,9	5,9	5,7	4,3	3,2	2,4	2,5	3,2
<b>4. Marktordnungsausgaben der EU</b>	1,5	1,1	3,2	4,1	4,9	5,4	5,6	5,9	6,2	5,9	6,0	6,5
<b>Gesamtvolumen (Summe 1.–4.)</b>	16,1	22,0	30,9	35,6	40,3	55,0	59,4	56,2	54,5	56,3	55,7	55,6

<sup>1</sup> 1970 bis 1990 altes Bundesgebiet; ab 1991 Bundesgebiet einschließlich der neuen Länder.

<sup>2</sup> Einschließlich der in den Haushaltsnachträgen veranschlagten Finanzhilfen für die neuen Länder (ohne Abschnitt B des 3. Nachtrags zum Bundeshaushalt 1990).

<sup>3</sup> Quelle: Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister.

<sup>4</sup> Daten der Gemeinden: Schätzung auf der Grundlage der Subventionsentwicklung der Länder.

### 3 Leitlinien der Subventionspolitik der Bundesregierung

Subventionen bedürfen stets einer besonderen Rechtfertigung und einer regelmäßigen Erfolgskontrolle. Sie können zwar Marktergebnisse korrigieren, die etwa unter Allokations- oder Verteilungsaspekten als unbefriedigend erachtet werden. Die Begünstigung Einzelner zu Lasten der Allgemeinheit kann jedoch auch erhebliche Nachteile zur Folge haben, z. B. den Strukturwandel verzögern oder das wirtschaftliche Wachstum und die Beschäftigung beeinträchtigen. Der Subventionsbericht stellt entsprechend dem gesetzlichen Auftrag notwendige Informationen für eine Überprüfung der Subventionen bereit.

Das in jüngster Zeit insbesondere im Zusammenhang mit Erhaltungssubventionen für einzelne Branchen vorgebrachte Argument, von Subventionen gehe ein Beitrag zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung aus, woraus sich dann über entsprechend erhöhte Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen ein Refinanzierungsbeitrag für die gezahlten Subventionen ergebe, greift zu kurz. Hierbei bleibt stets unberücksichtigt, dass die eingesetzten Mittel für Subventionen anderen Verwendungen – z. B. in Form zusätzlicher privater Nachfrage bei entsprechend reduzierten Steuersätzen – entzogen werden und somit negative Wachstums- und Beschäftigungsimpulse auslösen.

Die Bundesregierung folgt bei ihrer Subventionspolitik Leitlinien, die der Erhöhung der Transparenz, des Rechtfertigungsdrucks und der Steuerungsmöglichkeiten im Subventionswesen dienen. Mit diesen Leitlinien knüpft die Bundesregierung an Kabinettsbeschlüsse vom Oktober 2003 an. Sie sind als Selbstbindung der Bundesregierung für die von ihr zu verantwortenden Maßnahmen zu verstehen:

- Neue Subventionen werden nur gewährt, wenn sie sich gegenüber sonstigen Maßnahmen als das am besten geeignete, auch unter Kosten-Nutzen-Aspekten effiziente Instrument darstellen.
- Neue Subventionen werden vorrangig als Finanzhilfen gewährt und sind durch Einsparungen an anderer Stelle zu finanzieren.

- Neue Finanzhilfen werden nur noch befristet und grundsätzlich degressiv ausgestaltet.
- Die Ziele der Finanzhilfen werden in einer Form festgehalten, die eine Erfolgskontrolle ermöglicht.
- Die Subventionspolitik der Bundesregierung orientiert sich an wachstums-, verteilungs-, wettbewerbspolitischen und umweltpolitischen Wirkungen.
- Es wird geprüft, inwieweit bestehende Steuervergünstigungen in Finanzhilfen oder andere, den Staatshaushalt weniger belastende Maßnahmen überführt werden können.
- Auch bei bestehenden und bisher nicht befristeten und/oder nicht degressiv ausgestalteten Finanzhilfen wird eine Befristung und grundsätzlich eine Degression eingeführt. Über die Umsetzung wird im Zusammenhang mit dem nächsten Subventionsbericht berichtet.

Neue Subventionen sind vor ihrer Einführung einer besonders intensiven Prüfung zu unterziehen, da Beharrungstendenzen spätere Änderungen wesentlich erschweren. Häufig werden sie von den Begünstigten als das einzige in Frage kommende Mittel dargestellt, obwohl beispielsweise ordnungsrechtliche Maßnahmen in manchen Fällen den Erfolg mit wesentlich geringerem Einsatz sicherstellen können.

Steuervergünstigungen weisen gegenüber Finanzhilfen eine Reihe von Nachteilen auf. Sie wirken vielfach wie Ausgabeprogramme, ohne jedoch in der Höhe – über Haushaltsansätze – limitiert zu sein. Sie sind auch nicht Gegenstand der jährlichen Haushaltsverhandlungen. Stärker als Finanzhilfen haben einmal gewährte Steuervergünstigungen die Tendenz, sich zu verfestigen, und laufen Gefahr, schon bald nicht mehr als Subvention wahrgenommen zu werden. Dann erweisen sie sich als schwer reformier- und steuerbar. Erfolgskontrollen sind kaum möglich. Die genaue Höhe des Einnahmeverzichts durch diese Quasi-Ausgaben, die im englischsprachigen Raum auch „tax expenditures“ genannt werden, kann in der Regel nur geschätzt werden. Daher sollen neue Subventionen – soweit sie erforderlich sind – grundsätzlich als Finanzhilfen gewährt werden. Einmal eingeführt, wirken aus den Gemeinschaftsteuern finanzierte „tax expenditures“ wie Gemeinschaftsaufgaben,

die von Bund und Ländern – je nach Verteilungsschlüssel der Steuereinnahmen – finanziert werden. Zur Gesetzesänderung bedarf es daher auch der Zustimmung des Bundesrates. Vor dem Hintergrund der Anteilsfinanzierung der Steuervergünstigung wäre es weder Bund noch Ländern möglich, die jeweilige Aufgabe allein fortzuführen. Selbst wenn sich später zeigen sollte, dass sich der Erfolg mit einer zielgenauer arbeitenden Finanzhilfe bei verringertem gesamtstaatlichen Mitteleinsatz (z. B. wegen geringerer Mitnahmeeffekte) erreichen ließe, wird keine Seite den Finanzierungsanteil der anderen Seite übernehmen wollen.

Für die Gestaltung bereits eingeführter Finanzhilfen trägt die Bundesregierung gegenüber den Steuervergünstigungen in der Regel eine größere Verantwortung. Finanzhilfen sind häufig durch Richtlinien oder Verwaltungsvereinbarungen der Bundesregierung gestaltbar. Ihre Ziele sind exakt zu definieren und fortlaufend zu überprüfen. Wenn die angestrebte Zielsetzung erreicht oder nicht mehr begründet ist, wenn sie mit der Art der Maßnahme nicht erreicht werden kann oder ein anderes, besseres Mittel zur Zielerreichung existiert, müssen die Subventionen eingestellt werden. Auch gilt es zu verhindern, dass sich einzelne Maßnahmen in ihren Auswirkungen konterkarieren oder gegenseitig neutralisieren.

Subventionen sollten grundsätzlich nicht zur dauerhaften Förderung von Wirtschaftszweigen eingesetzt werden, sondern bedürfen einer kontinuierlichen Überprüfung. Ansonsten besteht die Gefahr, dass eine anhaltende Abhängigkeit von Subventionen entsteht. Eigeninitiative wird vermindert, und die Anreize für notwendige Anpassungen an strukturelle Veränderungen schwinden. Ebenso erhöhen sich die Risiken der Beibehaltung von Subventionen, obwohl deren Begründung nicht mehr besteht. Die hieraus resultierenden Mitnahmeeffekte führen letztlich zu gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrtsverlusten und einer überhöhten Belastung des Steuerzahlers. Diese Fehlentwicklungen können durch eine Befristung und degressive Ausgestaltung der Subventionen verhindert werden.

Der Grundsatz, alle Finanzhilfen zu befristen, soll der besonderen Verantwortung der Bundesregierung Rechnung tragen. Zwar beruhen

einzelne Aufgaben dem Grunde nach auf gesetzlichen oder sogar grundgesetzlichen Regelungen, die durch Beschluss der Bundesregierung weder befristet werden können noch sollen. Andererseits sind gerade für diese Aufgaben befristete Rahmenpläne oder Verwaltungsvereinbarungen vorgesehen. Diese geben den Anlass und die Möglichkeit, regelmäßig die Art der Aufgabenerfüllung zu überprüfen. Mit der Befristung aller Aufgaben sollen diese Möglichkeiten auch dort geschaffen werden, wo bisher keine Periodizität vorgesehen ist.



Die Fixierung der subventionspolitischen Grundsätze und die fortgesetzte regelmäßige Überprüfung aller Finanzhilfen sind wichtige Schritte für den weiteren ökonomisch und finanzpolitisch sinnvollen Abbau der Finanzhilfen. Allein der mit der Überprüfung einhergehende ansteigende Rechtfertigungsdruck sollte diesen Abbau fördern. Für den Bereich der Finanzhilfen wurde in Ergänzung zu der erstmals im Jahre 2003 durchgeführten systematischen Überprüfung aller Finanzhilfen eine erneute Bestandsaufnahme durchgeführt. Die zuständigen Fachressorts haben Fragen nach der Befristung und der degressiven Ausgestaltung der Finanzhilfen sowie nach der Zielgenauigkeit der Vergabe und der Evaluation beantwortet.

Die Ergebnisse der Bestandsaufnahme zeigen, dass im Sinne der Leitlinien bereits Anpassungen in erheblichem Umfang umgesetzt wurden. 62 % aller untersuchten Finanzhilfen sind befristet. Eine degressive Ausgestaltung ist bei über der Hälfte aller Finanzhilfen zu verzeichnen, und bei 42 % liegen sowohl Degression als auch Befristung vor.

Die Ergebnisse bezüglich der Programmevaluierung sind bislang noch nicht befriedigend. Nur etwas mehr als die Hälfte der erfassten Finanzhilfen werden sowohl hinsichtlich Effekti-

vität als auch Effizienz evaluiert. Vielfach fehlt die notwendige Operationalisierung der Ziele. Nur wenn die Ziele der Programme eindeutig beschrieben und messbar sind, kann eine Evaluierung erfolgreich sein. Die Bedeutung einer fortlaufenden Überprüfung von Subventionen wird anhand der Ergebnisse zu den Konsequenzen der Evaluierung deutlich. In 44 % der Fälle haben die Evaluationen zu Anpassungen bei der Ausgestaltung der Finanzhilfen geführt. Ungeachtet dessen gibt es sicherlich weiterhin eine Notwendigkeit, die derzeit angewandten Verfahren zur Evaluation im Sinne einer einheitlicheren und stringenteren Erfolgskontrolle zu überprüfen.

In den nächsten Jahren wird der Abbau von Steuervergünstigungen an Bedeutung gewinnen. Mit dem Wegfall der Eigenheimzulage ist ein wichtiger Schritt bereits getan. Dieser ist Teil eines mittel- und langfristigen Konzepts, mit dem die Bundesfinanzen strukturell verbessert werden, ohne durch die Sanierung der Finanzen das Wachstum zu gefährden.





# Bevölkerungsalterung und Staatsausgaben: Ergebnisse neuer Langfristrechnungen für die Mitgliedstaaten der EU

1	Hintergrund .....	41
2	Ergebnisse im Überblick .....	42
3	Entwicklungen in einzelnen Ausgabebereichen .....	44
3.1	Altersversorgung .....	44
3.2	Gesundheit .....	45
3.3	Pflege .....	45
3.4	Bildung .....	45
3.5	Arbeitslosenversicherung .....	46
4	Schlussfolgerungen .....	46
5	Weiteres Vorgehen .....	47

## 1 Hintergrund

Die Auseinandersetzung mit den Folgen des demografischen Wandels und die Suche nach Lösungen für die damit verbundenen Probleme stehen in den meisten europäischen Ländern inzwischen weit oben auf der politischen Tagesordnung. Für die Bundesregierung ist die Sicherstellung langfristig tragfähiger Staatsfinanzen eines der zentralen Ziele ihrer Politik. Im Rahmen des reformierten Stabilitäts- und Wachstumspaktes hat der Blick auf weit in die Zukunft reichende fiskalische Entwicklungen für alle Mitgliedstaaten der EU an Bedeutung gewonnen.

Vor diesem Hintergrund haben der Wirtschaftspolitische Ausschuss der EU (WPA) und die EU-Kommission (Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen) dem Rat der Wirtschafts- und Finanzminister am 14. Februar 2006 einen gemeinsamen Bericht über die potenziellen Auswirkungen der Bevölkerungsalterung in den einzelnen Mitgliedstaaten mit einem Zeithorizont bis zum Jahr 2050 vorgelegt. Über die Vorbereitung entsprechender Modellrechnungen und deren Methodik einschließlich der demografischen und gesamtwirtschaftlichen Annahmen haben wir an dieser Stelle bereits infor-

miert.<sup>1</sup> Am 31. März 2006 wurden die Ergebnisse anlässlich einer Konferenz in Brüssel der breiten Öffentlichkeit präsentiert.<sup>2</sup> Damit wurden ältere Untersuchungen für die EU-15 aus dem Jahr 2001 aktualisiert und auf die neuen Mitgliedstaaten ausgeweitet.

Das Interesse konzentriert sich dabei auf solche Budgetkomponenten, die von Änderungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung – bei ansonsten unveränderten Bedingungen – voraussichtlich stark beeinflusst werden. Explizit betrachtet werden die Ausgaben in den Bereichen Alterssicherung, Gesundheit und Pflege, die Bildungsausgaben sowie langfristige Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und deren fiskalische Konsequenzen.

Die Prüfung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen als Ganzes ist damit noch nicht erfolgt. Dazu müssten zusätzliche Annahmen über die Entwicklung der Einnahmenseite getroffen und die gegenwärtige Situation der öffentlichen Haushalte mit abgebildet werden. Das soll auf Gemeinschaftsebene im Herbst 2006 geschehen. In die geplante umfassende Bewertung der Finanzpolitik der Mitgliedstaaten werden die Ergebnisse der von WPA und EU-Kommission vorgelegten Untersuchungen

<sup>1</sup> Siehe Monatsbericht des BMF, Dezember 2005, S. 61 ff.

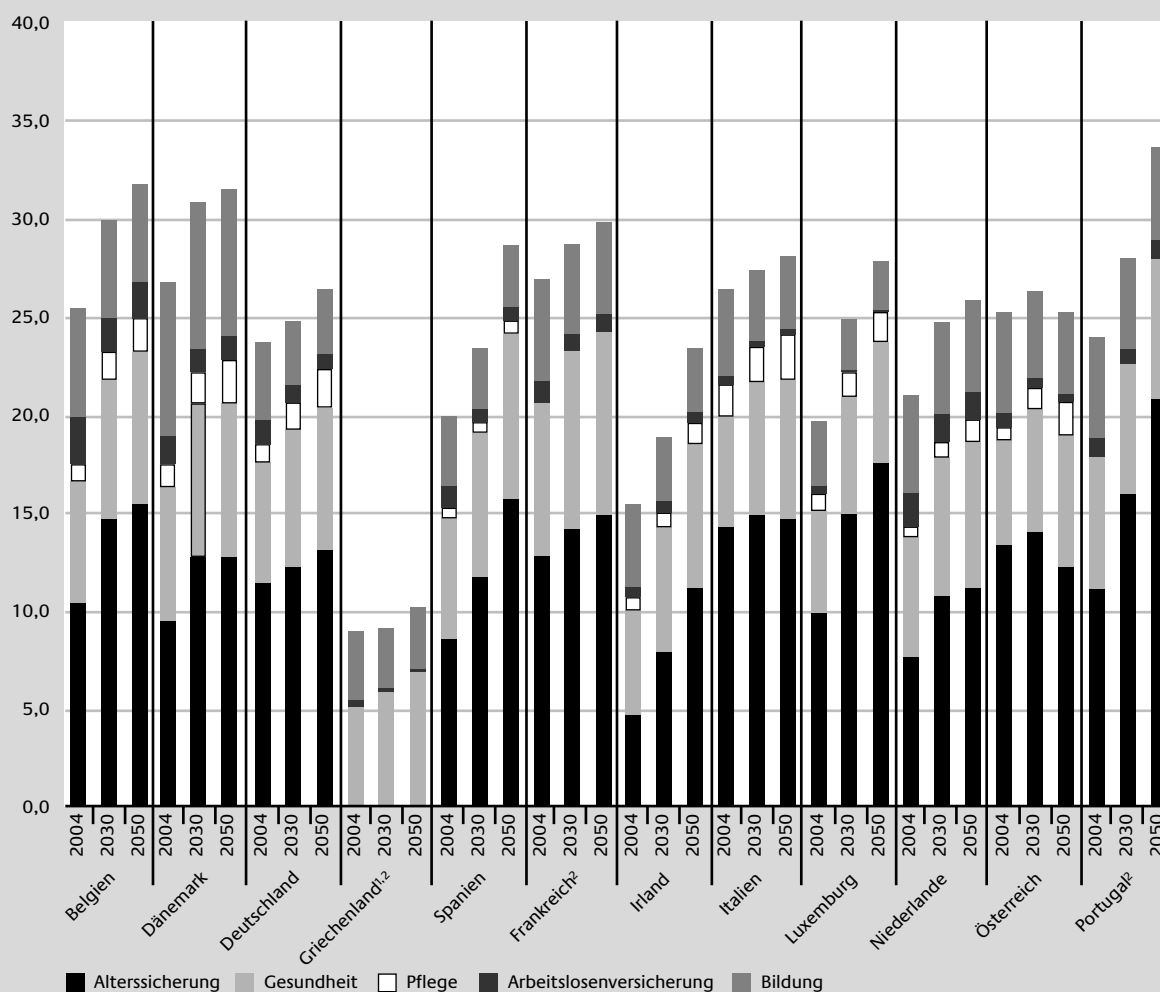
<sup>2</sup> Das Dokument mit dem Titel „The impact of ageing on public expenditure: projections for the EU25 Member States on pensions, health care, long-term care, education and unemployment transfers (2004 bis 2050)“ kann im Internet unter [http://europa.eu.int/comm/economy\\_finance/epc/epc\\_publications\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/economy_finance/epc/epc_publications_en.htm) abgerufen werden.

einfließen. Die Modellrechnungen lassen aber schon jetzt wichtige Schlüsse über mögliche langfristige Konsequenzen für die öffentlichen Haushalte auf der Ausgabenseite zu. Diese Änderungen in den fiskalischen Belastungen sind Gegenstand der folgenden Ausführungen.

## 2 Ergebnisse im Überblick

Nach dem Ergebnis der Langfristrechnungen treibt der demografische Wandel die staatlichen Ausgaben für die Alterssicherung (Renten und Pensionen) sowie die Ausgaben für Gesundheit und Pflege in den meisten Mitgliedstaaten der EU auf ein höheres Niveau als heute. Der Belastungsquotient, der die Ausgaben für die ausgewählten demografieabhängigen Budgetkomponenten im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) beschreibt, liegt am Ende des Projektionszeitraums in der Gemeinschaft insgesamt um etwa drei bis vier Prozentpunkte über seinem derzeitigen Stand. Allerdings gibt es zwischen den Mitgliedstaaten erhebliche Unter-

**Abbildung 1: Ausgewählte demografieabhängige Ausgaben in % des BIP 2004, 2030 und 2050**



<sup>1</sup> Für Griechenland liegen im Fall der Rentenausgaben vergleichbare Daten noch nicht vor.

<sup>2</sup> Ohne Ausgaben für Pflege.

Quelle: Modellrechnungen des WPA und der EU-Kommission.

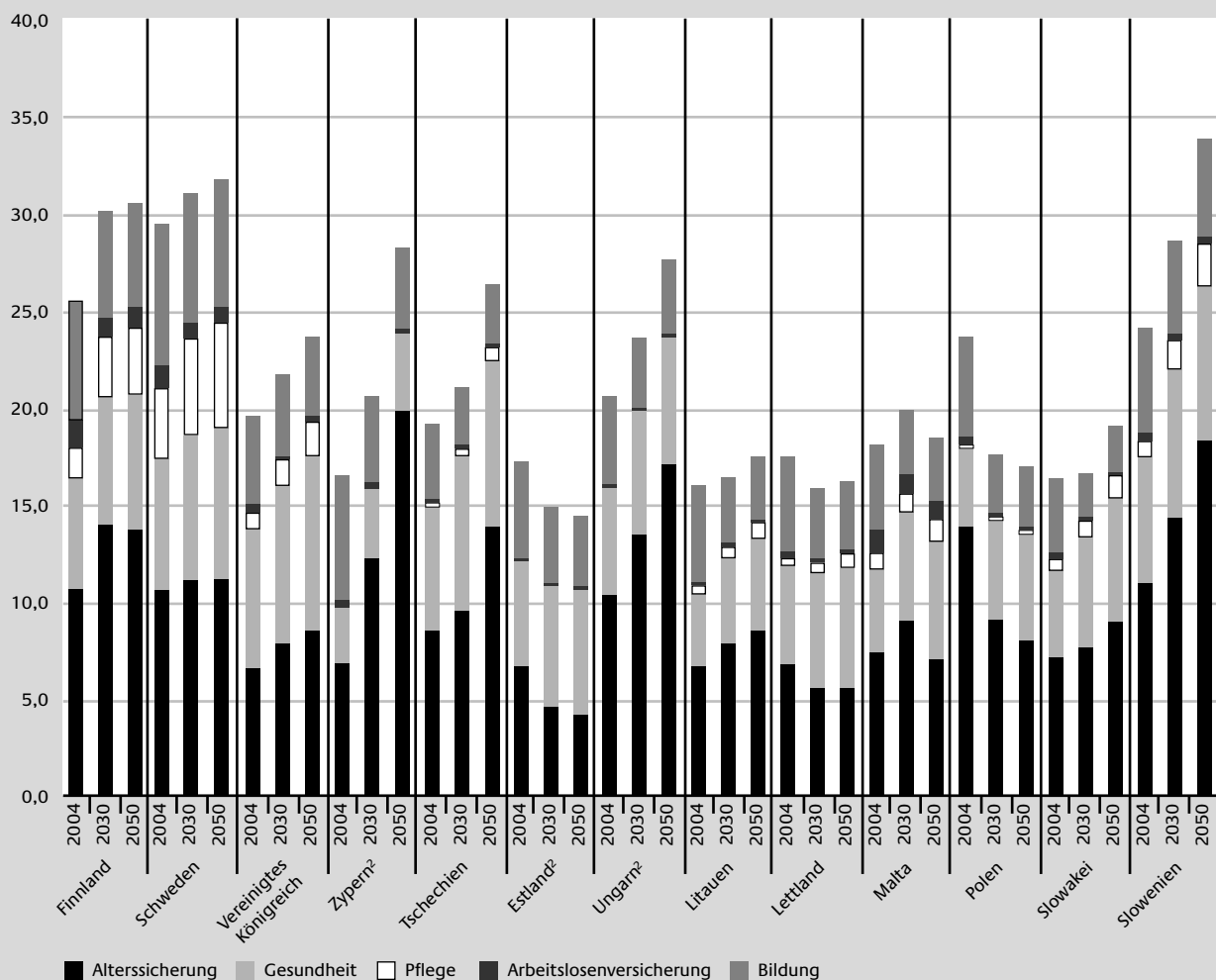
schiede. Das zeigt der Blick auf die unten stehende Abbildung 1 (s. ab S. 42).

Von einer starken Heterogenität sind selbst die Ergebnisse für den Euroraum geprägt: Für Portugal und Spanien wird bis 2050 mit mehr als acht Prozentpunkten (ebenso wie in Luxemburg) ein drastischer Anstieg der fiskalischen Belastung ausgewiesen (für Griechenland liegen speziell im Falle der Rentenausgaben vergleichbare Daten noch nicht vor). In Ländern wie Deutschland, Frankreich (mit weniger als drei Prozentpunkten) und Italien (unter zwei Prozentpunkten) fällt die Zunahme nicht zuletzt als Folge bereits eingeleiteter Reformen in den sozialen Sicherungssystemen vergleichsweise moderat aus, in Österreich bleibt der Anteil der projizier-

ten Ausgaben in Prozent des BIP in etwa konstant.

Der im Durchschnitt errechnete Anstieg täuscht dabei über das sehr differenzierte Ergebnis vor allem auch im Falle der neuen Mitgliedstaaten hinweg. Beim Ausweis der Resultate für einzelne Länder lassen sich die Unterschiede besser erkennen. Am auffälligsten ist die sich abzeichnende Entwicklung in Polen: Die dort umgesetzten Reformen – vor allem die Umwandlung der bislang staatlich finanzierten Alterssicherung hin zu einem privaten kapitalgedeckten System – schlagen sich in einem merklichen Rückgang der Belastung der öffentlichen Haushalte nieder, während es in den anderen neuen Mitgliedstaaten mit einem Zuwachs von etwa

noch Abbildung 1: Ausgewählte demografieabhängige Ausgaben  
in % des BIP 2004, 2030 und 2050



<sup>1</sup> Für Griechenland liegen im Fall der Rentenausgaben vergleichbare Daten noch nicht vor.

<sup>2</sup> Ohne Ausgaben für Pflege.

Quelle: Modellrechnungen des WPA und der EU-Kommission.

fünf Prozentpunkten zu einem deutlich überdurchschnittlichen Anstieg kommt.

Die Projektionen zeigen auch, dass es für ein Gegensteuern der Politik noch ein gewisses Zeitfenster gibt, weil massive Belastungswirkungen in den meisten Ländern erst eintreten, wenn die geburtenstarken Jahrgänge der Nachkriegszeit das Rentenalter erreichen und aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Dieses Zeitfenster lässt sich mittelfristig von der Politik für eine Verbesserung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen nutzen.

### 3 Entwicklungen in einzelnen Ausgabebereichen

#### 3.1 Altersversorgung

Als Folge der Bevölkerungsalterung zeichnet sich in den meisten Mitgliedstaaten bei den Renten und Pensionen zwar immer noch ein spürbarer Ausgabenanstieg ab. Auf dem Weg zu einer langfristig tragfähigen Situation hat es in den letzten Jahren aber auch unbestreitbare Erfolge gegeben. In einigen Mitgliedstaaten – Deutschland gehört dazu – hat sich der bei der vorherigen SchätZRunde erwartete Belastungsanstieg ganz erheblich vermindert. Ein Vergleich mit den aktuellen Schätzergebnissen findet sich in Tabelle 1 wieder. Zu Verbesserungen ist es danach in etwa der Hälfte der damals wie heute untersuchten Länder gekommen.

**Tabelle 1: Vergleich der Projektion der Alterssicherungsausgaben in den Modellrechnungen 2001 und 2005**

Land	Modellrechnungen 2005			Modellrechnungen 2001		
	Ausgaben in Relation zum BIP (in %)		Differenz 2004 bis 2050 (in Prozentpunkten)	Ausgaben in Relation zum BIP (in %)		Differenz 2005 bis 2050 (in Prozentpunkten)
	2004	2050		2005	2050	
Belgien	10,4	15,5	5,1	9,5	13,3	3,8
Dänemark	9,5	12,8	3,3	11,3	13,3	2,0
Deutschland	11,4	13,1	1,7	11,4	16,9	5,5
Spanien	8,6	15,7	7,1	8,8	17,3	8,5
Frankreich <sup>1</sup>	12,8	14,8	2,0	12,2	15,8	3,6
Irland <sup>2</sup>	4,7	11,1	6,4	4,5	9,0	4,5
Italien	14,2	14,7	0,4	13,8	14,1	0,3
Luxemburg	10,0	17,4	7,4	7,4	9,3	1,9
Niederlande	7,7	11,2	3,5	8,3	13,6	5,3
Österreich	13,4	12,2	– 1,2	14,5	17,0	2,5
Portugal	11,1	20,8	9,7	10,9	13,2	2,3
Finnland	10,7	13,7	3,1	10,9	15,9	5,0
Schweden	10,6	11,2	0,6	9,2	10,7	1,5
Vereinigtes Königreich	6,6	8,6	2,0	5,3	4,4	– 0,9

<sup>1</sup> Frankreich: Prognosehorizont reichte 2001 nur bis 2040.

<sup>2</sup> Irland: Angaben, die 2001 in Prozent des Bruttonationalprodukts (BNP) erfolgten, entsprechen etwa 3,8 % bzw. 7,7 % in Relation zum BIP.

## 3.2 Gesundheit

Wie schwierig langfristige Projektionen der öffentlichen Gesundheitsausgaben sind und wie breit das Spektrum möglicher Entwicklungen ist, haben die auf Gemeinschaftsebene erstellten Rechnungen genauso wie die vom ifo-Institut im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen durchgeführten Untersuchungen aufgezeigt und verdeutlicht. Für die Fortschreibung möglicher Entwicklungspfade sind neben dem Prozess der gesellschaftlichen Alterung eine Vielzahl weiterer Faktoren entscheidend, von Veränderungen im Gesundheitsstatus der Bevölkerung (Medikalisierungsthese versus Kompressions- these) bis hin zu den Rahmenbedingungen, unter denen sich Angebot und Nachfrage im Gesundheitssektor entfalten. Unerlässlich sind Annahmen über die grundsätzlich positiven – die Behandlungskosten aber häufig steigernden – Wirkungen des medizinischen und technischen Fortschritts („non-demographic drivers“).

Die Ageing-Arbeitsgruppe des WPA hat im Vorfeld der Veröffentlichung des Berichts deshalb eine ganze Reihe unterschiedlicher Szenarien durchgerechnet. Für die Verwendung in Untersuchungen zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen empfiehlt sie die Nutzung einer Variante, die unterschiedliche Annahmen in einem Risiken wie Chancen abwägenden Referenzszenario kombiniert. In der EU insgesamt würden danach die staatlichen Gesundheitsausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt bis 2050 im Vergleich zur Gegenwart um etwa ein bis zwei Prozentpunkte steigen.

## 3.3 Pflege

Nimmt man die Kosten für die Versorgung pflegebedürftiger alter Menschen hinzu, dürften die Belastungen für die öffentlichen Haushalte – bei Annahme unveränderter institutioneller Bedingungen – bis zum Ende des Projektionszeitraums im Schnitt um einen halben bis ganzen Prozentpunkt weiter steigen. Überdurchschnittlich hoch ist der Belastungsanstieg in solchen Ländern, in denen es für die Langzeitpflege schon heute weit verbreitete und mit öffentlichen Mitteln finanzierte Angebote gibt. Vor

allem in den neuen Mitgliedstaaten, in denen dies noch nicht der Fall ist, fällt der Ausgabenanstieg systematisch niedriger aus. Allerdings weisen WPA und EU-Kommission in ihrem Bericht zu Recht darauf hin, dass es angesichts des zunehmenden Anteils alter und sehr alter Menschen auch in diesen Ländern zu einer Anpassung der institutionellen Gegebenheiten und damit zu einem stärkeren Druck auf die öffentlichen Haushalte kommen könnte.

Die in Deutschland vorhandenen Regelungen für den Einsatz öffentlicher Mittel angemessen abzubilden, hat sich als schwierig erwiesen. Auf die Besonderheiten der deutschen Pflegeversicherung, wonach die monatlichen Leistungsbeiträge für Pflegebedürftige gesetzlich festgelegt sind und – anders als häufig unterstellt – nicht automatisch angepasst werden, wird bei der Vorstellung der Ergebnisse deshalb zu Recht aufmerksam gemacht und eine Alternativrechnung präsentiert, bei der die durchschnittlichen Leistungsbeiträge („unit costs“) real konstant gehalten werden. Im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt, das langfristig weiter wächst, käme es dann kaum noch zu einem Belastungsanstieg.

## 3.4 Bildung

Rückwirkungen der vorausberechneten Änderungen der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen auf die wirtschaftliche Entwicklung werden in solchen Rechnungen in aller Regel ausgeklammert. Das gilt bei jetzt von WPA und EU-Kommission vorgestellten Projektionen auch für die Bildungsausgaben. Mögliche Auswirkungen einer Erhöhung der Bildungsbeteiligung und die damit verbundenen positiven Effekte für den Produktivitätsfortschritt und das Wachstum blieben vorerst außen vor, wurden aber bei der Diskussion des Berichtes im Rat für eine eventuelle Zusatzrechnung ins Auge gefasst. Die Ergebnisse der bisherigen Rechnungen geben deshalb gerade hier noch kein vollständiges Bild. Schon jetzt zeigt der Bericht auf, dass im Bildungsbereich jedenfalls kein wesentliches Einsparpotenzial liegt. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt würden sich die staatlichen Aufwendungen im Bildungsbereich nicht so

weit ändern, dass sich damit der Anstieg in den Bereichen Alterssicherung, Gesundheit und Pflege kompensieren ließe.

### 3.5 Arbeitslosenversicherung

Der Entwicklung der Arbeitslosigkeit kommt für die hier angestellten Kalkulationen – zumindest auf den ersten Blick – nur eine untergeordnete Bedeutung zu. Das liegt allerdings zu einem Großteil an den für diese Rechnungen getroffenen Annahmen. So wurden nur die Lohnersatzleistungen im engeren Sinne berücksichtigt und mit Blick auf die angestrebte Vergleichbarkeit der Ergebnisse grundsätzlich unterstellt, dass die strukturelle Arbeitslosenquote langfristig auf einem relativ hohen Niveau verharret. Nach den Annahmen, wie sie in Deutschland etwa von der Rürup-Kommission für entsprechende Rechnungen auf nationaler Ebene entwickelt wurden, könnte die Zahl der Erwerbslosen auf lange Sicht deutlich stärker zurückgehen – nicht zuletzt wegen der zu erwartenden Knappheiten beim Faktor Arbeit. Unter diesen Umständen wäre nicht nur mit verringerten Transferleistungen und einer deutlichen Verminderung des Drucks auf die öffentlichen Haushalte zu rechnen. Auch das gesamtwirtschaftliche Wachstum fiel aufgrund der dann höheren Beschäftigung günstiger aus. Die Bundesregierung ist überzeugt, dass ein weiterer Abbau der strukturellen Arbeitslosigkeit in Deutschland auf Dauer gelingt. Sie zielt darauf schon heute mit entsprechenden Maßnahmen. Die Grundlinien ihrer Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung hat sie im europäischen Zusammenhang auch mit Blick auf die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen bei der Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms im Februar 2006 vorgestellt.



## 4 Schlussfolgerungen

Die Wirtschafts- und Finanzminister der EU haben den Bericht des WPA und der EU-Kommission auf ihrer Sitzung am 14. Februar 2006 gebilligt. Sie haben bei dieser Gelegenheit allerdings auch unterstrichen, dass es sich bei den Ergebnissen der Langfristprojektionen nicht um genaue Vorhersagen handelt, sondern um Modellrechnungen, die das Ausmaß künftig entstehender Zahlungsverpflichtungen des Staates allein auf Basis zuvor verabredeter Annahmen zu beschreiben vermögen. Ihre Aussagekraft darf deshalb nicht überschätzt werden. Zu entsprechender Vorsicht haben daher auch die vom Bundesministerium der Finanzen mit solchen Untersuchungen beauftragten Wissenschaftler in den letzten Jahren regelmäßig geraten.

Legt man den Projektionen die derzeitigen demografischen Trends zu Grunde – und ändert sich an den rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen nichts –, zeichnen sich in den meisten Mitgliedstaaten der EU deutliche Risiken für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen ab. Wesentliche Änderungen im Verhalten der Menschen, die über absehbare Wirkungen bereits umgesetzter Maßnahmen auf die Erwerbsbeteiligung hinausgehen, und etwaige weitere Reaktionen der Politik blieben bei der Konstruktion der hier entworfenen Zukunftsszenarien außen vor, sie könnten bei einer Fortsetzung der Arbeiten im Rahmen des WPA Eingang in diesbezügliche Alternativrechnungen und ergänzende Politiksimulationen finden.

Vor dem Hintergrund der schon jetzt gewonnenen Erkenntnisse haben die Wirtschafts- und Finanzminister ihre Absicht bekräftigt, den Herausforderungen des demografischen Wandels mit einer breit angelegten Strategie („three-pronged strategy“) begegnen zu wollen. Sie umfasst

- die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte mit dem Ziel einer beschleunigten Rückführung der Staatsverschuldung,
- die Erhöhung der Erwerbstätigenquote – also des Anteils der tatsächlich Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter – und der Produktivität,
- die Umsetzung von Reformen in den sozialen Sicherungssystemen (Altersversorgung, Gesundheit, Pflege).

Diesen Zielen hat sich der Europäische Rat am 23./24. März 2006 ausdrücklich angeschlossen. Die Handlungsempfehlungen, die damit für die Gemeinschaft als Ganzes ausgesprochen wurden, entsprechen dabei auch den Antworten auf die Herausforderungen des demografischen Wandels, die von der Bundesregierung in der jüngsten Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms und zuvor im Tragfähigkeitsbericht des BMF formuliert wurden. Maßnahmen, die auf eine Verlängerung des Arbeitslebens setzen, gehören dazu.

## 5 Weiteres Vorgehen

WPA und EU-Kommission haben mit ihrer ausführlichen Berichterstattung zu den Folgen des demografischen Wandels auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte für die nun anstehende – umfassende – Beurteilung der Finanzpolitik entscheidende Vorarbeiten geleistet. Die Ergebnisse der Projektionen für einzelne – vom demografischen Wandel besonders betroffene – Budgetkomponenten können jetzt in die Untersuchung der öffentlichen Haushalte als Ganzes eingebracht werden. Das wird auf Basis der neuen Daten und im Anschluss an eine entsprechende Auswertung durch die Kommission im zweiten Halbjahr 2006 geschehen. Darüber hinaus sollen die Resultate der langfristigen Budgetprojektionen auch in die Ableitung der mittelfristigen Haushaltsziele des Stabilitäts- und Wachstumspaktes einfließen. Das Bundesministerium der Finanzen wird sich an diesen Arbeiten auf europäischer Ebene auch in Zukunft aktiv beteiligen.





# Entwicklung der Länderhaushalte im Jahr 2005<sup>1</sup>

1	Ausgabenentwicklung .....	49
1.1	Gesamtausgaben .....	49
1.2	Personalausgaben .....	50
1.3	Investive Ausgaben .....	51
1.4	Zinsausgaben .....	52
2	Einnahmen .....	53
2.1	Einnahmen insgesamt .....	53
2.2	Steuereinnahmen .....	53
3	Finanzierungsdefizite .....	55

Die Länderhaushalte haben sich im Jahr 2005 insgesamt positiv entwickelt. Der Zuwachs der Einnahmen übertraf den Ausgabenanstieg leicht. Das Finanzierungsdefizit der Ländergemeinschaft hat sich dementsprechend im Vergleich zum Vorjahr um weitere 0,3 Mrd. € auf rund 24,1 Mrd. € verringert. Die Defizitplanungen der Länder für das Jahr 2005 wurden damit um rund 3,0 Mrd. € unterschritten.

## 1 Ausgabenentwicklung

### 1.1 Gesamtausgaben

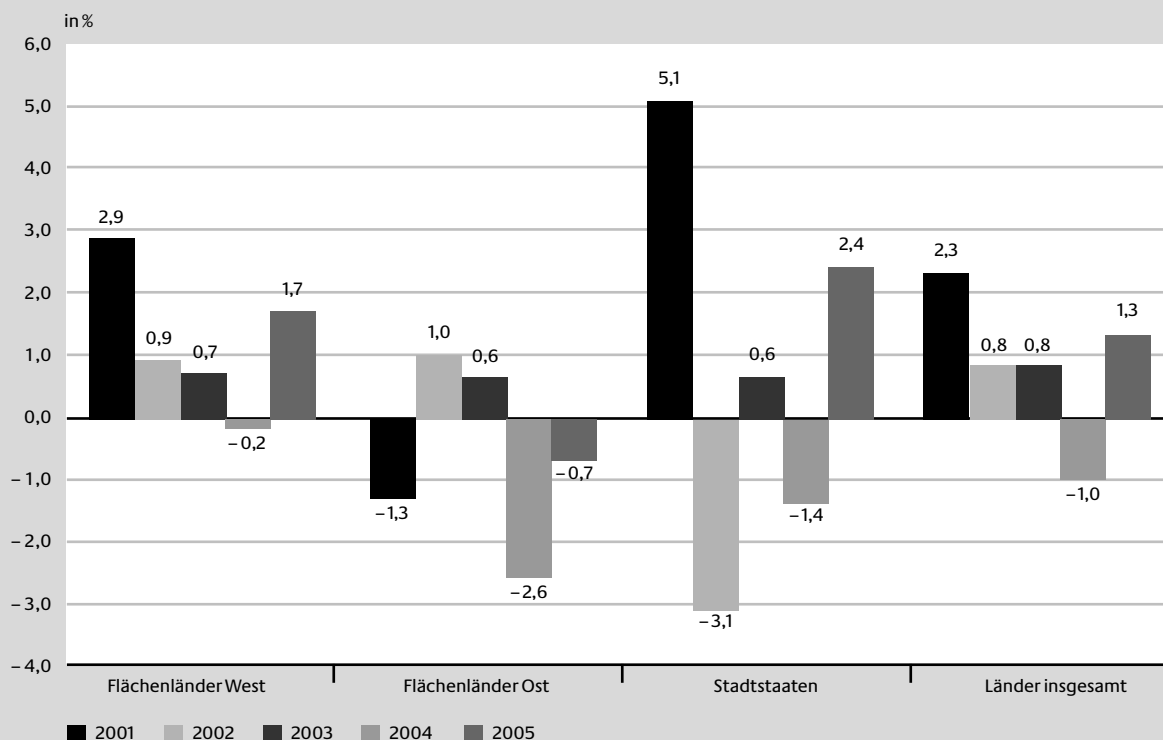
Die Gesamtausgaben der Länder sind im Vergleich zum Vorjahr um + 1,3 % gestiegen. Einen entsprechenden Zuwachs hatten die Länder in ihren Planungen auch vorgesehen. Die im Finanzplanungsrat vereinbarte Begrenzung des Ausgabenwachstums auf maximal + 1,0 % wurde damit leicht überschritten.

Während die Stadtstaaten (+2,4 %) und die Flächenländer West (+ 1,7 %) ihre Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr deutlich steigerten, konnten die Flächenländer Ost ihre Ausgaben noch einmal um – 0,7 % zurückführen.

Die Ausgaben je Einwohner der ostdeutschen Länder (3836 €/Kopf) lagen auch im vergangenen Jahr deutlich über dem Niveau der westdeutschen Flächenländer (2816 €/Kopf). Hier schlugen sich vor allem die deutlich höheren investiven Ausgaben aufgrund des infrastrukturellen Nachholbedarfs, eine höhere Zinsbelastung sowie höhere Zuweisungen an die Kommunen nieder. Die Pro-Kopf-Ausgaben der Stadtstaaten (6094 €/Kopf) überstiegen die der Flächenländer insgesamt (2955 €/Kopf) um das Doppelte, allerdings ist in den Haushalten der Stadtstaaten im Gegensatz zu den Flächenländern die Kommunalebene mit erfasst.

<sup>1</sup> Vorläufiges Jahresergebnis auf Basis der Quartalsstatistik für das 1. bis 4. Vierteljahr 2005.

Abbildung 1: Veränderungsraten der Ausgaben 2001 bis 2005 in %



## 1.2 Personalausgaben

Die Personalausgaben stellen den größten Ausgabenblock in den Länderhaushalten dar, da in die Zuständigkeit der Länder besonders personalintensive Aufgaben fallen (z.B. Schul- und Bildungswesen, innere Sicherheit, Gesundheitswesen). Der Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben betrug in den westdeutschen Flächenländern rund 41 %, in den ostdeutschen Flächenländern rund 25 % und in den Stadtstaaten rund 32 %. Im Vergleich dazu stellten die Personalausgaben im Bundeshaushalt in 2005 lediglich rund 10 % der gesamten Ausgaben.

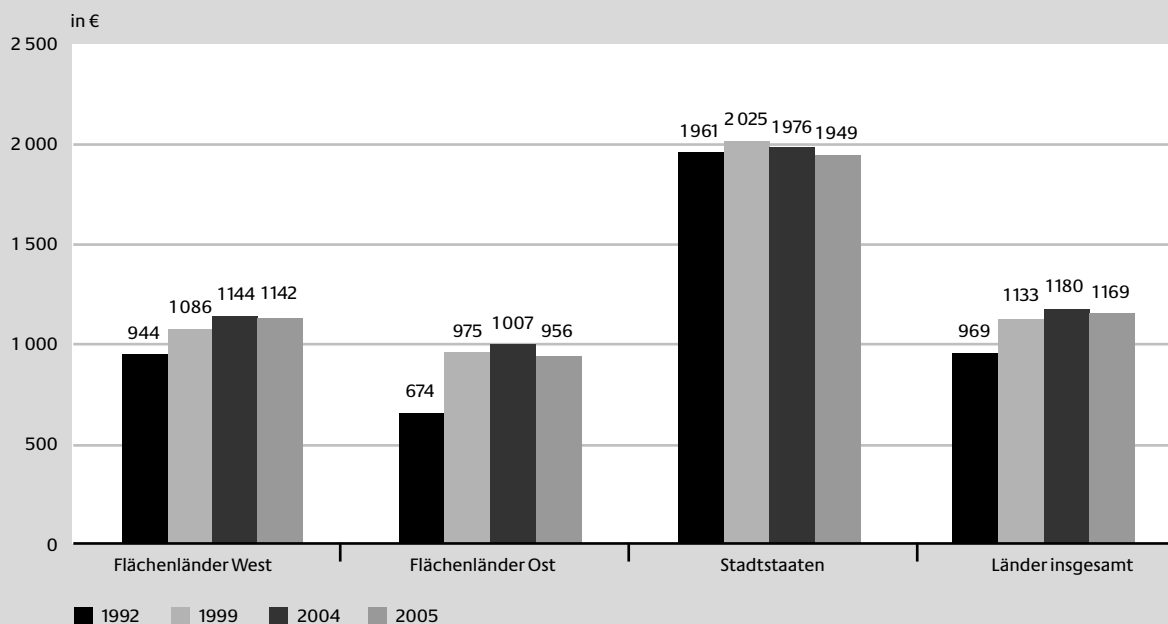
Die Personalausgaben der Länder insgesamt sanken im Vergleich zum Vorjahr um – 1,0 %. Während die Personalausgaben in den westdeutschen Flächenländern (– 0,1 %) nahezu konstant blieben, gingen sie in den ostdeutschen Flächenländern erheblich (– 5,6 %) und in den Stadtstaaten deutlich (– 1,2 %) zurück.

Bezogen auf die Einwohner fielen die Personalausgaben der Stadtstaaten (1949 €/Kopf) doppelt so hoch aus wie die der Flächenländer Ost (956 €/Kopf). Die Personalausgaben je Einwohner der Flächenländer West (1142 €/Kopf) entsprachen in etwa dem Länderdurchschnitt (1169 €/Kopf). Hier muss allerdings berücksichtigt werden, dass Ausgaben der ostdeutschen Flächenländer im Zusammenhang mit den geschlossenen Sonder- und Zusatzversorgungssystemen der ehemaligen DDR nicht als Personalausgaben verbucht werden. Auch die unterschiedliche Struktur der Beschäftigungsverhältnisse (Beamte/Angestellte) sowie die noch nicht vollständige Anpassung der Tarife für aktives Personal in den ostdeutschen Flächenländern an das Tarifniveau West spiegelt sich hier wider. Die Belastung der ostdeutschen Länder durch Versorgungsausgaben (13 €/Kopf) betrug nur einen

Tabelle 1: Veränderungsraten der Personalausgaben in 2005 in %

	Soll	Ist
Länder insgesamt	– 0,5	– 1,0
Flächenländer West	– 0,2	– 0,1
Flächenländer Ost	– 3,7	– 5,6
Stadtstaaten	1,6	– 1,2

Abbildung 2: Personalausgaben in € je Einwohner



Bruchteil der Flächenländer West (243 €/Kopf) und der Stadtstaaten (408 €/Kopf), jedoch verdeutlicht die überproportionale Zuwachsrate (+ 17,7 %) die hohe Dynamik in diesem Ausgabenbereich.

### 1.3 Investive Ausgaben

Die investiven Ausgaben der Länder insgesamt sind im Vergleich zum Vorjahr stark um + 8,6 % gestiegen. Während die Investitionsausgaben der Stadtstaaten (+ 32,2 %) und der Flächenländer West (+ 14,1 %) erheblich zunahmen, sanken die der ostdeutschen Flächenländer deutlich um – 7,2 %. Allerdings ist der starke Zuwachs in den Stadtstaaten und westdeutschen Flächenländern wesentlich auf Zahlungsströme im Zusammenhang mit den Beihilfeverfahren der EU-Kommission betreffend die Landesbanken (Rekapitalisierung von Einlagen) zurückzuführen, die überwiegend investiv als Beteiligungserwerbe verbucht wurden. Insgesamt liegt der Anstieg der Investitionsausgaben im Jahr 2005 allerdings niedriger als geplant (+ 13,2 %). Der erhebliche Rückgang der Investitionen in den ostdeutschen Flächenländern ist auch vor dem Hintergrund des bestehenden infrastrukturellen Nachholbedarfs zu bewerten.

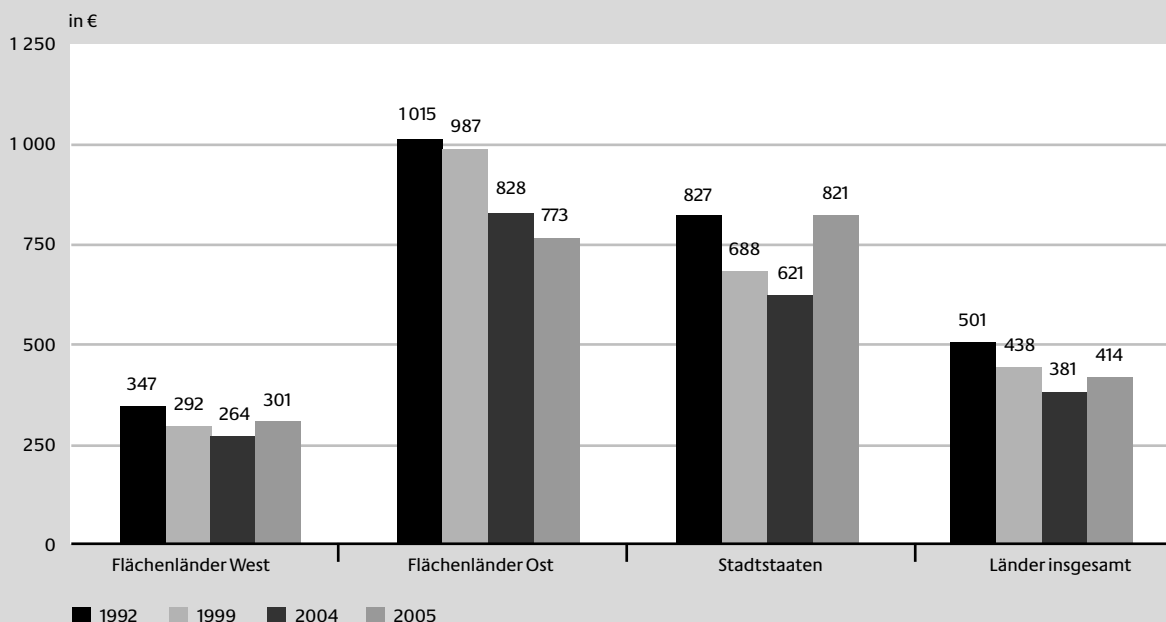
Tabelle 2: Veränderungsraten der investiven Ausgaben 2005 in %

	Soll	Ist
Länder insgesamt	13,2	8,6
Flächenländer West	19,3	14,1
Flächenländer Ost	5,1	– 7,2
Stadtstaaten	9,9	32,2

Die Investitionsquoten der Flächenländer West (10,7 %) und der Stadtstaaten (13,5 %) sind im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Der Abstand zur Investitionsquote der ostdeutschen Flächenländer (20,2 %) hat sich durch die genannten Sondereffekte geringfügig verkleinert.

Ebenfalls bedingt durch die Sondereffekte wiesen anders als in den Vorjahren nicht die Flächenländer Ost (773 €/Kopf), sondern die Stadtstaaten (821 €/Kopf) die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben aus. Die westdeutschen Flächenländer liegen mit 301 €/Kopf weit darunter.

Abbildung 3: Investitionsausgaben in € je Einwohner



## 1.4 Zinsausgaben

Der Anstieg der Zinsausgaben der Länderhaushalte hat sich in 2005 mit + 0,5 % erneut verlangsamt. Geplant hatten die Länder insgesamt einen Anstieg ihrer Zinsausgaben um + 4,8 %. Während die Flächenländer West (– 0,2 %) und Ost (– 0,1 %) nahezu konstante Zinsausgaben verzeichnen konnten, mussten die Stadtstaaten einen Zuwachs um + 3,1 % hinnehmen, der aber noch erheblich unter den Planungen (+ 9,6 %) lag.

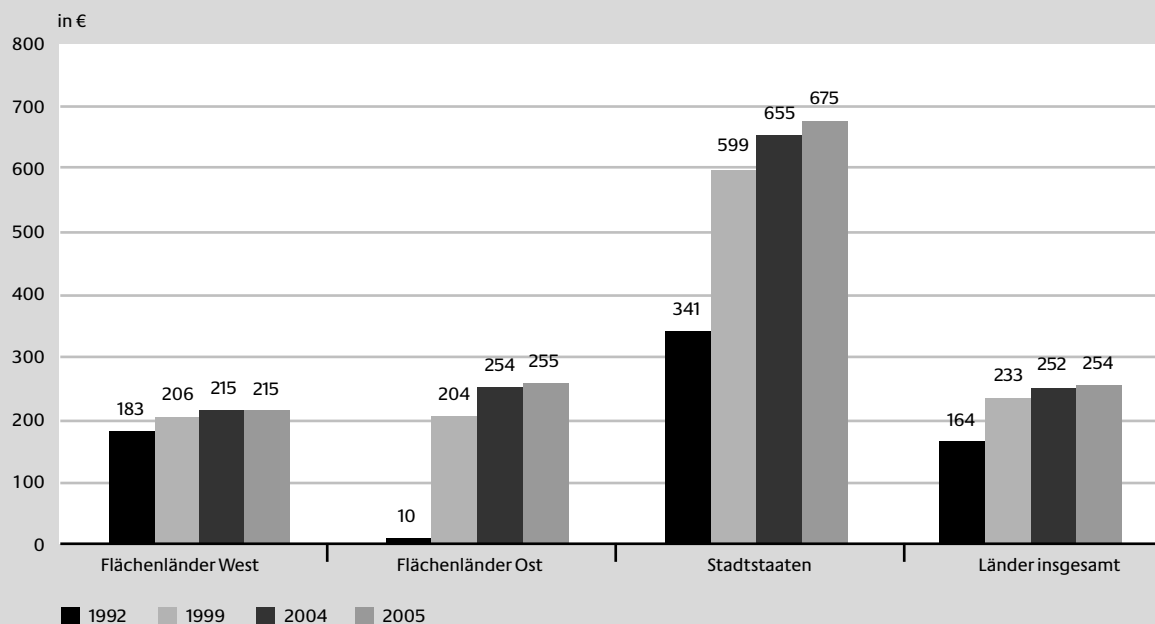
In den einzelnen Ländern betrug der Anteil der Zinsausgaben an den Gesamtausgaben (Zinsausgabenquote) im vergangenen Jahr zwischen 3 % und rund 12 %.

Die stärkste Dynamik der Entwicklung der Zinsausgaben ist in den ostdeutschen Flächenländern zu beobachten. Ausgehend von einer sehr geringen Zinsbelastung zu Beginn der 90er Jahre, liegen die Zinsausgaben je Einwohner in den ostdeutschen Flächenländern inzwischen höher als in den westdeutschen. So betrugen die Zinsausgaben je Einwohner im vergangenen Jahr in den ostdeutschen Ländern 255 €, in den westdeutschen Flächenländern hingegen 215 €. Der Abstand zu den Stadtstaaten hat sich 2005 weiter vergrößert. Zinsausgaben von 675 €/Kopf weisen auf die schwierige Haushaltslage einiger Stadtstaaten hin.

Tabelle 3: Veränderungsraten der Zinsausgaben 2005 in %

	Soll	Ist
Länder insgesamt	4,8	0,5
Flächenländer West	3,4	– 0,2
Flächenländer Ost	5,0	– 0,1
Stadtstaaten	9,6	3,1

Abbildung 4: Zinsausgaben je Einwohner in €



## 2 Einnahmen

### 2.1 Einnahmen insgesamt

Die Einnahmen der Ländergesamtheit sind 2005 im Vergleich zum Vorjahr um + 1,6% gestiegen und haben damit die eher verhaltenen Haushaltsansätze (+ 0,2 %) erheblich übertroffen. Während sich die Einnahmen der Stadtstaaten (+ 3,0 %) und der Flächenländer West (+ 1,9 %) spürbar besser entwickelten als erwartet (– 3,5 % bzw. + 0,3 %), blieben die Einnahmen der Flächenländer Ost (– 0,1 %) nahezu konstant. Geplant war hier ein Zuwachs um + 1,9 %. Mit den erzielten Einnahmen konnten die Flächenländer Ost rund 94 % ihrer Ausgaben abdecken, die Flächenländer West rund 91 % und die Stadtstaaten rund 87 %.

### 2.2 Steuereinnahmen

Im Vergleich zum Vorjahr sind in 2005 die Steuereinnahmen der Ländergesamtheit leicht um + 0,4% gestiegen. Die Planungen sahen einen geringfügigen Rückgang um – 0,2 % vor. Erneut verzeichneten die Stadtstaaten (+ 1,4 %) den höchsten Zuwachs, erreichten damit allerdings

ihre Planungen (+ 1,7 %) nicht ganz. Erfreulich verlief auch die Entwicklung der Steuereinnahmen in den Flächenländern West. Anstelle der erwarteten Stagnation (– 0,1%) trat im Ist ein Anstieg der Steuereinnahmen um + 1,1 % ein. Erheblich ungünstiger verlief es in den ostdeutschen Flächenländern. Der in den Planungen vorgesehene Rückgang der Steuereinnahmen um – 2,5 % wurde tatsächlich mit – 3,8 % noch deutlich übertroffen.

Das Niveau der Steuereinnahmen lag in den ostdeutschen Ländern weiterhin mit 1679 € je Einwohner deutlich unter dem der westdeutschen Flächenländer mit 1962 € je Einwohner und dem der Stadtstaaten mit 2988 € je Einwohner. Der Abstand der Flächenländer Ost hat sich im Vergleich zum Vorjahr weiter vergrößert. Auch die auf rund 44 % gesunkene Steuerdeckungsquote (Anteil der Steuereinnahmen an den Gesamtausgaben) blieb unter dem Niveau der westdeutschen Flächenländer, die in 2005 rund 70 % ihrer Ausgaben durch Steuereinnahmen finanzieren konnten. Bei den Stadtstaaten betrug die Steuerdeckungsquote in 2005 lediglich rund 49 %. Durch den bundesstaatlichen Finanzausgleich, der hierin nur soweit die Umsatzsteuer betroffen ist, enthalten ist, werden diese Niveauunterschiede allerdings ausgeglichen.

Abbildung 5: Entwicklung der bereinigten Einnahmen 2000 bis 2005 in %

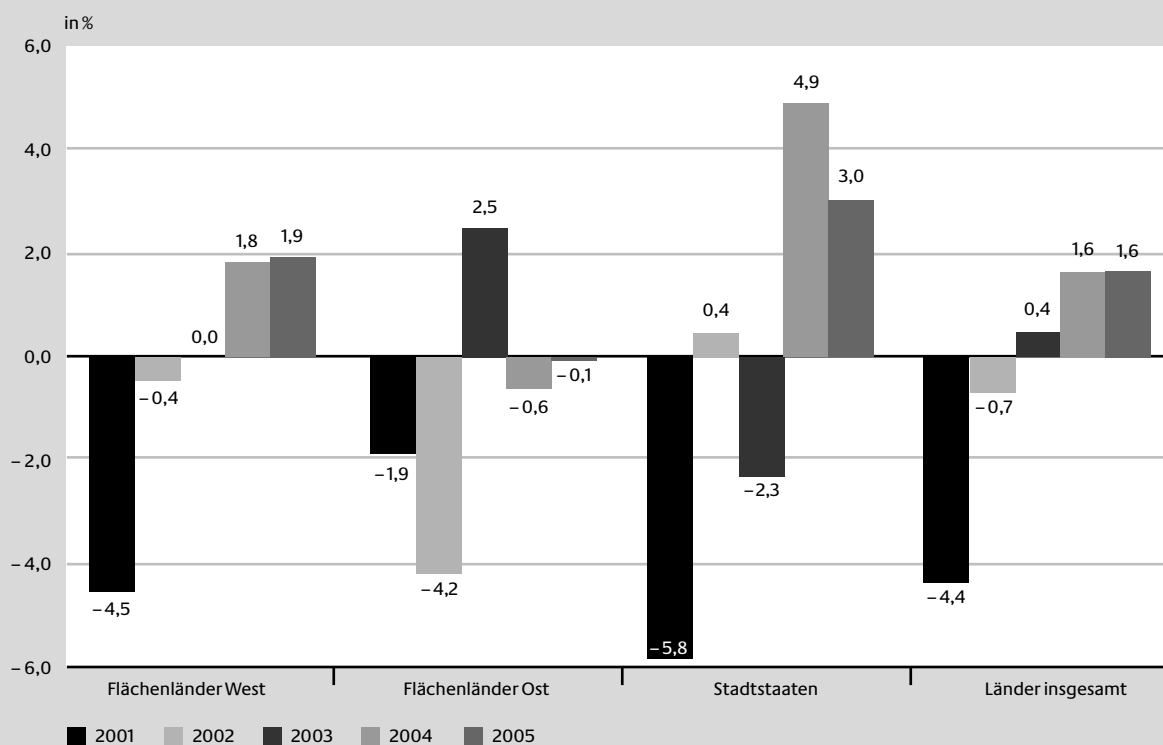


Abbildung 6: Entwicklung der Steuereinnahmen in 2005 in %

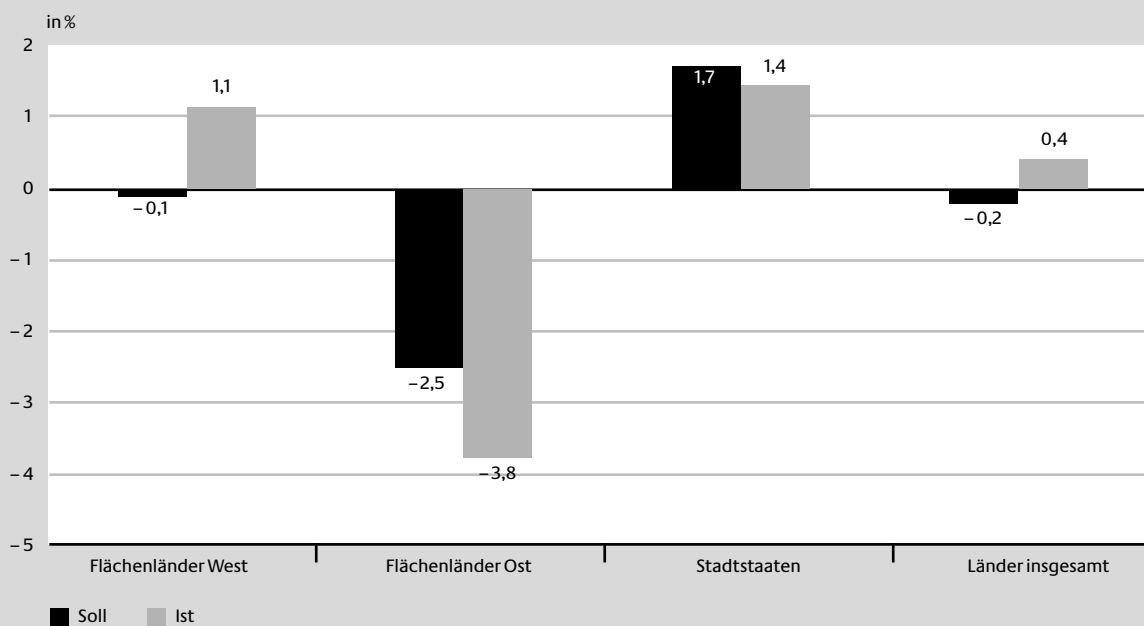
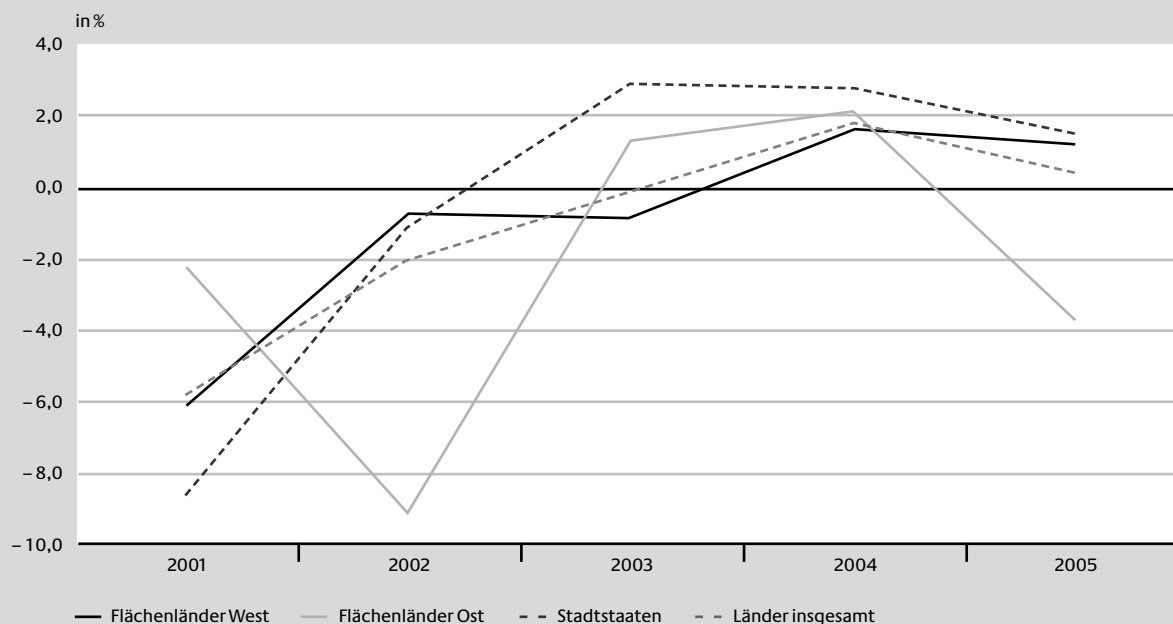


Abbildung 7: Veränderungsraten der Steuereinnahmen 2000 bis 2005 in %

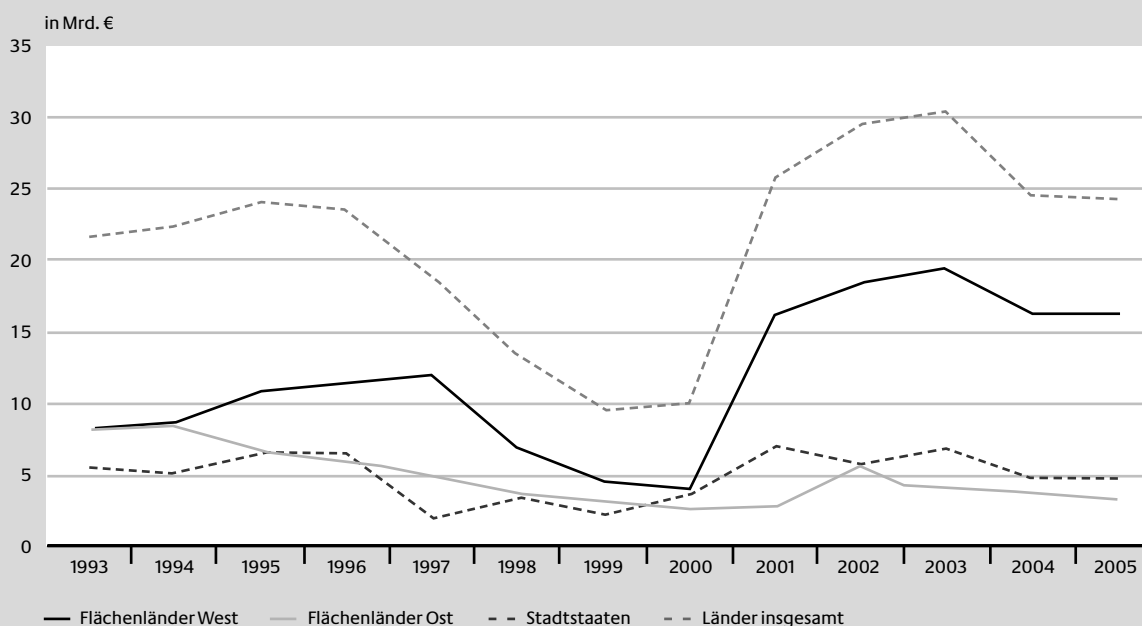


### 3 Finanzierungsdefizite

Das Finanzierungsdefizit der Länder belief sich im Jahr 2005 auf 24,1 Mrd. € und verbesserte sich damit gegenüber dem Vorjahr leicht um rund 0,3 Mrd. €. Bei nahezu konstantem Finanzierungs-

defizit in den Flächenländern West (+ 0,1 Mrd. €) und in den Stadtstaaten (+ 0,0 Mrd. €) ist der Defizitabbau in 2005 fast ausschließlich auf die Flächenländer Ost (- 0,3 Mrd. €) zurückzuführen. Das Finanzierungsdefizit insgesamt fiel dabei um 3,0 Mrd. € niedriger aus als in den Haushaltsplänen veranschlagt.

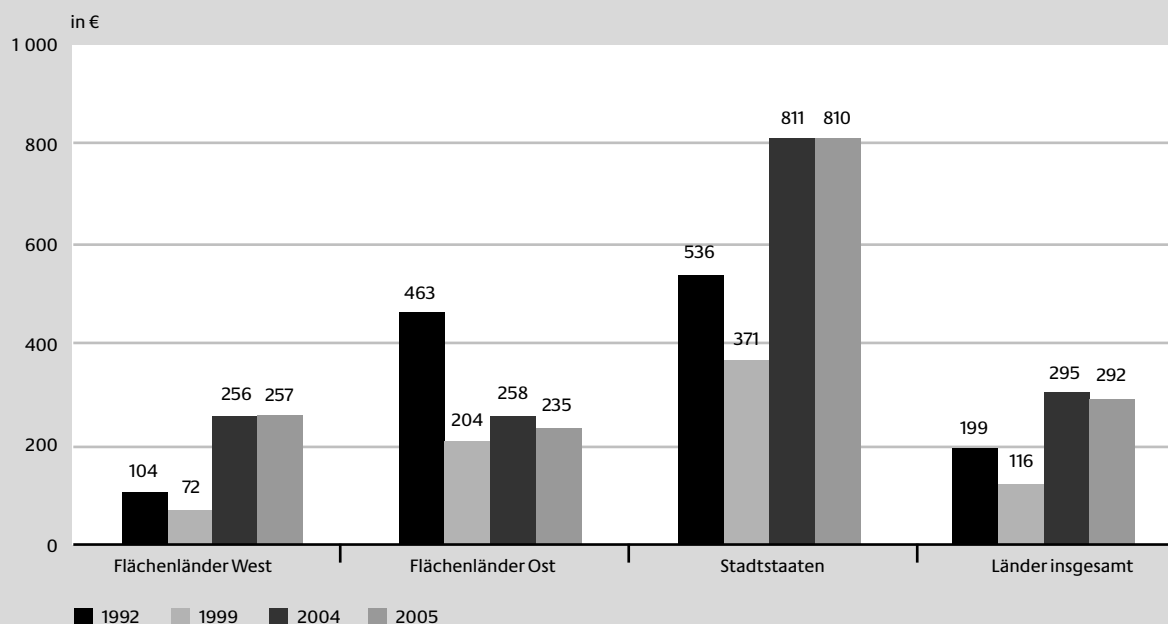
Abbildung 8: Finanzierungsdefizite 1993 bis 2005 in Mrd. €



Je Einwohner betrachtet fiel das Finanzierungsdefizit der Stadtstaaten mit 810 €/Kopf mehr als dreimal so hoch aus wie in den Flächenländern West (257 €/Kopf) und den ostdeutschen

Flächenländern (235 €/Kopf). Nach 2001 ist das Pro-Kopf-Niveau der Flächenländer Ost entgegen der Vergangenheit erstmals wieder niedriger als das der westdeutschen.

Abbildung 9: Entwicklung der Finanzierungsdefizite in € je Einwohner





## Die Steuereinnahmen der Kommunen (ohne Stadtstaaten) im Jahr 2005

### Gewerbesteuer bringt den Städten und Gemeinden im zweiten Jahr in Folge Milliardenplus

Das Finanzierungsdefizit der Kommunen insgesamt reduzierte sich im Jahr 2005 gegenüber dem Vorjahr deutlich um 1,5 Mrd. € auf 2,3 Mrd. €. Maßgeblich hierfür war – wie im Jahr 2004<sup>1</sup> – die äußerst positive Entwicklung der Gewerbesteuer.

Die kommunalen Steuereinnahmen insgesamt erhöhten sich im Jahr 2005 gegenüber dem Vorjahr um 6,1 % oder 3,1 Mrd. € auf 54,3 Mrd. € (siehe Tabelle 1, S. 58). Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ hat im November 2005 die Zunahme für das gesamte Jahr auf 4 % geschätzt. Diese positive Einschätzung der Steuerschätzer wurde noch übertroffen. Nach Ländern entwickelten sich die kommunalen Steuereinnahmen differenziert (siehe Tabelle 2, S. 58). Die Spannweite der Steigerungsraten lag zwischen 2 % in Baden-Württemberg und 17,5 % in Brandenburg.

Die erfreuliche Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen wurde von der Gewerbesteuer getragen. Sie nahm im Jahr 2005 in der Bruttobetrachtung um 12,7 % zu (siehe Tabelle 3, S. 59). Hier zeigen sich neben der verbesserten Gewinnentwicklung der Unternehmen die Wirkungen des Anfang 2004 in Kraft getretenen Gesetzes zur Änderung des Gewerbesteuergesetzes vom 23. Dezember 2003.

Die Gewerbesteuer (netto) – d.h. die Gewerbesteuer (brutto) abzüglich der an Bund und Länder abzuführenden Gewerbesteuerumlagen – entwickelte sich noch etwas günstiger als die Gewerbesteuer (brutto) und erheblich dynamischer als die Steuereinnahmen insgesamt. Im Jahr 2005 stiegen die Gewerbesteuereinnahmen (netto) um 13,9 % auf 23,4 Mrd. € (siehe Tabelle 4, S. 60). Die Einnahmen lagen im Jahr 2005 damit deutlich (+ 2,8 Mrd. €) über den bisherigen Rekordeinnahmen des Jahres 2004 (20,6 Mrd. €).

Die überdurchschnittlich positive Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen in den neuen Ländern dürfte in erster Linie auf den Basis-effekt zurückzuführen sein.

Als Folge der im Jahr 2004 in Kraft getretenen Maßnahmen des Bundes (Verbreiterung der Bemessungsgrundlage, insbesondere Mindestgewinnbesteuerung) und auf Grund der konjunkturellen Belebung haben sich die Gewerbesteuereinnahmen der Städte und Gemeinden auch im Jahr 2005 – ausgehend vom hohen Niveau des Jahres 2004 – weiter deutlich erhöht. Sie sind brutto wie netto auf ihrem bisher höchsten Stand angelangt.

<sup>1</sup> Vgl. Monatsbericht des BMF, April 2005, Die Steuereinnahmen der Kommunen (ohne Stadtstaaten) im Jahr 2004, S. 57 ff.

Tabelle 1: Kommunale Steuereinnahmen insgesamt<sup>1</sup>

Steuerart	Aufkommen		Veränderung gegenüber	
	2005	2004	Vorjahr	
		in Mrd. €		in %
Gewerbsteuer (netto)	23,42	20,56	2,86	13,9
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	18,54	18,58	– 0,04	– 0,2
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2,63	2,59	0,04	1,6
Grundsteuern	9,13	8,84	0,29	3,2
Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	0,60	0,60	0,00	– 0,2
Steuern (netto) insgesamt	54,32	51,18	3,14	6,1

<sup>1</sup> Ohne Stadtstaaten.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Kassenstatistik.

Tabelle 2: Kommunale Steuereinnahmen (netto) nach Ländern<sup>1</sup>

Gebietseinheit	Aufkommen		Veränderung gegenüber	
	2005	2004	Vorjahr	
		in Mio. €		in %
Bayern	10 016,5	9 429,0	587,5	6,2
Baden-Württemberg	8 849,1	8 673,0	176,1	2,0
Hessen	5 493,7	5 238,0	255,7	4,9
Rheinland-Pfalz	2 501,2	2 397,6	103,6	4,3
Saarland	651,1	606,0	45,1	7,4
Nordrhein-Westfalen	14 777,6	13 807,6	970,0	7,0
Niedersachsen	5 068,6	4 814,0	254,6	5,3
Schleswig-Holstein	1 789,0	1 644,6	144,4	8,8
<b>Flächenländer West</b>	<b>49 146,8</b>	<b>46 609,8</b>	<b>2 537,0</b>	<b>5,4</b>
Brandenburg	996,2	847,6	148,6	17,5
Mecklenburg-Vorpommern	569,5	513,1	56,4	11,0
Sachsen	1 813,8	1 612,7	201,1	12,5
Sachsen-Anhalt	970,9	875,8	95,1	10,9
Thüringen	822,9	716,5	106,4	14,8
<b>Flächenländer Ost</b>	<b>5 173,4</b>	<b>4 565,7</b>	<b>607,7</b>	<b>13,3</b>
<b>Flächenländer insgesamt</b>	<b>54 320,2</b>	<b>51 175,5</b>	<b>3 144,7</b>	<b>6,1</b>

<sup>1</sup> Ohne Stadtstaaten.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Kassenstatistik.

Tabelle 3: Gewerbesteuer (brutto) nach Ländern<sup>1</sup>

Gebietseinheit	Aufkommen		Veränderung gegenüber	
	2005	2004	Vorjahr	
		in Mio. €		in %
Bayern	5 409,0	4 868,1	540,9	11,1
Baden-Württemberg	4 830,7	4 668,5	162,2	3,5
Hessen	3 146,9	2 829,9	317,0	11,2
Rheinland-Pfalz	1 274,3	1 164,5	109,8	9,4
Saarland	369,3	306,4	62,9	20,5
Nordrhein-Westfalen	7 981,0	6 831,2	1 149,8	16,8
Niedersachsen	2 635,1	2 307,8	327,3	14,2
Schleswig-Holstein	904,9	761,5	143,4	18,8
<b>Flächenländer West</b>	<b>26 551,2</b>	<b>23 737,9</b>	<b>2 813,3</b>	<b>11,9</b>
Brandenburg	489,0	389,0	100,0	25,7
Mecklenburg-Vorpommern	273,0	242,2	30,8	12,7
Sachsen	959,8	780,1	179,7	23,0
Sachsen-Anhalt	521,9	425,9	96,0	22,5
Thüringen	398,9	327,8	71,1	21,7
<b>Flächenländer Ost</b>	<b>2 642,5</b>	<b>2 164,9</b>	<b>477,6</b>	<b>22,1</b>
<b>Flächenländer insgesamt</b>	<b>29 193,8</b>	<b>25 902,9</b>	<b>3 290,9</b>	<b>12,7</b>

<sup>1</sup> Ohne Stadtstaaten.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Kassenstatistik.

Tabelle 4: Gewerbesteuer (netto) nach Ländern<sup>1</sup>

Gebietseinheit	Aufkommen		Veränderung gegenüber Vorjahr	
	2005	2004		
	in Mio. €			in %
Bayern	4 268,8	3 824,3	444,5	11,6
Baden-Württemberg	3 739,9	3 579,5	160,4	4,5
Hessen	2 463,4	2 181,3	282,1	12,9
Rheinland-Pfalz	1 000,1	919,3	80,8	8,8
Saarland	296,2	249,2	47,0	18,9
Nordrhein-Westfalen	6 546,9	5 549,7	997,2	18,0
Niedersachsen	2 090,2	1 819,3	270,9	14,9
Schleswig-Holstein	697,4	574,2	123,2	21,5
<b>Flächenländer West</b>	<b>21 102,9</b>	<b>18 696,8</b>	<b>2 406,1</b>	<b>12,9</b>
Brandenburg	424,6	326,3	98,3	30,1
Mecklenburg-Vorpommern	232,7	200,7	32,0	15,9
Sachsen	857,4	691,6	165,8	24,0
Sachsen-Anhalt	455,4	363,4	92,0	25,3
Thüringen	347,6	285,4	62,2	21,8
<b>Flächenländer Ost</b>	<b>2 317,7</b>	<b>1 867,4</b>	<b>450,3</b>	<b>24,1</b>
<b>Flächenländer insgesamt</b>	<b>23 420,6</b>	<b>20 564,2</b>	<b>2 856,4</b>	<b>13,9</b>

<sup>1</sup> Ohne Stadtstaaten.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Kassenstatistik.

# Überblick über die aktualisierten Stabilitäts- und Konvergenzprogramme 2005 der EU-Mitgliedstaaten

1	Einleitung .....	61
2	Überblick über die Stabilitätsprogramme .....	62
3	Überblick über die Konvergenzprogramme .....	64
4	Haushaltsplanungen der Euroländer und ihre Bewertungen durch den ECOFIN-Rat .....	66

## 1 Einleitung

Mit Beginn der 3. Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) am 1. Januar 1999 sind die Geld- und Wechselkurspolitik aus der nationalen in die gemeinschaftliche Verantwortung übergegangen. Um realwirtschaftliche Verwerfungen innerhalb der WWU zu vermeiden und die Stabilität der gemeinsamen Währung zu sichern, sieht der EG-Vertrag eine verstärkte haushaltspolitische Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten der EU vor. Dazu gehört die Vorlage jährlich aktualisierter Stabilitäts- und Konvergenzprogramme durch die Mitgliedstaaten der EU. Nach der EG-Verordnung 1466/97, die Teil des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist und durch die Reform des Paktes im Jahr 2005 geändert wurde, erstellen die Mitgliedstaaten, die den Euro eingeführt haben, Stabilitätsprogramme, die anderen Mitgliedstaaten Konvergenzprogramme. In den Programmen legen die Mitgliedstaaten unter anderem Projektionen der Entwicklung des Haushaltssaldos und der Staatsverschuldung, sowie Informationen zu den makroökonomischen Annahmen ihrer Haushaltsplanungen und zu den wichtigsten finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen vor.

Die jährlichen Aktualisierungen der Programme müssen bis zum 1. Dezember an die Europäische Kommission (EU-Kommission) bzw. den Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN-Rat) übermittelt werden. Der Berichtszeitraum der jüngsten Programme umfasst zumindest die Jahre

2004 bis 2008. Einige Mitgliedstaaten haben auch Projektionen bis zum Jahr 2009 geliefert. Die Bundesregierung hatte das aktualisierte deutsche Stabilitätsprogramm wegen der Neuwahlen erst am 22. Februar 2006 verabschiedet.

Die EU-Kommission analysiert die Programme im Hinblick auf die inhaltlichen und formalen Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, leitet ihre Bewertungen dem ECOFIN-Rat zu und veröffentlicht sie. Der ECOFIN-Rat hat auf seinen Tagungen im Januar, Februar und März 2006 die 25 Programme der Mitgliedstaaten erörtert sowie die entsprechenden Stellungnahmen verabschiedet. Auf der Website der Europäischen Kommission<sup>1</sup> finden sich die Stabilitäts- und Konvergenzprogramme, die Bewertungen durch die Kommission sowie die Ratsstimmungen. Die Ratsstimmungen in deutscher Sprache stehen auf der Homepage des Bundesfinanzministeriums zur Verfügung.<sup>2</sup> Alle Schaubilder in diesem Artikel basieren auf den Daten aus den Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen der Mitgliedstaaten.

Zurzeit bestehen zu zwölf Mitgliedstaaten der EU Entscheidungen des Rates, dass ein übermäßiges Defizit vorliegt. Darunter sind mit Deutschland, Frankreich, Italien, Griechenland und Portugal fünf Euroländer und sieben Nicht-Euroländer (Großbritannien, Polen, Tschechische Republik, Ungarn, Slowakei, Zypern und Malta). Mitgliedstaaten, die den Euro nicht eingeführt haben, können im Defizitverfahren nicht nach Artikel 104 Absatz 9 EG-Vertrag in Verzug gesetzt werden und ihnen drohen keine Sanktionen nach Artikel 104 Absatz 11 EG-Vertrag.

<sup>1</sup> [http://europa.eu.int/comm/economy\\_finance/about/activities/sgp/main\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/economy_finance/about/activities/sgp/main_en.htm).

<sup>2</sup> <http://www.bundesfinanzministerium.de>

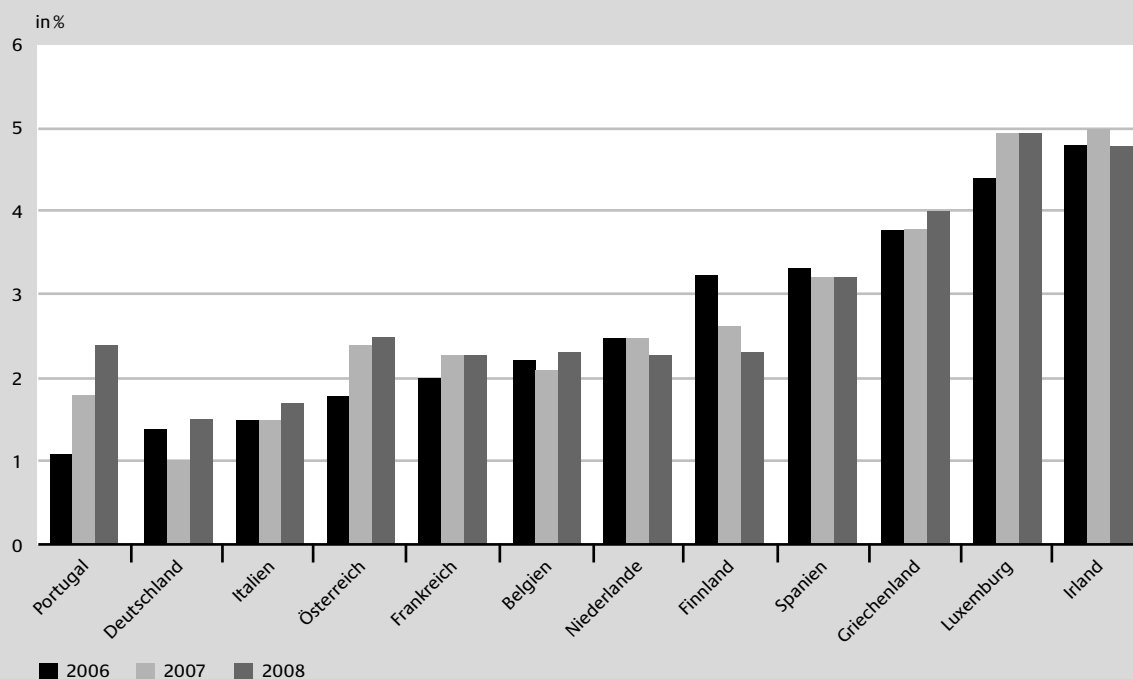
## 2 Überblick über die Stabilitätsprogramme

Die meisten Euroländer erwarten nach einem schwächeren BIP-Wachstum im Jahr 2005 für das Jahr 2006 wieder ein kräftigeres Wachstum. Die einzige Ausnahme ist Spanien, das 2005 ein hohes BIP-Wachstum von 3,4 % verzeichnen konnte und eine geringfügige Abschwächung auf 3,3 % in 2006 prognostiziert. Die deutlichsten Verbesserungen in 2006 erwarten Italien (von 0 % auf 1,5 %) und die Niederlande (von  $\frac{3}{4}$  % auf  $2\frac{1}{2}$  %). Die höchsten Wachstumsraten für 2006 enthalten die Programme von Irland (4,8 %), Luxemburg (4,4 %) und Griechenland (3,8 %). Die Euroländer mit den niedrigsten Prognosen für das BIP-Wachstum für 2006 sind Portugal (1,1 %), Deutschland (1,4 %), Italien (1,5 %) und Österreich (1,8 %). Für das Jahr 2007 rechnen Frankreich, Österreich, Portugal, Irland und Luxemburg mit einer weiteren Wachstumsbelebung, während Deutschland und Finnland ein niedrigeres BIP-Wachstum für wahrscheinlich halten.

Die lange wirtschaftliche Schwächephase der letzten Jahre schlägt sich bei der Mehrzahl der

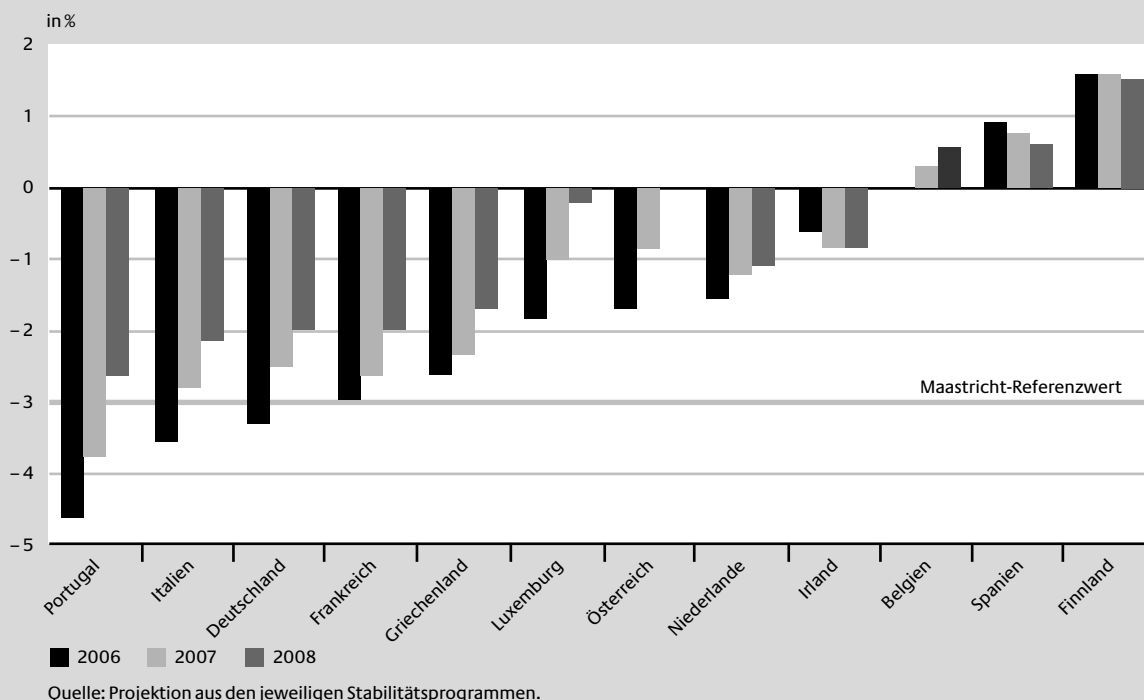
Euroländer weiterhin in relativ hohen Defiziten der öffentlichen Haushalte nieder. Nur Finnland (1,6 % des BIP) und Spanien (0,9 % des BIP) prognostizieren für 2006 Überschüsse. Belgien erwartet einen ausgeglichenen Gesamthaushalt. Irland (- 0,6 %), die Niederlande (- 1,5 %), Österreich (- 1,7 %) und Luxemburg (- 1,8 %) gehen von Defiziten von unter 2 % des BIP aus. Griechenland erwartet für 2006 ein Defizit von 2,6 % und Frankreich ein Defizit von 2,9 %. Deutschland (- 3,3 %), Italien (- 3,5 %) und Portugal (- 4,6 %) gehen von einer Überschreitung des Maastricht-Referenzwertes in 2006 aus. In den beiden Folgejahren erwarten Frankreich und Griechenland einen Rückgang ihrer Defizite von etwa  $\frac{1}{2}$  Prozentpunkt des BIP pro Jahr, Italien erwartet 2007 und 2008 Rückgänge von 0,7 Prozentpunkten. Österreich, Portugal und Luxemburg rechnen mit einem Defizitabbau von knapp einem Prozentpunkt pro Jahr. Für Deutschland trifft dies für 2007 ebenfalls zu, für 2008 wird ein Rückgang um  $\frac{1}{2}$  Prozentpunkt erwartet. Nur Finnland, Spanien, Belgien und Österreich weisen am Ende des Programmzeitraumes (2008) Überschüsse oder einen ausgeglichenen Haushalt aus.

Abbildung 1: BIP-Wachstum gegenüber Vorjahr in %



Quelle: Projektion aus den jeweiligen Stabilitätsprogrammen.

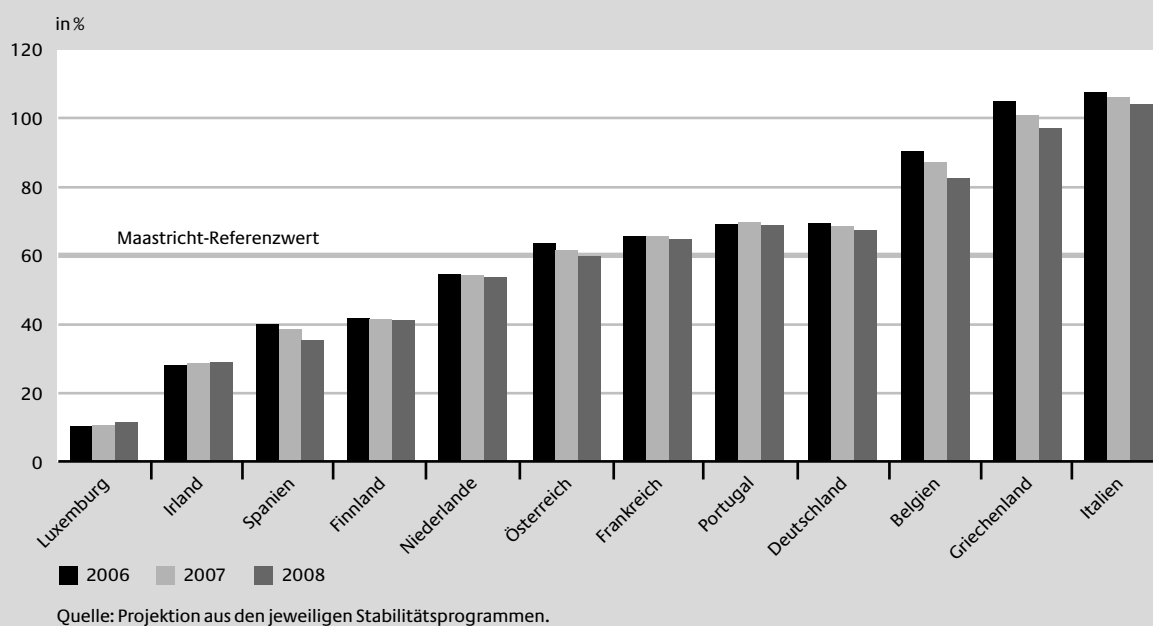
Abbildung 2: Finanzierungssaldo in Relation zum BIP in %



Mit Italien (108,0 %), Griechenland (104,8 %), Belgien (90,7 %), Deutschland (69 %), Portugal (68,7 %) Frankreich (66,0 %) und Österreich (63,1 %) erwarten sieben Euroländer für dieses Jahr Schuldenstandsquoten, die über dem Referenz-

wert des Maastricht-Vertrages von 60 % des BIP liegen. Alle diese Länder gehen zwar von einem Rückgang ihrer Schuldenstandsquote in den kommenden Jahren aus, aber lediglich Österreich rechnet mit einer Unterschreitung des

Abbildung 3: Schuldenstand in Relation zum BIP in %



Referenzwertes innerhalb des Programmzeitraums (2008). Die niedrigsten Schuldenstandsquoten unter den Euroländern weisen für 2006 Luxemburg (9,6 % des BIP) und Irland (28,0 % des BIP) aus.

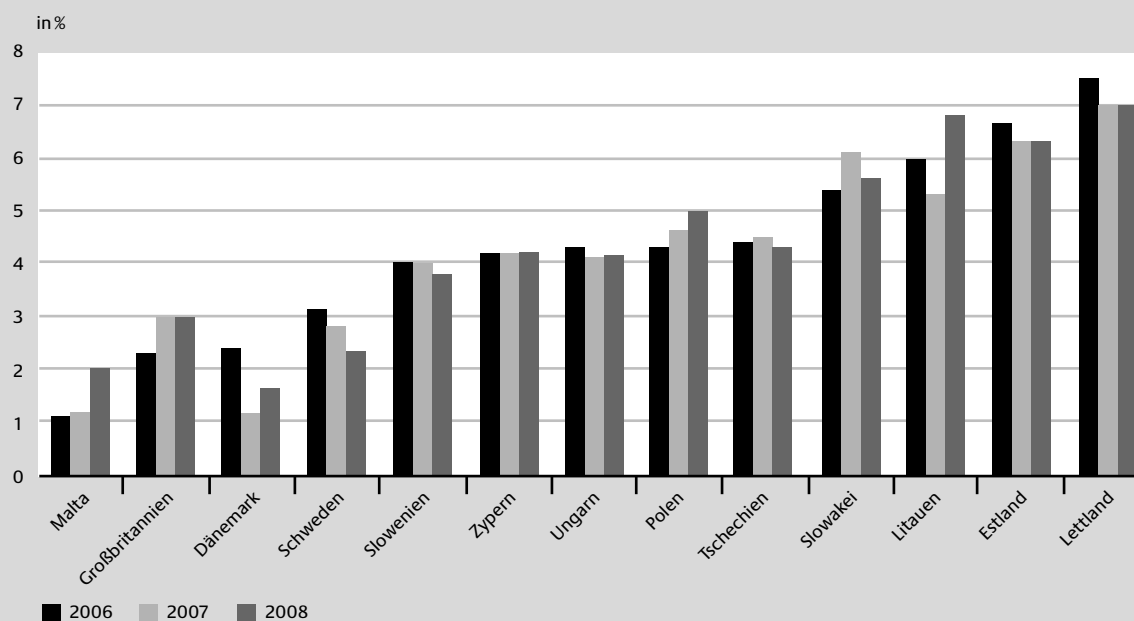
Die Herbstprognose der Europäischen Kommission vom 17. November 2005 rechnete mit einem BIP-Anstieg für den Euroraum in 2006 von 1,9 % und 2,1 % in 2007. Die aggregierte Defizitquote des Euroraums würde demnach in 2006 und 2007 bei 2,8 % des BIP liegen. Die Schuldenstandsquote des Euroraums sah die Herbstprognose für 2006 bei 71,7 % und 2007 bei 71,8 % des BIP.

### 3 Überblick über die Konvergenzprogramme

Die Mitgliedstaaten außerhalb des Euro-Währungsgebietes können – mit Ausnahme Maltas – relativ hohe Wachstumsraten des BIP vorweisen. Die Konvergenzprogramme der neuen Mitgliedstaaten sehen für 2006 BIP-Wachstumsraten zwischen 4,0 % (Slowenien) und 7,5 % (Lettland) voraus; Malta weist hingegen nur 1,1 % aus. Auch Dänemark, Schweden und das Vereinigte Königreich erwarten für 2006 ein relativ robustes Wirtschaftswachstum. Diese drei Länder verfügen auch – im Vergleich zur Mehrzahl der Euroländer – über einen relativ niedrigen Schuldenstand; Schweden liegt bei 49 %, das Vereinigte Königreich bei 44 % und Dänemark bei 32 % des BIP.

Dänemark und Schweden erwarten über den gesamten Programmzeitraum Haushaltsüberschüsse, das Vereinigte Königreich hingegen Defizite, die jedoch von 3,0 % des BIP in 2005 auf 2,7 % in 2006 und 2,4 % in 2007 zurückgehen sollen. Die für 2006 in den Konvergenzprogrammen der neuen Mitgliedstaaten angenommenen Haushaltssalden reichen von einem Überschuss von 0,1 % des BIP in Estland bis zu einem Defizit von 4,7 % des BIP in Ungarn.

Abbildung 4: BIP-Wachstum gegenüber Vorjahr in %



Quelle: Projektion aus den jeweiligen Konvergenzprogrammen.



Das ungarische Konvergenzprogramm des Jahres 2005 wurde vom ECOFIN-Rat zurückgewiesen, weil keine Quantifizierung von Struktur-reformen bzw. keine detaillierten Maßnahmen zur Ausgabenreduzierung enthalten waren. Ungarn wurde auferlegt, bis 1. September 2006 ein neues Konvergenzprogramm vorzulegen. Beim Konvergenzprogramm Polens zeigt sich,

dass Polen den Defizitabbau bis auf 3 % des BIP nicht (wie versprochen) bis zum Jahr 2007 erfüllen wird. Daher sieht die EU-Kommission vor, zukünftig im Rahmen des Defizitverfahrens weitere Empfehlungen zum Abbau des Defizits vorzulegen.

Eurostat hat allen EU-Mitgliedstaaten im September 2004 eine Übergangsfrist bezüglich

Abbildung 5: Finanzierungssaldo in Relation zum BIP in %

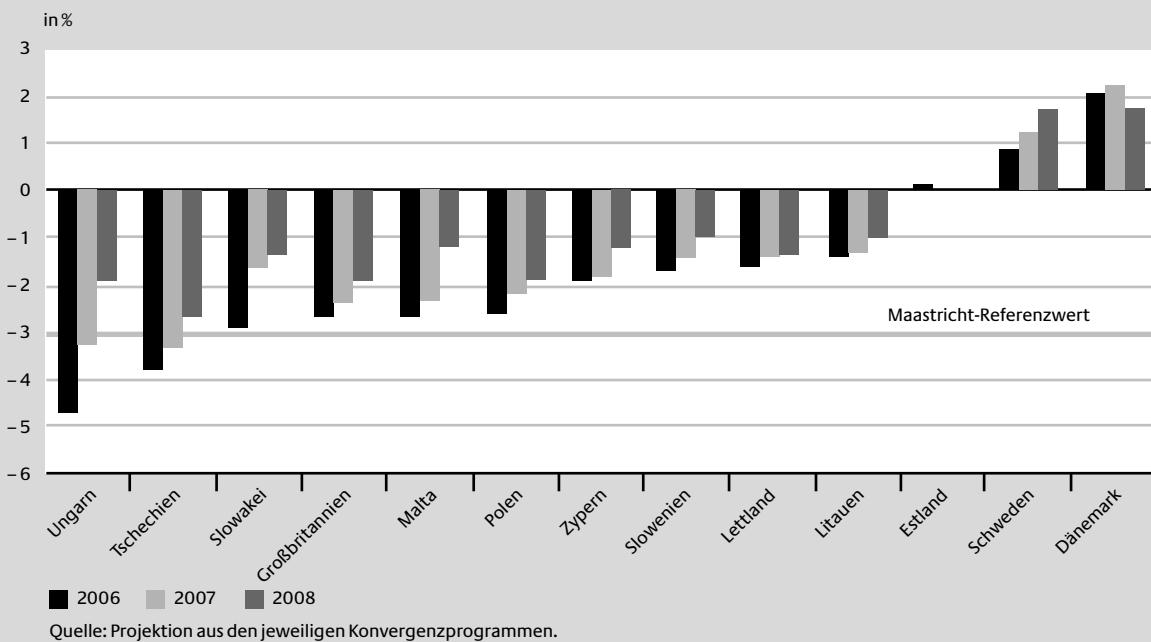
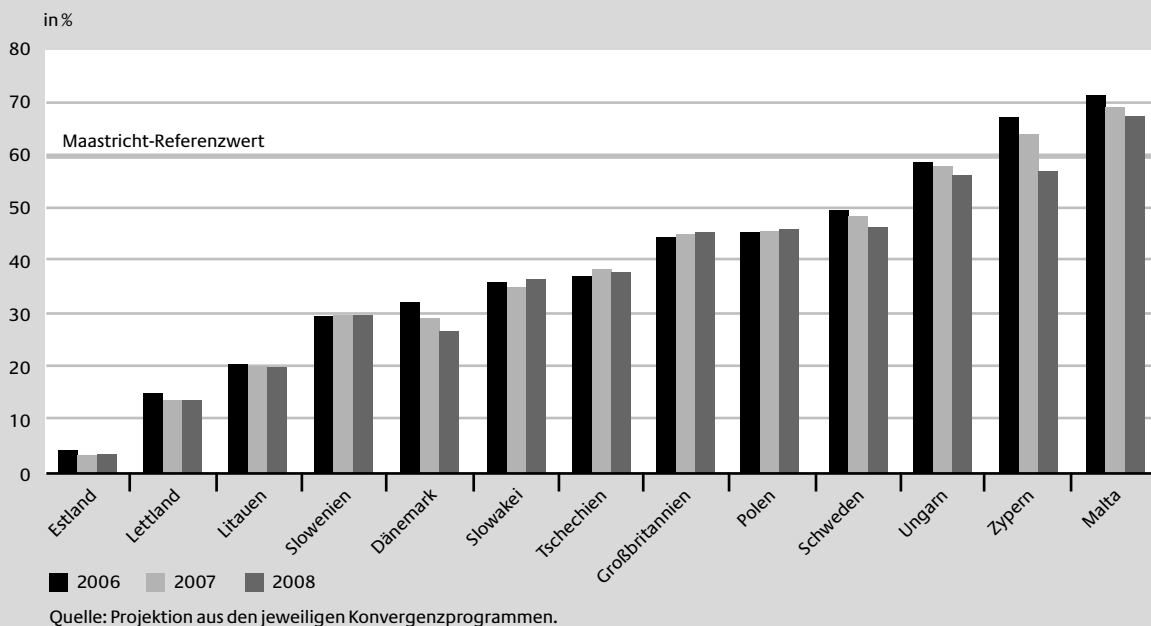


Abbildung 6: Schuldenstand in Relation zum BIP in %



der statistischen Erfassung privater Pensionsfonds gewährt, die zu einem geringeren Ausweis von Budgetdefiziten und Schuldenständen bis März 2007 führen kann. Diese Übergangsfrist wird von Polen, Ungarn, Schweden, der Slowakei und Dänemark genutzt.

Das Schuldenstandskriterium gewinnt bei einzelnen neuen Mitgliedstaaten durchaus an Bedeutung, allerdings führen Aufwertungen der jeweiligen Währungen sowie eine Angleichung der Zinsen an das Niveau der Euroraum regelmäßig zu einer Entlastung bei den Zinsdiensten. Die niedrigste Schuldenstandsquote in 2006 weist das Konvergenzprogramm von Estland aus (4,4 % des BIP), die höchste das Programm von Malta (70,8 % des BIP).

Estland, Litauen und Slowenien sind im Juni 2004 dem Wechselkursmechanismus II in Vorbereitung der von ihnen angestrebten Euro-Einführung beigetreten; Lettland, Malta und Zypern folgten im Mai 2005, die Slowakei im November 2005. Ferner haben Slowenien und Litauen inzwischen einen Antrag auf Erstellung eines Konvergenzberichts als Voraussetzung für die Euro-Einführung gestellt. In Bezug auf die reale Konvergenz kann darauf hingewiesen werden, dass die Volkswirtschaften der neuen Mitgliedstaaten auf niedrigem Niveau (das BIP pro Kopf gemessen in Kaufkraftstandards liegt in den neuen Mitgliedstaaten bei rund der Hälfte der alten Mitgliedstaaten) rund doppelt so schnell wachsen wie die alten Mitgliedstaaten.

## 4 Haushaltsplanungen der Euroländer und ihre Bewertung durch den ECOFIN-Rat

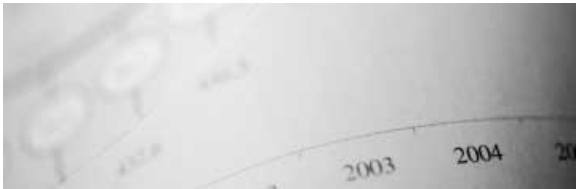
### Deutschland

Deutschland erwartet für 2006 ein Haushaltsdefizit von 3,3 % des BIP. 2007 wird das Defizit mit 2 ½ % des BIP unter das 3-%-Kriterium geführt. In den beiden Folgejahren sinkt das Defizit um jeweils ½ Prozentpunkt des BIP. Der ECOFIN-Rat (im weiteren Rat) fordert Deutschland auf, das Defizit bis spätestens 2007 auf glaubwürdige und nachhaltige Weise unter 3 % des BIP zu bringen. Nach der Korrektur des übermäßigen Defizits sollte Deutschland seinen strukturellen Finanzierungssaldo um mindestens ½ Prozentpunkt jährlich korrigieren. Die angekündigte Unternehmenssteuerreform soll die Konsolidierung nicht gefährden und die geplante Ausgabenbegrenzung rigoros umgesetzt werden. Des Weiteren soll die geplante Föderalismusreform durchgeführt werden, um zu gewährleisten, dass die Haushaltsziele auf allen staatlichen Ebenen erreicht werden. Das Defizitverfahren gegen Deutschland hat der Rat ebenfalls am 14. März 2006 durch In-Verzug-Setzen nach Art. 104 Abs. 9 EG-Vertrag verschärft.

### Frankreich

Dem französischen Programm zufolge soll das Haushaltsdefizit 2005 mit 3,0 % des BIP wieder den Anforderungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes entsprechen und in 2006 mit 2,9 % diesen Wert noch leicht unterschreiten. Ab 2007 werden deutlichere Defizitabbauschritte erwartet, die 2009 zu einem Defizit von 1 % des BIP führen sollen. Der Rat begrüßt in seiner Stellungnahme die Tatsache, dass das französische Stabilitätsprogramm dem Schuldenabbau Priorität einräumt. Allerdings wurden auch Risiken für die Erreichung der Haushaltsergebnisse, insbesondere für 2006, gesehen. Der Rat fordert Frankreich auf, die notwendigen Strukturanpassungen vorzunehmen, um das gesamtstaatliche Defizit in 2006 unter 3 % des BIP zu senken, die langfristige Tragfähigkeit zu verbessern und die Einhaltung der ehrgeizigen Ausgaben-

obergrenzen sicherzustellen. Das Defizitverfahren gegenüber Frankreich (Art. 104 Abs. 7 EG-Vertrag) ruht derzeit. Mit einer Entscheidung über eine mögliche Aufhebung des Verfahrens ist nach der Defizitmeldung der französischen Regierung zum 1. April 2006 und nach der Frühjahrsprognose der EU-Kommission Anfang Mai 2006 zu rechnen.



## Italien

Im Jahr 2005 ist das italienische Defizit bei einem Nullwachstum des BIP auf 4,3 % angestiegen. Italien sieht einen Abbau des Defizits um etwa 0,8 Prozentpunkte jährlich vor (2006: 3,5 %, 2007: 2,8 %, 2008: 2,1 % des BIP). Dies soll im Wesentlichen durch Ausgabenbeschränkungen und die sich erholende Konjunktur ermöglicht werden. Der Rat sieht die im Programm dargestellte Haushaltskonsolidierung als erreichbar an, sofern die geplanten Einsparungen auch tatsächlich verwirklicht werden. Mit Bezug auf den Schuldenstand drängt der Rat Italien, die Schuldenstandsquote schneller zu senken als bisher geplant. Am 28. Juli 2005 hatte der Rat ein übermäßiges Defizit in Italien förmlich festgestellt und eine Frist bis 2007 zur Rückführung unter die 3%-Grenze gesetzt.

## Spanien

Für 2005 erwartet Spanien einen Haushaltsüberschuss von 1,0 % und auch in den folgenden Jahren soll der Finanzierungssaldo im positiven Bereich bleiben (0,9 % in 2006, 0,7 % in 2007 und 0,6 % in 2008). Das von Spanien selbst gesetzte mittelfristige Ziel eines ausgeglichenen strukturellen Haushalts geht bei Berücksichtigung der relativ niedrigen Schuldenstandsquote über die Anforderungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes hinaus. Der Rat bewertet die Haushaltspolitik Spaniens positiv. Zwar kritisiert er das sich erhöhende Leistungsbilanzdefizit, die geplanten Maßnahmen gingen aber in die richtige Rich-

tung. Zur Stärkung der Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen fordert der Rat Spanien auf, die geplanten Sozialversicherungsreformen zu implementieren.

## Niederlande

Nach der beachtlichen Haushaltskonsolidierung in den Jahren 2004 und 2005 soll das gesamtstaatliche Defizit im Jahr 2006 von 1,2 % auf 1,5 % des BIP steigen und sich danach bei rund 1,1 % stabilisieren. Der Rat begrüßt die im Jahr 2005 unternommenen Anstrengungen der Niederlande, das Defizit nach der unverzüglichen Korrektur des übermäßigen Defizits in 2004 weiter unter den Referenzwert von 3 % des BIP zu senken, ebenso wie die Absicht, das für das Land angemessene Mittelfristziel eines strukturellen Defizits von 0,5 % bis 1,0 % des BIP während des Programmzeitraums einzuhalten. Er ermutigt die Niederlande, insbesondere in Anbetracht des besser als erwarteten Ergebnisses im Jahr 2005, im Jahr 2006 und danach einen strikten Haushaltskurs beizubehalten.

## Griechenland

Das griechische Haushaltsdefizit konnte 2005 von 6,6 % des BIP auf 4,3 % des BIP gesenkt werden. Für 2006 ist eine weitere Absenkung auf 2,6 % des BIP geplant; hierbei sind allerdings Einmalmaßnahmen im Umfang von 0,6 % des BIP einbezogen. Es gibt jedoch noch offene, bei Eurostat anhängige Statistikfragen, die zu einer Aufwärtsrevision der Defizitdaten bis 2005 führen und auch Folgen für spätere Jahre haben könnten. Der Rat würdigt in seiner Stellungnahme zum Programm die Anstrengungen Griechenlands zum dauerhaften Defizitabbau; er sieht aber auch Risiken. So könnten die Haushaltsergebnisse schlechter ausfallen als im Programm projiziert. Vor diesem Hintergrund fordert der Rat Griechenland insbesondere auf, dauerhafte Maßnahmen durchzuführen, die für eine Korrektur des übermäßigen Defizits spätestens 2006 erforderlich sind. Auch sollten verstärkte Anstrengungen unternommen werden, die Schuldenquote dem Referenzwert in ausreichendem Tempo anzunähern, die verabschiedete Rentenreform umzusetzen und zusätzliche

Strukturreformen durchzuführen. Der Rat hält außerdem Verbesserungen bei der Erhebung und Verarbeitung von Haushaltsdaten für erforderlich. Das seit Juli 2004 gegenüber Griechenland laufende Defizitverfahren war mit ECOFIN-Beschluss vom 17. Februar 2005 durch In-Verzug-Setzen nach Art. 104 Abs. 9 EG-Vertrag verschärft worden.

## Portugal

Das Programm macht deutlich, dass Portugal vor dem Hintergrund seiner dramatisch verschlechterten Haushaltslage einem sehr ambitionierten Anpassungspfad folgen will. Für 2006 wird bereits ein deutlicher Rückgang des Haushaltsdefizits (von 6,0 % des BIP in 2005) auf 4,6 % des BIP erwartet. Nach weiteren, ausschließlich strukturellen Konsolidierungsschritten erwartet Portugal bis 2008 einen Abbau des Defizits auf 2,6 % des BIP. Der Rat begrüßt die von Portugal gesetzten ehrgeizigen Ziele, die vor allem Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben betreffen. Gleichzeitig werden aber auch Risiken für deren erfolgreiche Umsetzung gesehen. Der Rat fordert Portugal daher insbesondere auf, die vorgesehenen strukturellen Maßnahmen zu ergreifen und rigoros umzusetzen, um bis 2008 eine nachhaltige Korrektur des übermäßigen Defizits zu gewährleisten. Außerdem sollen die geplanten Maßnahmen zur Ausgabenkontrolle entschlossen umgesetzt, die langfristige Tragfähigkeit der Finanzen – insbesondere durch Fortsetzung der Reformen im Renten- und Gesundheitssystem – verbessert und die Bruttoschuldenquote auf einen stabilen Abwärtskurs gebracht werden. Portugal befindet sich seit Juni 2005 im Defizitverfahren (Art. 104 Abs. 7 EG-Vertrag). Am 20. September 2005 hatte der Rat Portugal aufgegeben, sein Haushaltsdefizit bis 2008 wieder unter die 3-%-Grenze zurückzuführen.

## Belgien

Belgien weist im Stabilitätsprogramm auch weiterhin die höchsten Primärüberschüsse (Haushaltssalden abzüglich der Zinsausgaben) in der EU aus: 4,3 % des BIP in 2005 und ab 2006 4,1 % oder leicht darüber. Der Finanzierungssaldo

wird für 2006 bei 0 % erwartet (wie 2005), ab 2007 soll er leicht ansteigen und 2009 0,7 % des BIP erreichen. Der Rat erachtet die belgische Haushaltslage als gesund. Die im Programm vorgesehene Reduzierung der Schuldenstandsquote wird als eine im Einklang mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt stehende Finanzpolitik gesehen. Belgien soll aber in Betracht ziehen, eine Verschlechterung des strukturellen Saldos in 2006 zu verhindern. In den Folgejahren sollen die erforderlichen Maßnahmen umgesetzt werden, um die ehrgeizigen Haushaltsziele – ohne Rückgriff auf Einmalmaßnahmen – zu erreichen.



## Österreich

Österreich verfolgt in der Haushaltspolitik eine 3-Säulen-Strategie: Nulldefizit im Jahr 2008, Steuer- und Abgabenquote unter 40 % des BIP bis 2010 und höheres Potenzialwachstum über Erhöhung der FuE-Quote (FuE – Forschung und Entwicklung) von 2,35 % des BIP in 2005 auf 3 % in 2010. Der Haushalt 2005 konnte ungeachtet der Steuerreform mit einem um 0,2 Prozentpunkte günstigeren Defizit von 1,7 % des BIP abschließen. Das mittelfristige Ziel eines strukturell ausgeglichenen Haushalts bis 2008 liegt über den Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Der Rat begrüßt die für den Programmzeitraum geplanten ehrgeizigen Strukturanpassungen. Er ersucht Österreich jedoch, die Erreichung des Mittelfristziels bis zum Ende des Programmzeitraums durch die weitere Präzisierung und Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen sicherzustellen. Dies würde die für die beiden letzten Programmjahre geplante Haushaltskonsolidierung unterstützen.

## Finnland

Wichtigstes Haushaltsziel Finnlands ist die Beibehaltung der Überschussposition. Die Verringerung des Überschusses auf rund 1 ½ % des BIP in den Jahren 2006 bis 2009 reflektiert die

schrittweise Umsetzung von Steuersenkungen. Das Mittelfristziel eines strukturellen Überschusses von bis zu 2 % des BIP im Jahr 2009 geht weit über die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes hinaus. Der Rat ist der Auffassung, dass Finnland eine solide Haushaltslage aufweist und die Haushaltsstrategie ein gutes Beispiel für die Übereinstimmung der Haushalts- und Finanzpolitik mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt ist.

## Irland

Während die öffentlichen Finanzen in den letzten zehn Jahren fast durchgehend Überschüsse aufwiesen, zeichnen sich nach irischem Stabilitätsprogramm für die kommenden Jahre leichte Defizite zwischen  $\frac{1}{2}$  % und  $\frac{3}{4}$  % des BIP unter Berücksichtigung der annähernd doppelt so hohen Infrastrukturinvestitionen im Vergleich zum EU-Durchschnitt ab. Diese Projektionen beinhalten wie immer Haushaltsreserven für unvorhergesehene Entwicklungen. Ohne sie würde das Defizit 2007 nur 0,4 % des BIP betragen und 2008 ein geringfügiger Überschuss in Höhe von 0,1 % des BIP entstehen. Das Mittelfristziel eines nahezu ausgeglichenen strukturellen Haushalts geht über die Vorgaben (Defizit von ca.  $1\frac{1}{4}$  % des BIP für Irland) des Stabilitäts- und Wachstumspaktes hinaus. Der Rat ist der Auffassung, dass Irland eine solide Haushaltslage aufweist und die Haushaltsstrategie ein gutes

Beispiel für die Übereinstimmung der Haushalts- und Finanzpolitik mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt ist. Er ermutigt Irland, auch weiterhin Vorkehrungen für die langfristigen budgetären Auswirkungen der Bevölkerungsalterung zu treffen.

## Luxemburg

Die traditionell sehr gesunde Finanzlage Luxemburgs mit fortlaufenden Überschüssen seit Beginn der 90er Jahre und äußerst niedrigen Schuldenständen hat sich aufgrund starker Ausgabenanstiege 2004 ins Defizit gewandelt und 2005 mit 2,3 % des BIP u. a. durch statistische Revisionen und unerwartete Mehrwertsteuer-rückzahlungen fast verdoppelt. Es soll aber laut Stabilitätsprogramm bis 2008 ausschließlich durch Ausgabenzurückhaltung wieder auf 0,2 % des BIP zurückgeführt werden. Das Mittelfristziel eines strukturellen Defizits von 0,8 % des BIP entspricht den Regelungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Der Rat hält die im Programm dargelegte Gesamtstrategie „Defizitabbau durch Ausgabenbegrenzung“ für empfehlenswert. Luxemburg sollte aber die Haushaltsanpassungen im Jahr 2006 verstärken, die für 2007 und 2008 erforderlichen Maßnahmen ergreifen sowie die langfristige Nachhaltigkeit verbessern, insbesondere die steigenden öffentlichen Ausgaben durch Reformen im Rentensystem begrenzen.

**Tabelle 1: Stabilitäts- und Konvergenzprogramme 2005**  
Euroraum

Länder	BIP-Wachstum in %					Finanzierungssaldo in % des BIP					Bruttostaatsschulden in % des BIP				
	2004	2005	2006	2007	2008	2004	2005	2006	2007	2008	2004	2005	2006	2007	2008
<b>Deutschland</b>															
Programm 2005		0,9	1,4	1	1 1/2		-3,3	-3,3	2 1/2	-2,0		67 1/2	69	68 1/2	68
KOM Herbst 2005 <sup>1</sup>	1,6	0,8	1,2	1,6		-3,7	-3,9	-3,7	-3,3		66,4	68,6	70,0	71,4	
<b>Frankreich<sup>2</sup></b>															
Programm 2005		1,5/ 2,0	2,0/ 2,5	2,25/ 3,0	2,25/ 3,0		-3,0	-2,9	-2,6/ -2,2	-1,9/ -1,2		65,8	66,0	65,6/ 64,8	64,6/ 62,6
KOM Herbst 2005 <sup>1</sup>	2,3	1,5	1,8	2,3		-3,7	-3,2	-3,5	-3,5		65,1	66,5	67,1	68,0	
<b>Italien</b>															
Programm 2005	1,2	0,0	1,5	1,5	1,7	-3,2	-4,3	-3,5	-2,8	-2,1	106,5	108,5	108,0	106,1	104,4
KOM Herbst 2005 <sup>1</sup>	1,2	0,2	1,5	1,4		-3,2	-4,3	-4,2	-4,6		106,5	108,6	108,3	107,9	
<b>Spanien</b>															
Programm 2005	3,1	3,4	3,3	3,2	3,2	-0,1	1,0	0,9	0,7	0,6	46,6	43,1	40,3	38,0	36,0
KOM Herbst 2005 <sup>1</sup>	3,1	3,4	3,2	3,0		-0,1	0,2	0,1	-0,4		46,9	44,2	41,9	40,7	
<b>Niederlande</b>															
Programm 2005	1,7	3/4	2 1/2	2 1/2	2 1/4	-2,1	-1,2	-1,5	-1,2	-1,1	53,1	54,4	54,5	53,9	53,1
KOM Herbst 2005 <sup>1</sup>	1,7	0,5	2,0	2,4		-2,1	-1,8	-1,9	-1,5		53,1	54,0	54,2	53,8	
<b>Griechenland</b>															
Programm 2005	4,7	3,6	3,8	3,8	4,0	-6,6	-4,3	-2,6	-2,3	-1,7	109,3	107,9	104,8	101,1	96,8
KOM Herbst 2005 <sup>1</sup>	4,7	3,5	3,4	3,4		-6,6	-3,7	-3,8	-3,8		109,3	107,9	106,8	106,0	
<b>Portugal</b>															
Programm 2005	1,2	0,5	1,1	1,8	2,4	-3,0	-6,0	-4,6	-3,7	-2,6	59,4	65,5	68,7	69,3	68,4
KOM Herbst 2005 <sup>1</sup>	1,2	0,4	0,8	1,2		-3,0	-6,0	-5,0	-4,8		59,4	65,9	69,8	72,1	
<b>Belgien</b>															
Programm 2005	2,6	1,4	2,2	2,1	2,3	0,0	0,0	0,0	0,3	0,5	94,7	94,3	90,7	87,0	83,0
KOM Herbst 2005 <sup>1</sup>	2,6	1,4	2,1	2,0		0,0	0,0	-0,3	-0,5		96,2	94,9	91,1	88,1	
<b>Österreich</b>															
Programm 2005	2,4	1,7	1,8	2,4	2,5	-1,0	-1,9	-1,7	-0,8	0,0	63,6	63,4	63,1	61,6	59,5
KOM Herbst 2005 <sup>1</sup>	2,4	1,7	1,9	2,2		-1,0	-1,9	-1,8	-1,4		64,3	64,3	64,2	63,6	
<b>Finnland</b>															
Programm 2005	3,6	2,1	3,2	2,6	2,3	2,1	1,8	1,6	1,6	1,5	44,9	42,7	41,7	41,1	40,6
KOM Herbst 2005 <sup>1</sup>	3,6	1,9	3,5	3,1		2,1	1,9	1,9	1,8		45,1	42,8	41,5	40,6	
<b>Irland</b>															
Programm 2005	4,5	4,6	4,8	5,0	4,8	1,4	0,3	-0,6	-0,8	-0,8	29,4	28,0	28,0	28,2	28,3
KOM Herbst 2005 <sup>1</sup>	4,5	4,4	4,8	5,0		1,4	-0,4	-0,3	-0,1		29,8	29,0	28,7	28,2	
<b>Luxemburg</b>															
Programm 2005	4,4	4,0	4,4	4,9	4,9	-1,2	-2,3	-1,8	-1,0	-0,2	6,6	6,4	9,6	9,9	10,2
KOM Herbst 2005 <sup>1</sup>	4,5	4,2	4,4	4,5		-1,2	-2,3	-2,0	-2,2		6,6	6,8	7,0	7,3	
<b>Euroraum</b>															
KOM Herbst 2005 <sup>1</sup>	2,1	1,3	1,9	2,1		-2,7	-2,9	-2,8	-2,8		70,8	71,7	71,7	71,8	
<b>EU-25</b>															
KOM Herbst 2005 <sup>1</sup>	2,4	1,5	2,1	2,4		-2,6	-2,7	-2,7	-2,7		63,4	64,1	64,2	64,3	

<sup>1</sup> Herbstprognose der EU-Kommission, November 2005.

<sup>2</sup> Frankreich hat in seinem Programm kein Basis-Szenario entworfen, sondern nur je ein Szenario für das niedrigste bzw. das höchste Wachstum.

**Tabelle 2: Stabilitäts- und Konvergenzprogramme 2005**  
andere EU-Staaten

Länder	BIP-Wachstum in %					Finanzierungssaldo in % des BIP					Bruttostaatsschulden in % des BIP				
	2004	2005	2006	2007	2008	2004	2005	2006	2007	2008	2004	2005	2006	2007	2008
<b>Großbritannien</b>															
Programm 2005	3,3	1,8	2,3	3,0	3,0	-3,3	-3,0	-2,7	-2,4	-1,9	40,9	43,3	44,4	44,8	44,7
KOM Herbst 2005 <sup>1</sup>	3,2	1,6	2,3	2,8		-3,2	-3,4	-3,3	-3,0		41,5	43,1	44,3	45,1	
<b>Polen</b>															
Programm 2005	5,3	3,3	4,3	4,6	5,0	-3,8	-2,9	-2,6	-2,2	-1,9	41,9	42,5	45,0	45,3	45,4
KOM Herbst 2005 <sup>1</sup>	5,3	3,4	4,3	4,5		-3,9	-3,6	-3,6	-3,4		43,6	46,3	47,0	47,3	
<b>Tschechien</b>															
Programm 2005	4,4	4,8	4,4	4,2	4,3	-3,0	-4,8	-3,8	-3,3	-2,7	36,8	37,4	37,1	37,9	37,8
KOM Herbst 2005 <sup>1</sup>	4,4	4,8	4,4	4,3		-3,0	-3,2	-3,7	-3,3		36,8	36,2	36,6	36,9	
<b>Ungarn</b>															
Programm 2005	4,6	4,2	4,3	4,1	4,1	-5,4	-6,1	-4,7	-3,3	-1,9	57,2	57,7	58,4	57,9	56,2
KOM Herbst 2005 <sup>1</sup>	4,2	3,7	3,9	3,9		-5,4	-6,1	-6,7	-6,9		57,4	57,2	58,0	59,2	
<b>Schweden</b>															
Programm 2005	3,6	2,4	3,1	2,8	2,3	1,6	1,6	0,9	1,2	1,7	51,1	50,9	49,4	47,8	46,0
KOM Herbst 2005 <sup>1</sup>	3,6	2,5	3,0	2,8		1,6	1,4	0,8	1,1		51,1	50,6	49,4	47,8	
<b>Slowakei</b>															
Programm 2005	5,5	5,1	5,4	6,1	5,6	-3,2	-4,1	-2,9	-1,6	-1,3	42,6	33,7	35,5	35,2	36,2
KOM Herbst 2005 <sup>1</sup>	5,5	5,1	5,5	6,3		-3,1	-4,1	-3,0	-2,5		42,5	36,7	38,2	38,5	
<b>Dänemark</b>															
Programm 2005	2,0	2,4	2,4	1,1	1,6	1,3	2,7	2,1	2,2	1,7	42,3	35,6	31,7	28,9	26,5
KOM Herbst 2005 <sup>1</sup>	2,1	2,7	2,3	2,1		2,9	3,7	3,0	2,7		43,2	36,0	33,0	31,5	
<b>Litauen</b>															
Programm 2005	7,0	7,0	6,0	5,3	6,8	-1,4	-1,5	-1,4	-1,3	-1,0	19,5	19,2	19,9	19,8	18,9
KOM Herbst 2005 <sup>1</sup>	7,0	7,0	6,2	5,8		-1,4	-2	-1,8	-1,6		19,6	20,7	20,2	19,6	
<b>Lettland</b>															
Programm 2005	8,5	8,4	7,5	7,0	7,0	-1,0	-1,5	-1,5	-1,4	-1,3	14,7	13,1	14,9	13,6	13,7
KOM Herbst 2005 <sup>1</sup>	8,3	9,1	7,7	7,1		-0,9	-1,2	-1,5	-1,5		14,7	12,8	13,0	13,2	
<b>Slowenien</b>															
Programm 2005	4,2	3,9	4,0	4,0	3,8	-2,0	-1,7	-1,7	-1,4	-1,0	29,5	29,0	29,6	29,8	29,4
KOM Herbst 2005 <sup>1</sup>	4,2	3,8	4,0	4,2		-2,1	-1,7	-1,9	-1,6		29,8	29,3	29,5	29,2	
<b>Estland</b>															
Programm 2005	7,8	6,5	6,6	6,3	6,3	1,7	0,3	0,1	0,0	0,0	5,4	4,6	4,4	3,3	3,0
KOM Herbst 2005 <sup>1</sup>	7,8	8,4	7,2	7,4		1,7	1,1	0,6	0,4		5,5	5,1	4,0	3,1	
<b>Zypern</b>															
Programm 2005	3,8	4,1	4,2	4,2	4,2	-4,1	-2,5	-1,9	-1,8	-1,2	71,3	70,5	67,0	64,0	56,9
KOM Herbst 2005 <sup>1</sup>	3,8	3,9	4,0	4,2		-4,1	-2,8	-2,8	-2,4		72,0	70,4	69,1	67,4	
<b>Malta</b>															
Programm 2005	0,2	0,9	1,1	1,2	2,0	-5,1	-3,9	-2,7	-2,3	-1,2	76,7	76,7	70,8	68,9	67,3
KOM Herbst 2005 <sup>1</sup>	0,4	0,8	0,7	1,1		-5,1	-4,2	-3,0	-2,5		75,9	77,2	77,4	77,1	
<b>EU-25</b>															
KOM Herbst 2005 <sup>1</sup>	2,4	1,5	2,1	2,4		-2,6	-2,7	-2,7	-2,7		63,4	64,1	64,2	64,3	

<sup>1</sup> Herbstprognose der EU-Kommission, November 2005.





# Globalisierung: Entwicklungen in Schwellenländern und ihre Auswirkungen

1	Einleitung .....	73
2	Entwicklung in ausgewählten Regionen und Ländern .....	74
2.1	Asien .....	74
2.2	Russland und die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) .....	79
2.3	Lateinamerika .....	81
3	Schlussfolgerungen .....	83

## 1 Einleitung

Kaum ein Thema wird in der Öffentlichkeit derart kontrovers und emotional diskutiert wie die Globalisierung. Unbestritten ist, dass die globale Arbeitsteilung eine fortschreitende Spezialisierung mit sich bringt und die Rahmenbedingungen der Weltwirtschaft verändert. Mit der zunehmenden Liberalisierung des Güter- und Kapitalverkehrs sind seit 1990 besonders die Kapitalströme in die Märkte der so genannten Schwellenländer rasant angestiegen und haben dort einen Wachstums- und Modernisierungsschub bewirkt, der bis heute anhält.

Für die Schwellenländer bietet die Globalisierung die Möglichkeit, mit der eigenen Industrie in neue Bereiche vorzustoßen und konkurrenzfähige Produkte nicht nur für den Binnenbedarf, sondern auch für den Export auf die Weltmärkte herzustellen. Entsprechend nimmt im Zuge dieser Entwicklung auch die Attraktivität der Schwellenländer für ausländische Unternehmen zu. Der deutliche Anstieg der Rohstoffpreise in den letzten Jahren eröffnete den wichtigen Rohstoff-Exportländern darüber hinaus eine aussichtsreiche Entwicklungsperspektive.

Gute Beispiele aus der Vergangenheit für einen erfolgreichen Transformationsprozess zu führenden Industrienationen sind die (rohstoffarmen) Länder Japan und Südkorea. So hatte Japan noch Anfang der 60er Jahre den Status eines Entwicklungslandes mit einem geringeren Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Einwohner als beispielsweise Argentinien. Südkoreas

Aufstieg war ähnlich beeindruckend und wurde durch die Asienkrise 1997 zwar kurz gebremst, konnte aber nicht aufgehalten werden.

## 2 Entwicklung in ausgewählten Regionen und Ländern

Die Wirtschaftsleistung der meisten Schwellenländer ist in den letzten zehn Jahren deutlich angestiegen. Im Folgenden wird die Entwicklung in ausgewählten Regionen und Ländern betrachtet.

### 2.1 Asien

Der asiatische Kontinent spielt bei der Globalisierung eine Schlüsselrolle. Es sind vor allem die beiden Giganten China und Indien mit ihren jeweils mehr als 1 Mrd. Einwohnern, die durch ihre Öffnung und Handelsliberalisierung den Wachstumsschub der Globalisierung in den 90er Jahren erst ermöglichten. Trotz ähnlicher Ausgangslage besetzen China und Indien in der weltweiten Arbeitsteilung heute ganz unter-

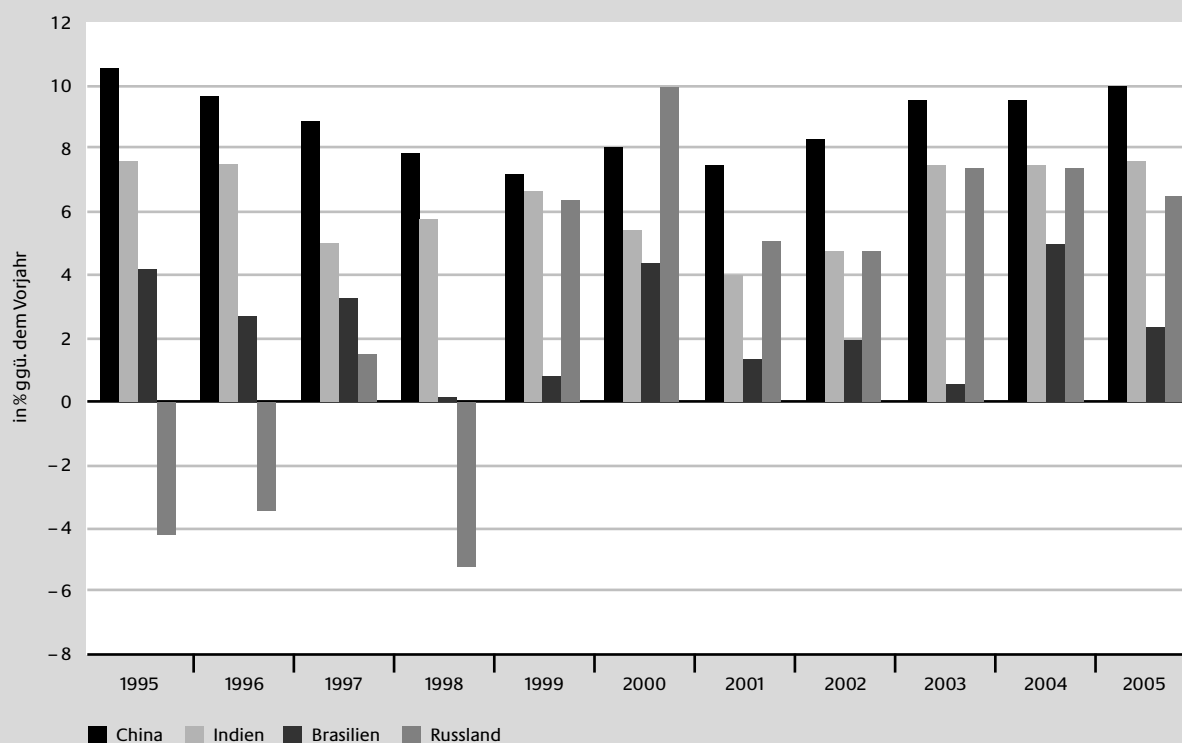
schiedliche Nischen. Während sich China zum wichtigsten Standort für die Industrieproduktion von Massen- und Elektronikprodukten entwickelte, ist Indien besonders erfolgreich im globalen Dienstleistungsmarkt für Informations- und Telekommunikationstechnologien.

Doch Asien ist weit mehr als China und Indien. Südostasien mit Ländern wie Indonesien, Thailand, Malaysia und insbesondere Vietnam befinden sich ebenfalls in einer Phase dynamischer Fortentwicklung. Aber auch der bei weitem größte Teil des Rohstoffreichtums der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) liegt auf asiatischem Gebiet (vor allem in Sibirien und Zentralasien) und ist damit den asiatischen Wachstumsmärkten oft näher als der Europäischen Union (EU) oder den USA.

#### China

Das Wirtschaftswachstum Chinas in den letzten 15 Jahren mit jahresdurchschnittlichen Raten von ca. 10 % steht symbolisch für die fortschrei-

Abbildung 1: BIP-Wachstum ausgewählter Länder 1995 bis 2005



Quelle: IMF, International Financial Statistics, Yearbook 2005, World Economic Outlook, September 2005.

tende Globalisierung und Veränderung der Weltwirtschaft.

China ist inzwischen die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt und wird in absehbarer Zeit auch Deutschland und Japan überholen können. Es spielt schon heute eine dominierende Rolle bei der Herstellung von Massen- und Elektronikgütern für den Weltmarkt. Die wachsende globale Bedeutung Chinas ist z.B. daran erkennbar, dass es inzwischen über die höchsten Devisenreserven der Welt verfügt und ausländische Direktinvestitionen von über 60 Mrd. US-Dollar jährlich anzieht, aber auch daran, dass chinesische Unternehmen selbst verstärkt im Ausland investieren und dorthin expandieren.

Welche Vorteile hat China im globalen Wettbewerb der Industriestandorte? Es bietet neben den Exportmöglichkeiten vor allem ein großes Absatzpotenzial vor Ort. Noch immer hat China sehr niedrige Löhne und dabei eine fast unbegrenzte Anzahl disziplinierter wie ehrgeiziger Industriearbeitskräfte. Es besitzt bereits eine relativ gut ausgebaute und stetig besser werdende Infrastruktur, zunehmend liberale Handelsmöglichkeiten (nach dem WTO-Beitritt 2001 und dem Auslaufen des Textilabkommens im vergangenen Jahr), geringe Umwelt- und Sicherheitsauflagen, ein relativ hohes Bildungsniveau in der Breite und eine ausreichende Verfügbarkeit von sehr motivierten, oftmals international ausgebildeten Spitzenkräften. Auch in der Spezialisierung des Nachwuchsbereichs holt das Land auf. So steigt die Zahl der Hochschulabsolventen stetig, allein im ingenieurwissenschaftlichen Bereich sind es jährlich bereits mehr als 300 000. Diese Zahl relativiert sich mit Blick auf eine Gesamtbevölkerung von über 1,3 Mrd. Menschen, ist aber bereits eine bedeutende Größe. Zum Vergleich: In Deutschland schließen jährlich knapp 40 000 Menschen ein ingenieurwissenschaftliches Studium ab.

Das Wirtschaftswachstum Chinas wird auch in den nächsten Jahren voraussichtlich primär durch die Industrie getragen werden. Dafür sprechen die hohen ausländischen Direktinvestitionen der letzten Jahre, die in erster Linie im Verarbeitenden Gewerbe getätigt worden sind.

Kurz- bis mittelfristig werden in China diejenigen Branchen die größte Bedeutung haben,

die schon heute die chinesische Industrielandschaft prägen. Es sind die Textil- und Bekleidungsindustrie (steigender Weltmarktanteil nach Auslaufen des Welttextilabkommens Anfang 2005) und der Bereich elektronische Konsumgüter („weiße“ und „braune“ Ware – China ist größter Produzent bei der mengenmäßigen Herstellung von TV-Geräten, Kühlschränken, Waschmaschinen oder Klimaanlage). In diesem Segment haben chinesische Unternehmen bereits Übernahmen westlicher Firmenteile bzw. ganzer Unternehmen vorgenommen.

China dürfte im Investitionsgütermarkt trotz Fortschritten bei Technologie und Design zunächst nur eingeschränkt mit dem Know-how ausländischer Konkurrenten mithalten können und deshalb auf Importe angewiesen sein, so z.B. bei Umwelttechnologien (z.B. Filteranlagen, Klärwerke), Spezialmaschinen, Anlagen zur Elektrizitätserzeugung, Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien, moderner Bergwerkstechnologie, bei medizintechnischen Geräten. Einen nicht unerheblichen Teil seiner High-Tech-Importe könnte China aus Deutschland beziehen, wobei jedoch nicht außer Acht gelassen werden kann, dass die Chinesen dann mit hohem Einsatz versuchen werden, diese Technologien selbst zu beherrschen. Im nur unzureichenden Schutz geistigen Eigentums liegt denn auch ein wesentlicher Nachteil des Standorts China für westliche Produzenten, dies betrifft besonders den sensiblen Hochtechnologiebereich.

Neben der Industrie entwickelt sich der Verkehrssektor zu einem ausgesprochenen Wachstums- und Beschäftigungsmotor in China. Mit der weiteren Liberalisierung des Außenhandels hat das Land gute Aussichten, in einigen Jahren zur größten Handelsnation der Erde zu avancieren. Die Infrastruktur hierfür ist schon heute in den Ballungszentren beeindruckend und wird in Zukunft weiter ausgebaut – mit entsprechenden Impulsen für die ohnehin expandierende Bauwirtschaft. So wachsen die chinesischen Seehäfen überdurchschnittlich stark. Auf der Pazifik-Route und zwischen Asien und Europa ist in den nächsten Jahren mit einem Wachstum des Seeverkehrs von rd. 10 % pro Jahr zu rechnen. Der Containerverkehr dürfte überdurchschnittlich zulegen, da er für den Transport von immer mehr Gütern prädestiniert ist

und Schiffe schneller be- und entladen werden können. Die fünf größten Containerhäfen der Welt liegen allesamt in Asien – drei davon in China (Hongkong, Shanghai, Shenzhen). Allein der Hafen von Hongkong ist gemessen am Containerumschlag mehr als dreimal so groß wie der Hamburger Hafen. Auch der steigende Rohstoffbedarf des Landes wird größtenteils über die expandierenden Häfen bedient.

Im Schiffbau wird China seinen Weltmarktanteil von derzeit knapp 12 % deutlich ausbauen können. Ferner dürfte der Luftverkehr das stärkste Wachstum in Asien und auf Routen dorthin verzeichnen können. Dafür sprechen der zunehmende Geschäftsreiseverkehr sowie der hohe Nachholbedarf im Tourismussektor. Der schnell voranschreitende Aus- und Neubau von Flughäfen und die Großbestellungen von Flugzeugen bei Boeing und Airbus durch chinesische Airlines zeigen den offenkundigen Expansionsdrang der Branche. Eigene chinesische Entwicklungen im Flugzeugbau sind in Planung, wobei hier der Schutz geistigen Eigentums aus deutscher und europäischer Sicht von zentraler Bedeutung ist. Dank der zu erwartenden erleichterten Reisebestimmungen und wegen des Nachholbedarfs der chinesischen Bevölkerung an individueller Mobilität wird China sowohl als Ziel- als auch als Quellland im Tourismus in den nächsten 15 Jahren international eine Spitzenposition einnehmen können.

China entwickelt sich zu einem der größten Finanzmärkte der Welt. Steigende Einkommen und die mangelnde Alterssicherung machen die Chinesen derzeit zu den fleißigsten Sparern der Welt (Sparquote liegt bei 46 %). Das Zukunftspotenzial für Finanzdienstleistungen in China ist als sehr hoch einzuschätzen. Allerdings haben die bisher in China niedergelassenen ausländischen Finanzinstitute einen Anteil von nur gut 2 % (84,5 Mrd. US-Dollar) am mehr als 4,47 Bio. US-Dollar schweren chinesischen Bankensektor. Hier bieten sich auch für deutsche Banken, Bausparkassen, Versicherer und andere Anbieter am sich entwickelnden chinesischen Finanzmarkt viele Möglichkeiten, die schon jetzt zunehmend genutzt werden.

Trotz enormer Fortschritte in den letzten Jahren bestehen in China aber nach wie vor große Probleme.

Die landwirtschaftliche Eigenproduktion reicht in vielen Regionen nicht aus, um die lokale Bevölkerung ausreichend mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Unterernährung ist ein Problem, von dem noch immer mehr als 100 Mio. Menschen in China betroffen sind (85 Mio. lebten 2005 nach Angaben der Vereinten Nationen unter der Armutsgrenze), auch wenn diese Zahlen noch vor wenigen Jahren viel höher waren. Importe von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Nahrungsmitteln – China ist jetzt Netto-Importeur – haben deutlich zugenommen, meist aus anderen Schwellenländern, zumal in China laut World Food Programme pro Jahr 200 000 Hektar Ackerland verloren gehen durch Bodenerosion und Bebauung. Allerdings ist zu erwarten, dass in den nächsten Jahren durch den weiter zunehmenden Einsatz von Dünger und Maschinen auch die inländische Produktion von Nahrungsmitteln gesteigert werden kann. Für die lokale Nahrungsmittelproduktion (und gegen Importe von Rohprodukten) sprechen die hohen Transportkosten im Verhältnis zum Warenwert sowie die teilweise nur kurze Haltbarkeit der Nahrungsmittel. Entsprechend werden ausländische Lebensmittelkonzerne ihr Engagement in China erhöhen können, darunter auch deutsche Firmen.

Parallel zur industriellen Entwicklung sind Umweltverschmutzung/-belastung und Ressourcenverbrauch angestiegen. Da die Umwelt- und Schadstoffproblematik durch die chinesischen Entscheidungsträger zunehmend wichtig genommen wird, ist aber davon auszugehen, dass in Zukunft umweltfreundlichere Technologien im Bereich Industrie und Energiegewinnung eingeführt werden. In Deutschland entwickelte Umwelttechnologien liegen weltweit an der Spitze und werden von dieser Entwicklung zweifellos profitieren können, aber auch in diesem Bereich ist als mittelfristiges Problem der Schutz geistigen Eigentums zu sehen.

Kritisch zu sehen ist in China die demografische Entwicklung. Ähnlich wie die europäischen Länder und Japan steht China vor dem Problem der Überalterung der Gesellschaft. Die durchschnittliche Geburtenrate in China liegt heute infolge der 1979/1980 eingeführten Ein-Kind-Politik bei 1,5 Kindern pro Frau (in den Städten deutlich darunter), wobei wegen der Präferenz

für Söhne ein spürbares Missverhältnis zwischen den Geschlechtern entstanden ist. Im Jahr 2020 wird der Unterhang an Frauen in der chinesischen Gesellschaft nach Schätzungen der chinesischen Regierung bei bis zu 60 Millionen Frauen liegen. Hinzu kommt, dass China bislang über kein ausreichendes Alterssicherungssystem verfügt. Welche sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen die geschilderte Entwicklung haben wird, ist derzeit noch nicht abzusehen.



## Indien

Indien ist neben China der zweite asiatische Gigant. Es wird sich aufgrund höherer Geburtenraten als China voraussichtlich in den nächsten 20 bis 40 Jahren zum bevölkerungsreichsten Land der Erde mit über 1,5 Mrd. Menschen entwickeln. In Indien besteht erheblicher Nachholbedarf bei Industrie und Infrastruktur, so dass man von einer besonders langen Zeitspanne hohen Wirtschaftswachstums ausgehen kann.

Indien hat unter den asiatischen Schwellenländern eine gewisse Sonderrolle. Es zeichnet sich durch einen politisch gewollten geringeren Öffnungsgrad seiner Wirtschaft als viele andere aufstrebende asiatische Schwellenländer aus, weshalb Indien bislang weit weniger Direktinvestitionen erhält als beispielsweise China. Gleichzeitig und trotz seines Rückstandes bei Industrie und Infrastruktur verfügt Indien über eine große Anzahl von Eigenentwicklungen im wissenschaftlich-technischen Bereich, die sowohl auf dem riesigen Binnenmarkt als auch in anderen Schwellen- und Entwicklungsländern erfolgreich sind, zunehmend aber auch auf dem Weltmarkt. In der globalisierten Wirtschaft hat sich Indien in erster Linie als weltweit wichtigster Standort für Dienstleistungen im Bereich Informations- und Telekommunikationstechnologien etabliert und dabei vor allem für das Outsourcing administrativer Prozesse. Es hat einen Anteil am globalen Offshore-Outsourcing-Weltmarkt im Informations- und Telekommuni-

kationssektor von schätzungsweise 70 % bis 90 %. Da viele Betriebe in Industrieländern erst damit beginnen, Teile ihrer Administration ins Ausland zu verlagern und davon künftig auch anspruchsvollere Dienstleistungen betroffen sein werden, ist von einem weiteren Wachstum dieses Sektors auszugehen. Weiterhin sind immer mehr indische Unternehmen in der Lage, eigene Produktentwicklungen im IT-Sektor (Software und Hardware) auf höchstem Niveau vorzunehmen und Anteile am Weltmarkt zu gewinnen.

Der Erfolg Indiens bei Informationstechnologien ist vor allem begründet in der frühzeitigen Liberalisierung dieses Marktes (Zulassung von Auslandsinvestitionen und Kooperationen, niedrigere Zölle und Steuern, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes) und in dem guten technisch-mathematisch-logischen Bildungsniveau sowie den guten Englischkenntnissen der indischen Mittelschicht (250 bis 300 Mio. Menschen) bei relativ geringen Lohnkosten. Hierbei ist die landesweite Unterentwicklung der physischen Infrastruktur für den IT-Sektor kein wesentlicher Nachteil, da die Unternehmen meist im Großraum Bangalore angesiedelt und global gut vernetzt sind. Auch wenn von einem fortgesetzten Wachstum im IT-Sektor und bei anderen Dienstleistungen auszugehen ist, benötigt das Land zugleich ein industrielles Standbein, um die 70 bis 80 Mio. Menschen zu beschäftigen, die in den nächsten fünf Jahren auf den Arbeitsmarkt drängen werden. Denn im IT-Bereich sind inklusive indirekter Effekte nur rd. 3 Mio. Menschen beschäftigt, wesentlich mehr dürften es trotz des erwarteten Wachstums kaum werden. Hinzu kommt, dass nur durch eine zunehmende Industrialisierung die hohe Abhängigkeit vom Primärsektor reduziert werden kann, in dem noch immer zwei Drittel aller Inder arbeiten.

In der unzureichenden Infrastruktur des Landes liegt sowohl das größte Hindernis für eine schnelle Industrialisierung als auch Indiens größte Wachstumschance. Dies gilt für den Bau von Straßen, Schienenwegen, See- und Flughäfen ebenso wie für die Strom- und Wasserversorgung. Die schlechte Infrastruktur schafft für die Industrie große Probleme durch lange Transportzeiten und erhöht die Produktionskosten durch häufige Stromausfälle – so sind

über die Hälfte der indischen Industrieunternehmen zeitweise auf eigene Stromgeneratoren angewiesen. Die Ansiedlung großer Unternehmen mit überregionaler oder globaler Bedeutung wird damit erschwert, während sich kleine lokale Betriebe besser an die Bedingungen anpassen können und vor hartem Wettbewerb geschützt sind. Die auch im Vergleich zu Staaten wie China, Russland oder Brasilien enorme Infrastrukturlücke zu schließen, ist eine große Aufgabe, die ohne fachliches Know-how und Investitionen aus dem Ausland nicht zu schaffen ist. Die von der Regierung (konservativ) geschätzten erforderlichen Mittel für die Realisierung der wichtigsten Infrastrukturprojekte in den nächsten zehn bis 15 Jahren betragen 150 bis 200 Mrd. US-Dollar. Von entscheidender Bedeutung ist daher eine weitere Öffnung des indischen Finanzmarktes für ausländische Finanzinstitute und andere Kapitalgeber, aber auch durchführende Unternehmen (z.B. Baufirmen, Projektbetreibergesellschaften). Deutsche Unternehmen könnten einen wichtigen Beitrag zum Aufbau einer funktionierenden Infrastruktur leisten, zumal deutsche Technologie in vielen dieser Bereiche in der Welt führend ist bzw. zur Spitze gehört. Dies betrifft beispielsweise die Stromerzeugung unter Berücksichtigung von Umwelt- und Effizienzaspekten, Umwelttechnologien für den Bau von Kläranlagen oder Filteranlagen für die Schwerindustrie, Straßen- und Schienenverkehrssysteme oder die Entwicklung des öffentlichen Nahverkehrs. In Indien liegt ein riesiges Potenzial an Infrastrukturprojekten, das technisch, logistisch und finanziell nur zu einem Teil von inländischen Firmen realisiert werden kann.

Es ist davon auszugehen, dass das indische Wirtschaftswachstum wegen des erheblichen Nachholbedarfs in Zukunft stärker als bisher vom Bau- und Transportsektor und von der Industrie getragen wird. Ähnlich wie in China sind positive Impulse in den nächsten Jahren auch vom zivilen Luftverkehr und vom Tourismus mit Indien als Ziel- und vor allem Quellland zu erwarten.

Eine weitere Besonderheit Indiens ist die sehr gut entwickelte Filmindustrie, mit jährlich ca. 900 produzierten Titeln die größte der Welt. Sie dominiert nicht nur den heimischen Markt, son-

dern hat auch in Nordafrika, dem Mittleren Osten und Teilen Asiens bereits eine Vormachtstellung. In westlichen Ländern findet sie zunehmend Beachtung, vor allem dort, wo es eine nennenswerte indische Diaspora gibt (Großbritannien, USA). Insgesamt bietet die indische Filmindustrie 5 Mio. Menschen Arbeit, beschäftigt also mehr Menschen als die IT-Branche.



Indien hat sich in den letzten Jahren zu einem der weltweit wichtigsten Lieferanten von Generika für Schwellen- und Entwicklungsländer entwickelt (Anteil an indischen Pharmaexporten über 80 %). Zukünftig wird auch in der primären Pharmaforschung sowie in der Medizintechnik Indiens Bedeutung steigen, so dass dann indische Entwicklungen zunehmend von multinationalen Pharmafirmen genutzt werden. Ähnlich wie im IT-Bereich liegt die Stärke Indiens in der Vielzahl und der Qualität qualifizierter Arbeitskräfte mit einem entsprechenden wissenschaftlichen Hintergrund, die durch ihre relativ niedrigen Löhne zu geringen Forschungs- und Entwicklungskosten neuer Medikamente beitragen. Wegen der wachsenden Bevölkerungszahl und der steigenden Gesundheitsausgaben wird Indien in den nächsten Jahren auch selbst zu einem bedeutenden Absatzmarkt für Arzneimittel, wobei (anders als beispielsweise in China) im Land keine traditionellen Vorbehalte gegen die westliche Schulmedizin bestehen.

Neben dem Pharmasektor hat sich eine zwar noch recht kleine, aber wachsende Automobilindustrie in Indien entwickelt, die vor allem im Tiefstpreissegment angesiedelt ist und als potenzielle Absatzmärkte Indien und andere Schwellen- und Entwicklungsländer bedient. Da der bisher niedrige Motorisierungsgrad Indiens in den nächsten Jahren erwartungsgemäß enorm steigen wird, ist davon auszugehen, dass der Subkontinent in 15 bis 20 Jahren zu den wichtigsten Absatzmärkten für Autos zählen wird. Für deutsche Automobilhersteller könnte Indien

dann ähnlich wichtig werden wie China, zumal die indische Mittelschicht noch größer und bei der Produktpräferenz stärker an europäischen Imagemarken orientiert ist als die chinesische.

Wenn auch in geringerem Ausmaß als China hat die indische Textil- und Bekleidungsindustrie vom Wegfall des Welttextilabkommens profitiert. Indien wird sich in den nächsten Jahren als weltweit zweitwichtigster Lieferant etablieren können; es hat wie sein Nachbar China neben den niedrigen Lohnkosten eine vertikal integrierte Wertschöpfungskette und ist somit kaum auf Importe von Rohmaterialien (z.B. Baumwolle) aus Drittstaaten angewiesen.

Sowohl in Indien als auch in China wird der Bildungssektor weiter an Bedeutung gewinnen. Staatliche Bildungseinrichtungen spielen hier ebenso eine wichtige Rolle wie Forschungseinrichtungen, die von nationalen oder internationalen Unternehmen gefördert werden. Viele global agierende Unternehmen belassen es längst nicht dabei, „nur“ Produktionskapazitäten in die beiden Länder zu verlagern, sondern intensivieren verstärkt ihre Forschungsanstrengungen vor Ort. Durch das daraus generierte Know-how wird der Bildungssektor selbst zu einer Wachstumsstütze in beiden Ländern.

Außerdem könnten Unternehmen und Forschungseinrichtungen in Deutschland zunehmend von einer kontrollierten Einwanderung hoch qualifizierter Arbeitskräfte profitieren, hier wäre Indien als eines der wichtigsten Quellländer zu sehen. In der globalen Konkurrenz um die „besten Köpfe“ wird Deutschland auch angesichts der niedrigen Geburtenraten und der Überalterung der Gesellschaft nicht umhinkommen, sich begabten und qualifizierten Menschen aus aller Welt als liberales Land zu präsentieren, das viele Chancen zur Verwirklichung innovativer Ideen bietet. Gerade eine weltoffene Stadt wie Berlin mit ihrem guten Image und Bekanntheitsgrad im Ausland könnte durch eine gezielte Zuwanderung von Innovationsträgern und als mögliche Bildungsstätte internationaler Eliten aus den Schwellenländern mittelfristig ein großer Globalisierungsgewinner werden (so ähnlich, wie es beispielsweise London schon ist).

Sind Indiens Erfolge der letzten Zeit zu würdigen, sollten auch die Probleme nicht unerwähnt bleiben. Auch wenn die Armut landesweit ver-

ringert werden konnte, besteht doch nach wie vor ein scharfer Kontrast zwischen der prosperierenden, gut ausgebildeten Mittelschicht in den Boom-Städten des Südens und Westens, die für den Löwenanteil des indischen Wirtschaftswachstums verantwortlich ist, und der armen, meist ungebildeten Landbevölkerung im Norden und Osten des Landes. Die durchschnittliche Analphabetenquote Indiens liegt bei ca. 40 %, bei Frauen sind es über 50 %. Ein System der sozialen Absicherung existiert nicht.

Demografisch steht Indien vor zwei Problemen: Zwar ist das Bevölkerungswachstum mit durchschnittlich etwas weniger als drei Kindern pro Frau noch immer hoch, allerdings sinkt diese Rate stetig. Schwerwiegender ist die Tatsache, dass, seit entsprechende pränatale Untersuchungsmöglichkeiten verfügbar sind, durch die kulturell bedingte Präferenz von Söhnen ein Missverhältnis zwischen den Geschlechtern entstanden ist. Ähnlich wie in China wird dies zwangsläufig dazu führen, dass in kommenden Erwachsenengenerationen ein spürbarer Frauenmangel herrschen wird.

## 2.2 Russland und die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)

Russland ist mit über 17 Mio. km<sup>2</sup> fast doppelt so groß wie China oder die USA und mehr als fünfmal so groß wie Indien, hat aber „nur“ 145 Mio. Einwohner, also weniger als Brasilien oder Indonesien. Seit dem Jahr 1999 befindet sich die russische Wirtschaft auf einem stabilen Wachstumspfad mit jährlichen Zuwachsraten von über 5 %. Das Wachstum wird von einer dynamischen Entwicklung der Finanzmärkte begleitet, der russische Aktienindex RTS nahm 2005 mit einem Anstieg von rund 80 % weltweit eine Spitzenstellung ein, wobei sich der Aufwärtstrend im 1. Quartal 2006 weiter fortsetzte. Bei einer Marktkapitalisierung öffentlicher Unternehmen von über 400 Mrd. US-Dollar Ende 2005 lag Russland bereits auf Platz sechs in der Welt.

Die Rolle Russlands in der globalisierten Wirtschaft ist vor allem bestimmt durch die gewaltigen Rohstoff- und Energiereserven des Landes. Russland besitzt die größten

Erdgasvorkommen der Welt und dazu stattliche Erdölreserven, die es dem Land für mindestens 15 bis 20 weitere Jahre erlauben werden, neben Saudi-Arabien auch als größter Erdölexporteur auf dem Weltmarkt zu bestehen. Für Deutschland ist Russland bei beiden fossilen Brennstoffen das wichtigste Lieferland.

In der russischen Rohstoffpolitik gegenüber anderen GUS-Staaten fand im vergangenen Jahr offenbar ein fundamentaler Paradigmenwechsel statt, eine Abkehr von der bisherigen post-sowjetischen Denkweise. Es geht Moskau jetzt nicht mehr in erster Linie um das Ziel, sich mit billigen Energielieferungen politischen Einfluss in der GUS zu sichern. Eine Interpretation des russisch-ukrainischen Gasstreits zu Jahresbeginn dahin gehend, dass die Ukraine für eine westlich orientierte Politik mit ungerechtfertigten Preiserhöhungen bestraft würde, ist zu einseitig – so nahe liegend sie für viele Kommentatoren auch gewesen ist. Es geht auch im Verhältnis zu Staaten der GUS für Russland zunehmend „nur“ um gute Verträge und Gewinnmaximierung und eben nicht um subventionierte Preise als politisches Lock- und Druckmittel. Die neue Strategie zeigt die Stärke Russlands im Energiebereich deutlicher, macht das Land insgesamt aber berechenbarer. Bis Ende 2005 waren nur die Erdgaslieferungen in die EU wirklich profitabel (zu Preisen im 1. Quartal 2006 von 250 bis 270 US-Dollar pro 1000 m<sup>3</sup> Erdgas), das russische Binnengeschäft und die Exporte in die GUS machten wirtschaftlich wenig Sinn. So war denn auch die Haupteinnahmequelle des russischen Haushalts das Erdöl, mit dessen Verkauf im In- und Ausland gute Gewinne gemacht werden. Der bevorstehende Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation (WTO) macht eine etappenweise Erhöhung der inländischen Gas- und Strompreise in jedem Fall erforderlich; dies war eine der Vorbedingungen, die die EU für ihre Zustimmung gestellt hatte.

Der Paradigmenwechsel russischer Energiepolitik lässt sich am besten am neuen Gaspreis für die Kaukasusstaaten Georgien, Aserbaidschan und Armenien ab 2006 erkennen – er wurde angehoben, ist immer noch relativ niedrig, vor allem aber ist der Preis für alle drei Staaten gleich: 110 US-Dollar pro 1000 m<sup>3</sup> Erdgas. Die politischen Beziehungen Russlands zu die-

sen drei Staaten sind jedoch sehr unterschiedlich. Belarus hat das noch sehr billige Erdgas (knapp 47 US-Dollar pro 1000 m<sup>3</sup> im Jahr 2006, für 2007 wird bereits über deutliche Preiserhöhungen verhandelt) vor allem der Tatsache zu verdanken, dafür die Kontrolle über das Leitungsnetz abgetreten zu haben, so dass Russland die Lieferungen nach Westeuropa über Weißrussland (und damit auch über Polen) sowie die Speicherkapazitäten auf weißrussischem Gebiet erhöhen kann. Die Ukraine wollte die Kontrolle über das eigene Pipelinennetz behalten und lehnte ein ähnliches Angebot von russischer Seite ab. Allerdings kann sie sich den neuen Preis von 95 US-Dollar pro 1000 m<sup>3</sup> (unter Berücksichtigung höherer Einnahmen durch Transitgebühren entstehen der Ukraine 2006 Nettomehrkosten von 1,8 Mrd. US-Dollar bzw. 150 % gegenüber 2005), so günstig er im internationalen Vergleich noch immer ist, wegen des hohen Bedarfs volkswirtschaftlich kaum leisten. Unabhängig von der politischen Orientierung der Ukraine wird ihre Rolle als Transitland für russisches Erdgas (heute strömt rund 80 % des Exportvolumens über ukrainisches Gebiet) vor allem davon abhängen, ob sie bereit sein wird, wie andere GUS-Staaten die Kontrolle über die Exportpipelines mit russischen Unternehmen zu teilen.

Auf dem gesamten Gebiet der ehemaligen Sowjetunion ist die Industrie sehr energieintensiv, der Umgang mit Ressourcen ist auch im privaten Sektor außerordentlich ineffizient, die Wärmedämmung der Gebäude ist mangelhaft. Ob höhere Gaspreise zu einer Welle der Modernisierung und damit zu Energieeinsparungen in der GUS führen werden, muss zumindest kurzfristig kritisch gesehen werden. Hierfür sind international abgestimmte Konzepte, Milliardeninvestitionen durch Förderprogramme und die Beteiligung ausländischer Partner im Bereich von Technologien notwendig. In der veralteten Infrastruktur aller GUS-Staaten liegt ein riesiges Potenzial an Aufträgen für die bei den entsprechenden Technologien hervorragend positionierte deutsche Industrie. Das deutsche Know-how, aber auch die guten Beziehungen zu Russland sowie die intensive deutsch-russische Kooperation auf staatlicher wie privatwirtschaftlicher Ebene lassen hoffen, dass deutsche



Unternehmen die bevorzugten Partner bei der Modernisierung der russischen Infrastruktur (und der anderer GUS-Staaten) werden können.

Es ist für Deutschland wichtig, sich über die Diversifizierung der Energiequellen und den richtigen Energiemix Gedanken zu machen, aber es gibt keinen Grund, als Folge des Gasstreits zwischen Russland und der Ukraine die Versorgungssicherheit aus Russland in Frage zu stellen. Das Projekt der Ostsee-Pipeline wird durch eine direkte Anbindung und vor allem die Möglichkeit der beteiligten Unternehmen zur gemeinsamen Erschließung russischer Erdgasfelder die Versorgungssicherheit Deutschlands weiter erhöhen.

Russland und die GUS könnten in Zukunft global eine noch größere Rolle im Energiebereich spielen als ohnehin schon, als wichtige Lieferanten auch für Nordamerika und die asiatischen Wachstumsmärkte. Die jetzt intensiv geförderten Vorkommen an Erdöl und -gas wurden alle noch zu Sowjetzeiten erschlossen. Weitere vermutete Reserven in Sibirien, im Nordpolarmeer und an der Barentssee sowie im Fernen Osten wurden seit dem Zerfall der Sowjetunion zu wenig erforscht, Milliardeninvestitionen auch aus dem Ausland sind hierfür erforderlich. Auch dank der guten deutsch-russischen Beziehungen kann man davon ausgehen, dass deutsche Unternehmen bei der Erschließung und der Vermarktung neuer Fördergebiete eine wichtige Rolle spielen können.

Energiepolitisch interessant sind neben Russland die GUS-Staaten Zentralasiens, hier ist vor allem Kasachstan zu nennen, mit über 2,7 Mio. km<sup>2</sup> von der Fläche schon fast vergleichbar mit Indien (aber mit nur rund 15 Mio. Einwohnern). Kasachstan versteht es, ein gutes Verhältnis zu allen wichtigen Akteuren in der Region zu pflegen. Dank steigender Einnahmen aus der Erdölförderung liegt das Wirtschaftswachstum bei 9 %. Das „neue“ kaspische Öl liegt zu einem großen Teil auf kasachischem Territorium in den Küstengebieten des Kaspischen Meeres. Entsprechend wird Kasachstan schon in den kommenden Jahren zu einem bedeutenden Erdölexporteur aufsteigen können, wobei naturgemäß das „energiehungrige“ Nachbarland China durch Aufkäufe im kasachischen Energiesektor ein besonderes Interesse zeigt. Eine erste Pipeline nach China

wurde im Dezember 2005 in Betrieb genommen.

Sieht man von Energiefragen ab, haben die Staaten der GUS gegenüber den meisten anderen Schwellenländern den Vorteil einer auch in der Breite sehr gut ausgebildeten Bevölkerung. Beispielsweise liegen die europäischen GUS-Staaten Russland, Belarus und Ukraine bei der relativen Zahl von Hochschulabsolventen und Promotionsabschlüssen ganz im europäischen Durchschnitt und damit weit vor China, Indien oder Brasilien. Schon jetzt wurden mit Europa und den USA einige gemeinsame Projekte in den Paradedisziplinen ehemals sowjetischer Forschung, beispielsweise in der Luft- und Raumfahrttechnik, auf den Weg gebracht. Russische Institute wirken mit bei der Entwicklung der Boeing 787 und den Airbus-Modellen, mit der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) ist ab 2007 bis 2008 eine gemeinsame Nutzung von Sojus-Raketen für mittlere Lasten in Französisch Guyana vereinbart. Russland und die Ukraine versuchen beide, z. T. mit internationaler Unterstützung, ein Erfolg versprechendes Regionalflugzeug für den wachsenden GUS-Markt auf den Markt zu bringen; hier sind die ukrainisch-russische Antonow-148 und der Russian Regional Jet zu nennen. Es gibt für beide Flugzeuge bereits viele feste Bestellungen von russischen Airlines. Es ist also durchaus denkbar, dass die GUS und allen voran Russland auch im High-Tech- und Forschungssektor einer globalisierten Wirtschaft wieder an Bedeutung gewinnen. Denkbar ist aber auch, dass der Energiereichtum Russlands seine globale Rolle auf die eines Rohstofflieferanten begrenzt und zementiert.



## 2.3 Lateinamerika

Insgesamt entwickeln sich die makroökonomischen Rahmenbedingungen in den Ländern Lateinamerikas vor allem wegen der stark anziehenden Rohstoffpreise und der guten Weltkonjunktur in den letzten Jahren sehr positiv. Brasilien als ökonomisch stärkstes Land Lateinamerikas erlebt als großer Rohstoff- und

Agrarexporteur dank gestiegener Weltmarktpreise in den letzten Jahren einen Wirtschaftsboom (jährliche BIP-Wachstumsraten 3 % bis 4 %, Exportwachstum 10 %). Man kann Brasilien ohne Einschränkungen als einen großen Gewinner der Globalisierung bezeichnen. Die starke Abhängigkeit von den Rohstoffpreisen, lange Zeit als größtes Problem und Entwicklungshindernis ganz Lateinamerikas betrachtet, bewirkt in der jetzigen Situation, dass Brasilien von der Rohstoffpreishaube in besonderer Weise profitiert. Zwar bleibt die Abhängigkeit bestehen, nach Expertenschätzungen dürfte sich an der günstigen Entwicklung aus Sicht der Rohstoffexporteure aber auch in naher Zukunft nichts Wesentliches ändern. Galt die Entschuldung vor allem Brasiliens in den 80er und 90er Jahren als unlösbare Aufgabe, hat sich die Situation jetzt grundlegend gewandelt. Kredite des Internationalen Währungsfonds (IWF) wurden von Brasilien vorzeitig und vollständig im Januar 2006 zurückgezahlt.

Ganz Lateinamerika kommt zugute, dass die asiatischen Staaten, allen voran China, ein starkes Interesse an den südamerikanischen Rohstoffen und Agrarprodukten zeigen. China geht dabei strategische Partnerschaften mit langjährigen Lieferverträgen in verschiedenen Bereichen ein (z. B. Kupfer, Stahl, Erdöl, Sojabohnen). Waren Rohstoff- und Agrarexporteure bislang auf die traditionellen Abnehmerländer in Nordamerika und Europa angewiesen, hat sich das Gleichgewicht mit der Industrialisierung und der fortschreitenden Entwicklung in anderen Schwellenländern zu Gunsten der Angebotsseite verschoben. In gewisser Weise sind höhere Rohstoffpreise damit auch eine Folge der Globalisierung. Kaum ein Land profitiert von diesen Veränderungen so wie der Rohstoffgigant Brasilien, der nach der Entdeckung eines neuen großen Ölfelds vor der Küste bald auch ein bedeutender Erdölexporteur sein wird.

Zu hoffen ist, dass die verbesserten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dazu beitragen können, die traditionellen Ungleichheiten in der Region zu verringern. Denn staatliche und zivilgesellschaftliche Institutionen sind in Lateinamerika noch immer schwach entwickelt, die Lebens- und Bildungssituation der unteren Schichten der Bevölkerung ist weiterhin sehr

schlecht. Auch im Vergleich mit den meisten asiatischen Schwellenländern leidet die Unterschicht Lateinamerikas unter einer Bildungslücke, die ihren sozialen Aufstieg verhindert, während die gebildete Mittel- und Oberschicht in vollem Umfang nach westlichen Standards lebt.

Trotz des jüngsten wirtschaftlichen Aufschwungs muss Lateinamerika noch einen weiten Weg gehen, bis von stabilen gesellschaftlichen Verhältnissen gesprochen werden kann. Entsprechend wird die Globalisierung von der lateinamerikanischen Bevölkerung aus völlig unterschiedlichen Perspektiven gesehen. Die Früchte des Aufschwungs und der gestiegenen Rohstoffexporte erntet die gebildete Mittel- bzw. Oberschicht, während ein großer Teil der unteren Bevölkerungsgruppen hiervon bislang noch nicht profitiert.

Es liegt im Interesse der Regierungen Lateinamerikas, die guten makroökonomischen Bedingungen zum Aufbau funktionierender Institutionen zu nutzen, um der gesamten Bevölkerung so besseren Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung bieten zu können. Dadurch würde nicht nur ein Beitrag zur gesellschaftlichen Stabilität in den jeweiligen Ländern geleistet, die verbesserten institutionellen Rahmenbedingungen würden auch die Wettbewerbsposition Lateinamerikas in der globalen Wirtschaft und das politische Gewicht dieser Region in der Welt steigern.



### 3 Schlussfolgerungen

Die meisten Schwellenländer wachsen rasant und stellen die etablierten Industrienationen vor neue Herausforderungen. Doch Globalisierung ist kein Naturereignis. Es gibt viele Möglichkeiten der Einflussnahme, der Veränderung und der Gestaltung dieses Prozesses. Es kommt darauf an, ihn zunächst besser zu verstehen, um dann die richtigen politischen und institutionellen Antworten auf die entsprechenden Fragen zu finden. Die Globalisierung bietet Deutschland und der gesamten Europäischen Union viele Chancen und beinhaltet zugleich Risiken.

Um die Chancen zu nutzen und die Risiken zu minimieren, ist es zunächst erforderlich, eigene Stärken und Schwächen zu analysieren. So wurden Vergleiche von Lohnstückkosten bei Industriearbeitsplätzen in den vergangenen Jahren verstärkt durchgeführt. Analysen, die sich hauptsächlich oder ausschließlich mit dem Kostenfaktor beschäftigen, zeichnen zwangsläufig ein recht düsteres Bild von der Globalisierung aus deutscher Perspektive und verstärken die Sorgen der Öffentlichkeit davor. Durch die enge Fokussierung sind diese Vergleiche jedoch zu wenig aussagefähig und bilden nur einen Teil der Realität ab.

Tatsächlich befindet sich die Bundesrepublik Deutschland momentan in einer scheinbar paradoxen Situation. Während deutsche Unternehmen sehr erfolgreich auf den Weltmärkten agieren und zu den entscheidenden Triebkräften der Globalisierung zählen, ist die öffentliche Wahrnehmung der mit der Globalisierung einhergehenden Veränderungen vielfach negativ.

Objektiv betrachtet ist die deutsche Wirtschaft in ihrer traditionellen Nische als Anbieter von Qualitätsprodukten, Imagemarken und hoch entwickelten Technologien viel weniger durch die neue globale Konkurrenz im Niedrigpreissegment bedroht als andere, die stärker vom Markt für Massenware und dem Preisbewusstsein ihrer Käufer abhängen. Hinzu kommt ein starker deutscher Mittelstand mit der im internationalen Vergleich höchsten Anzahl an wettbewerbsfähigen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), von denen nicht wenige zu den globalen Marktführern ihres Geschäftsbereichs zählen. Gerade in den Bereichen der

Umwelttechnologien sowie der Technologien zur Energieeinsparung und effizienten Energiegewinnung, die alle in den nächsten Jahrzehnten für die Schwellenländer von besonderem Interesse sein werden, ist die deutsche Wirtschaft hervorragend positioniert, dies gilt ebenso für die Bereiche Infrastruktur und Verkehr. Außerdem sind die guten Beziehungen Deutschlands zu allen Regionen der Welt und das gute außenpolitische Image des Landes für den Erfolg auf den Auslandsmärkten nicht unerheblich.

Deutschland ist wegen der hohen Exportabhängigkeit seiner Produkte geradezu darauf angewiesen, dass auch das Ausland wirtschaftlich prosperiert. Wenn der Prozess der Globalisierung in den Schwellenländern zum Entstehen von Mittelschichten mit insgesamt mehr als 1 Mrd. Menschen beiträgt, die dann mit zunehmendem Wohlstand zu potenziellen Käufern deutscher Produkte werden, so ist das aus deutscher Sicht eine sehr positive Entwicklung.

Ein großer, aber in letzter Zeit zu wenig gewürdigter Wettbewerbsvorteil Deutschlands (und Europas insgesamt) liegt auch darin, dass hier bereits entwickelte staatliche und gesellschaftliche Institutionen bestehen, die ihre Aufgaben großenteils effektiv erfüllen. So sind bei aller offensichtlichen Reformbedürftigkeit die deutschen Bildungs-, Sozial- und Gesundheitssysteme ein ganz entscheidender Vorteil im Wettbewerb mit den Staaten, die überhaupt erst die Aufgabe der Schaffung solcher Systeme vor sich haben, und zwar unter Bedingungen, die keinesfalls vorteilhafter sind als hierzulande. Die Menschen wie die Unternehmen werden mit der weiter zunehmenden Vernetzung und Verflechtung von Völkern, Gütern, Informationen und Kapital auf einen funktionierenden, selbstbewussten Staat mit starken Institutionen als „sicheren Hafen“ angewiesen sein. Gleichzeitig ist es für Deutschland wichtig, seine Systeme so zu reformieren, dass diese ihre Aufgaben auch unter den besonderen demografischen Bedingungen der nächsten Jahrzehnte bewältigen. Insbesondere Bildung, Forschung und Entwicklung kommt hinsichtlich der wachsenden globalen Konkurrenz um die „besten Köpfe“ gerade auch aus den Schwellenländern

zunehmende Bedeutung zu. Ohne die gezielte Zuwanderung junger und qualifizierter Arbeitskräfte wird Deutschland die Folgen des Geburtenrückgangs und der Überalterung der Gesellschaft nur schwer bewältigen können. Die Konkurrenz um die Technologieführerschaft wird in einer globalisierten Wirtschaft an Schärfe zunehmen.

Auch in einer globalisierten Wirtschaftswelt ist und bleibt der Nationalstaat das Zentrum politischer Gestaltung, um auf internationale Entwicklungen Einfluss zu nehmen. Es wird aber immer wichtiger werden, auf nationaler Ebene gebildete Zielvorstellungen in den internationalen Diskussionsprozess einzubringen und entsprechende Übereinkünfte auch unter Einbeziehung der großen Schwellenländer zu erzielen. Zweifellos erhöht die Globalisierung die Notwendigkeit von Abstimmungen und Koordinierungen auf internationaler Ebene.

Es bleibt festzuhalten, dass deutsche Unternehmen in ihrer Mehrzahl von der Globalisierung profitieren. In ihren jeweiligen Nischen besitzen sie oft die Technologieführerschaft und behaupten sich erfolgreich auf den Exportmärkten. Wenn der technologische Vorsprung gewahrt und zugleich Partnerschaften und wirtschaftliche Beziehungen mit den sich rasch entwickelnden Schwellenländern auf- und ausgebaut werden können, dann wird es Deutschland und Europa gelingen, an der dynamischen Entwicklung der Weltwirtschaft weiter zu partizipieren.

## Zoll legt Jahresbilanz 2005 vor

Zu den Tätigkeitsschwerpunkten der Zollverwaltung zählten im vergangenen Jahr neben der Erhebung von Einfuhrabgaben und Verbrauchsteuern die Bekämpfung des Zigaretten-smuggels, der Rauschgiftkriminalität und der Produktpiraterie sowie die Bekämpfung der Schwarzarbeit. In allen Aufgabenbereichen hat der Zoll im vergangenen Jahr überzeugende Arbeit geleistet. In den wichtigsten Aufgabengebieten erzielten die Zöllnerinnen und Zöllner folgende Ergebnisse:

### Erhebung von Abgaben

Im Jahr 2005 nahm der Zoll rund 100 Mrd. € ein. Das entsprach etwa der Hälfte der Steuereinnahmen des Bundes. Die wichtigsten Einnahmen sind die aus den besonderen Verbrauchsteuern mit rund 65 Mrd. €. 3,4 Mrd. € Zölle flossen als Einnahmen an die Europäische Union. Die beiden aufkommensstärksten Verbrauchsteuern sind die Mineralölsteuer mit rund 40,1 Mrd. € und die Tabaksteuer mit 14,3 Mrd. €. Drittgrößte Verbrauchsteuer ist die Stromsteuer mit 6,5 Mrd. €. Hinzu kommen die Branntweinsteuer, die Alkopopsteuer, die Kaffeesteuer, die Schaumweinsteuer und die Zwischenerzeugnissteuer auf bestimmte alkoholische Getränke, die zusammen 4,3 Mrd. € erbrachten.

**Tabelle 1: Erhobene Abgaben insgesamt in Mrd. €**

	2003	2004	2005
<b>I. Einnahmen der EG</b>			
– Zölle	2,9	3,1	3,4
<b>II. Nationale Einnahmen</b>			
– Verbrauchsteuern	68,2	66,4	65,2
– Einfuhrumsatzsteuer	33,8	32,7	31,3
<b>Insgesamt</b>	<b>104,9</b>	<b>102,2</b>	<b>99,9</b>

**Tabelle 2: Erhobene Verbrauchsteuern in Mrd. €**

	2003	2004	2005
Mineralölsteuer	43,2	41,8	40,1
Stromsteuer	6,5	6,6	6,5
Tabaksteuer	14,1	13,6	14,3
Branntweinsteuer	2,2	2,2	2,1
Alkopopsteuer	–	–	0,1
Kaffeesteuer	1,0	1,0	1,0
Biersteuer <sup>1</sup>	0,8	0,8	0,8
Schaumweinsteuer	0,4	0,4	0,4
Zwischenerzeugnissteuer	0,03	0,03	0,03
<b>Insgesamt</b>	<b>68,2</b>	<b>66,4</b>	<b>65,2</b>

1 Der Ertrag fließt den Ländern zu.

### Bekämpfung der Schwarzarbeit

Mehrere Studien renommierter Wirtschaftsforschungsinstitute belegen, dass Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft nach wie vor ein milliardenschweres Potenzial bilden. Umfang und Ausmaß der Schattenwirtschaft können nicht genau errechnet werden. Die Spannweite reicht von 3,1 % Anteil „schwarz“ geleisteter Arbeit an der gesamten Wertschöpfung, die die Forscher der renommierten Rockwool-Foundation für das Jahr 2004 auf Basis von Befragungen ermittelt haben, bis zu einem aktuellen Anteil des Brutto-Inlandsprodukts von rund 15 % Schattenwirtschaft, den das Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) Tübingen zusammen mit dem Schwarzarbeitsexperten Prof. Schneider errechnet haben. Das IAW und Prof. Schneider gehen danach von einem geschätzten Volumen der Schattenwirtschaft von rund 345,5 Mrd. € für 2006 aus (2005: 346,2 Mrd. €, 2004: 356,1 Mrd. € und 2003: 370 Mrd. €). Die Studien des IAW zeigen, dass die Schwarzarbeit zurückgeht. Die eingeleiteten Maßnahmen der Bundesregierung greifen. Die rund 7000 Zöllnerinnen und Zöllner in den Sachgebieten Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) bei den Hauptzollämtern haben wesentlich zu dieser positiven Entwicklung

beigetragen. Insbesondere mit konzentrierten Kontrollen und gezielten Schwerpunktprüfungen in besonders anfälligen Branchen sowie einer besseren Vernetzung der Kontrollbehörden des Bundes und der Länder wurde die Schwarzarbeitsbekämpfung nochmals intensiviert. Die Beamtinnen und Beamten der FKS befragten insgesamt über 350 000 Personen, 35 % mehr als 2004. Diese Prüfungen wurden zum Teil als gezielte Schwerpunktprüfungen

- in der Fleisch verarbeitenden Industrie,
- im Hotel- und Gaststättengewerbe,
- im Baugewerbe und
- im Speditions-, Transport- und Logistikgewerbe

durchgeführt. Bei den Schwerpunktprüfungen stellten die Beamtinnen und Beamten in jedem siebten Fall Anhaltspunkte auf Schwarzarbeit fest. 250 Personen wurden festgenommen. Auch bei den straf- und bußgeldrechtlichen Ermittlungen und im Bereich der Ahndung konnte die FKS ihre Bilanz im Jahre 2005 nochmals deutlich verbessern:

- 562,8 Mio. € aufgedeckte Schadenssummen (+ 18 %),
- 81300 abgeschlossene Strafverfahren (+ 43 %),
- 53 852 abgeschlossene Bußgeldverfahren (+ 8 %).

Im Anschluss an die strafrechtlichen Ermittlungen verhängten die Gerichte insgesamt 995 Jahre Freiheitsstrafen (+ 111 %) und Geldstrafen in Höhe von 21,2 Mio. € (+ 138 %). Zudem setzten die Hauptzollämter Bußgelder in Höhe von 67,1 Mio. € (+ 104 %) fest.

## Vollstreckung

Die Bundeszollverwaltung als „Gerichtsvollzieher des Bundes“ bearbeitete im vergangenen Jahr rund 2,3 Mio. Vollstreckungsfälle und trieb dabei 1,1 Mrd. € an ausstehenden öffentlich-rechtlichen Forderungen des Bundes und der Sozialbehörden ein.

**Tabelle 3: Einnahmen durch den Vollstreckungsdienst aus der Vollstreckung von Forderungen des Bundes und der Sozialbehörden**

	2003	2004	2005
	in Mio. €		
<b>Beigetriebene Beiträge</b>	<b>930</b>	<b>950</b>	<b>1 100</b>
davon für			
– die Bundesagentur für Arbeit	80	80	70
– sonstige Sozialbehörden	540	570	620
– die Zollverwaltung	290	270	385
– übrige Bereiche	20	30	25
	Anzahl in Tsd.		
<b>Vollstreckungsfälle</b>	<b>2 250</b>	<b>2 150</b>	<b>2 300</b>
davon für			
– die Bundesagentur für Arbeit	660	570	570
– sonstige Sozialbehörden	1 470	1 430	1 600
– die Zollverwaltung und übrige Bereiche	120	150	130

## Rauschgiftkriminalität

Der Zoll stellte im vergangenen Jahr wiederum große Mengen an Rauschgift sicher: 1,6 Tonnen Haschisch (2004: 2 Tonnen), 1,2 Tonnen Marihuana (2004: 3,6 Tonnen), 896 kg Kokain (2004: 887 kg), 456 kg Heroin (2004: 511 kg) und 100 kg Opium (2004: 85 kg).

Ein überaus gefährliches Rauschgift spürte der Zoll an der niederländischen Grenze auf: „Crystal“. Diese in illegalen Labors hergestellte synthetische Droge hat eine extrem gefährliche Wirkung und ein sehr hohes Suchtpotenzial. Bereits der einmalige Konsum kann zur Abhängigkeit führen. Insgesamt konnten im vergangenen Jahr acht Kilogramm dieser gefährlichen Droge sichergestellt werden. Eine besonders perfide Art des Rauschgiftschmuggels ist weiterhin verbreitet. Organisierte Rauschgiftschmuggelorganisationen nutzen das soziale Elend in Entwicklungsländern und werben Kuriere an, die das Rauschgift in kleinen Kapseln schlucken und es für einen geringen Lohn nach Europa transportieren. Ein so genannter

„Bodypacker“ kann auf diese Weise bis zu 1,3 kg Kokain im eigenen Körper transportieren. Platzt eine Kapsel im Körper des Kuriers, bedeutet dies meist den sicheren Tod.

## Zigarettenschmuggel

Besonders erfolgreich war der Zoll im vergangenen Jahr bei der Bekämpfung des Zigarettenschmuggels: Die Zöllnerinnen und Zöllner stellten 735 Mio. unversteuerte Zigaretten sicher. Das bedeutet ein Plus von 75 % gegenüber dem Jahr 2004. Die Zollverwaltung geht mit einer Kombination aus mobilen Zollkontrollen und intensiver internationaler Zusammenarbeit gegen die Drahtzieher des internationalen organisierten Zigarettenschmuggels vor. Die regelmäßigen Ermittlungserfolge belegen: Diese Strategie, ergänzend zu den internationalen Ermittlungen mit rund 1600 Beschäftigten in 60 mobilen Kontrollgruppen, die Bekämpfung des Zigarettenschmuggels zu intensivieren, hat sich außerordentlich bewährt. Ein bereits im Jahr 2004 beobachteter Trend setzt sich verstärkt fort: Von den sichergestellten Zigaretten machen Markenfälschungen einen Anteil von rund 70 % (2004: 40 %) aus. Das Rauchen dieser Zigaretten stellt für den Verbraucher ein noch höheres gesundheitliches Risiko dar als bei legalen Zigaretten. Denn Untersuchungen ergaben eine höhere Verunreinigung mit Giftstoffen wie Arsen, Cadmium und Blei.

## Marken- und Produktpiraterie

Die Schäden durch Marken- und Produktpiraterie sind enorm.<sup>1</sup> Experten-Schätzungen gehen davon aus, dass durch den Ideenklau und das Abkupfern von Markenartikeln bis zu 50 000 Arbeitsplätze in Deutschland potenziell gefährdet sind. Umso bedeutender ist der konsequente Kampf des Zolls gegen gefälschte und nachgeahmte Produkte. Bei ihren Einfuhrkontrollen beschlagnahmten die Zöllnerinnen und Zöllner im abgelaufenen Jahr in 7217 Fällen (2004: 8564) gefälschte Marken oder

Produkte im Wert von 213,4 Mio. € (2004: 145,1 Mio. €). Die Beamtinnen und Beamten arbeiteten damit deutlich effizienter als im Vorjahr. Den größten Anteil an den Sicherstellungen hatten Konsumgüter mit 104 Mio. €.

**Tabelle 4: Wert beschlagnahmter Waren in Mio. €**

	2003	2004	2005
Konsumgüter	47,0	32,9	104,0
Computer-Soft-/Hardware, Bild-, Ton-, Datenträger	51,6	37,6	29,1
Textilien	12,4	24,4	13,5
Sportartikel	3,4	9,6	11,5
Automobilindustrie	0,04	0,8	0,8
Sonstiges	63,5	39,8	54,5
<b>Insgesamt</b>	<b>177,9</b>	<b>145,1</b>	<b>213,4</b>

**Tabelle 5: Herkunftsländer gefälschter Markenartikel in % der Aufgriffe**

	2003	2004	2005
VR China	12,9	23,6	35,8
Thailand	24,9	23,5	10,2
Sonst. Asiatische Länder (Hongkong, Malaysia u. a.)	12,3	9,0	11,5
Tschechien	11,4	3,6	1,0
Polen	10,0	3,6	0,6
Türkei	9,0	10,2	8,7
USA	3,8	8,4	11,2
Sonstige Länder	15,7	18,1	21,0

## Artenschutz

Der Zoll trägt in erheblichem Umfang zum Schutz bedrohter Pflanzen und Tierarten bei. Im vergangenen Jahr hat er in 1267 Fällen (2004: 1150) über 39 000 (2004: 37 000) geschützte Tiere und Pflanzen bzw. daraus hergestellte Objekte sichergestellt. Leider bringen noch immer zu viele Reisende artgeschützte Souvenirs aus dem Urlaub mit. Über 90 % der Objekte stellte der Zoll an den deutschen Flughäfen sicher.

<sup>1</sup> Siehe auch Monatsbericht des BMF, Februar 2006, „Produktpiraterie – eine wachsende Gefahr für die Volkswirtschaft“, S. 87 ff.

## Fazit

Die Zahlen belegen, dass die Zollverwaltung auch im vergangenen Jahr außerordentlich erfolgreich gewesen ist. Dabei waren die Personalkosten im Vergleich zu den Einnahmen vergleichsweise gering. Den von der Zollverwaltung insgesamt eingenommenen Abgaben von rund 100 Mrd. € standen lediglich circa 1,3 Mrd. € an Personalkosten gegenüber, was einem Anteil von 1,3 % entspricht. Jedoch beschränkt sich die Tätigkeit der Zollverwaltung nicht allein auf die Einnahmeseite. Sie leistet darüber hinaus einen wichtigen Beitrag bei der Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung. So spielt der Zoll nicht erst seit den Vorkommnissen des 11. September 2001 eine bedeutende Rolle bei der Bekämpfung von Straftaten etwa gegen das Außenwirtschafts- und das Kriegswaffenkontrollgesetz. Hier kommt dem Zollkriminalamt als Koordinierungsstelle des deutschen Zollfahndungsdienstes in der Zusammenarbeit mit den nationalen Sicherheitsbehörden eine besondere Bedeutung zu.





## Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung .....	92
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte .....	115
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung .....	121



## Statistiken und Dokumentationen

<b>Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung .....</b>	<b>92</b>
1 Kreditmarktmittel einschließlich der Sondervermögen .....	92
2 Gewährleistungen .....	93
3 Bundeshaushalt 2004 bis 2009 .....	93
4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2004 bis 2009 .....	94
5 Haushaltsquerschnitt: Gliederungen der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Reg.-Entw. 2006 .....	96
6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2006 .....	100
7 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 2001 bis 2007 .....	102
8 Steueraufkommen nach Steuergruppen .....	104
9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten .....	105
10 Entwicklung der Staatsquote .....	106
11 Entwicklung der öffentlichen Schulden .....	107
12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte .....	108
13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden .....	109
14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich .....	110
15 Steuerquoten im internationalen Vergleich .....	111
16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich .....	112
17 Staatsquote im internationalen Vergleich .....	113
18 Entwicklung der EU-Haushalte von 2001 bis 2006 .....	114
<b>Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte .....</b>	<b>115</b>
1 Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Januar 2006 .....	115
2 Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Februar 2006 .....	116
3 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Januar 2006 .....	117
4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Februar 2006 .....	119
<b>Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung .....</b>	<b>121</b>
1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung .....	121
2 Preisentwicklung .....	121
3 Außenwirtschaft .....	122
4 Einkommensverteilung .....	122
5 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich .....	123
6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich .....	124
7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich .....	125
8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern .....	126
9 Entwicklung von DAX und Dow Jones .....	127
10 Übersicht Weltfinanzmärkte .....	128

# Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

## 1 Kreditmarktmittel einschließlich der Sondervermögen<sup>1</sup>

### I. Schuldenart

	Stand: 28. Februar 2006 Mio. €	Zunahme Mio. €	Abnahme Mio. €	Stand: 31. März 2006 <sup>2</sup> Mio. €
Anleihen	532 800	5 500	0	538 300
Bundesobligationen	164 199	8 000	0	172 199
Bundesschatzbriefe	10 734	172	20	10 886
Bundesschatzanweisungen	119 000	9 000	15 000	113 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35 791	5 920	5 938	35 773
Finanzierungsschätze	1 370	195	75	1 491
Schuldscheindarlehen	26 640	184	414	26 411
Medium Term Notes Treuhand	266	0	0	266
<b>Gesamte umlaufende Schuld</b>	<b>890 800</b>			<b>898 325</b>

### II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 28. Februar 2006 Mio. €	Stand: 31. März 2006 <sup>2</sup> Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	157 867	160 541
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	291 822	283 081
langfristig (mehr als 4 Jahre)	441 112	454 702
<b>Gesamte umlaufende Schuld</b>	<b>890 800</b>	<b>898 325</b>

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> Unter Berücksichtigung des Gesetzes zur Eingliederung der Schulden der Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Ausgleichsfonds Steinkohle und Bundeseisenbahnvermögen in die Bundesschuld vom 21. Juni 1999.

<sup>2</sup> Vorläufig.

## 2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2006 in Mrd. €	Belegung am 31. März 2006 in Mrd. €	Belegung am 31. März 2005 in Mrd. €
Ausfuhr	117,0	106,9	104,0
Internationale Finanzierungsinstitute	46,6	40,3	40,3
Kapitalanlagen und sonstiger Außenwirtschaftsbereich einschließlich Mitfinanzierung bilateraler FZ-Vorhaben	42,0	31,2	29,4
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen (einschließlich Ernährungsbevorratung und Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen)	103,9	60,3	60,4

## 3 Bundeshaushalt 2004 bis 2009 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Ist	Ist	Reg.- Entwurf	Finanzplanung		
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €
<b>1. Ausgaben</b>	<b>251,6</b>	<b>259,8</b>	<b>261,7</b>	<b>269,1</b>	<b>272,5</b>	<b>275,3</b>
Veränderung gegen Vorjahr in %	– 2,0	3,3	0,7	2,8	1,3	1,0
<b>2. Einnahmen</b>	<b>211,8</b>	<b>228,4</b>	<b>223,2</b>	<b>246,9</b>	<b>251,0</b>	<b>255,1</b>
Veränderung gegen Vorjahr in %	– 2,6	7,8	– 2,3	10,6	1,7	1,6
darunter:						
Steuereinnahmen	287,0	190,1	192,5	212,3	221,1	228,2
Veränderung gegen Vorjahr in %	– 2,5	1,7	1,2	10,3	4,1	3,3
<b>3. Finanzierungsdefizit</b>	<b>– 39,8</b>	<b>– 31,4</b>	<b>– 38,5</b>	<b>– 22,2</b>	<b>– 21,5</b>	<b>– 20,2</b>
<b>Zusammensetzung des Finanzierungsdefizits</b>						
<b>4. Bruttokreditaufnahme (–)</b>	<b>199,6</b>	<b>224,2</b>	<b>234,8</b>	<b>238,1</b>	<b>242,3</b>	<b>241,0</b>
<b>5. Tilgungen (+)</b>	<b>160,0</b>	<b>193,0</b>	<b>196,5</b>	<b>216,2</b>	<b>221,2</b>	<b>221,0</b>
<b>6. Nettokreditaufnahme</b>	<b>– 39,5</b>	<b>– 31,2</b>	<b>– 38,3</b>	<b>– 22,0</b>	<b>– 21,3</b>	<b>– 20,0</b>
<b>7. Münzeinnahmen</b>	<b>– 0,3</b>	<b>– 0,2</b>	<b>– 0,2</b>	<b>– 0,2</b>	<b>– 0,2</b>	<b>– 0,2</b>
<b>8. Finanzierungssaldo</b>	<b>– 39,8</b>	<b>– 31,4</b>	<b>– 38,5</b>	<b>– 22,2</b>	<b>– 21,5</b>	<b>– 20,2</b>
in % der Ausgaben	15,8	12,1	14,7	8,2	7,9	7,3
nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	22,4	23,8	23,2	23,3	23,3	23,4
Veränderung gegen Vorjahr in %	– 13,0	6,2	– 2,3	0,3	– 0,2	0,7
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	0,3	0,7	3,0	3,0	3,0	3,0

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

## 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2004 bis 2009

Ausgabeart	2004 Ist	2005 Ist	2006 Reg.-Entw.	2007	2008	2009
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Finanzplanung		Mio. €
				Mio. €	Mio. €	
<b>Ausgaben der laufenden Rechnung</b>						
<b>Personalausgaben</b>	<b>26 758</b>	<b>26 372</b>	<b>26 245</b>	<b>26 246</b>	<b>26 269</b>	<b>26 240</b>
Aktivitätsbezüge	20 332	19 891	19 827	19 800	19 799	19 742
Ziviler Bereich	8 748	8 537	8 530	8 587	8 657	8 658
Militärischer Bereich	11 584	11 353	11 297	11 212	11 142	11 084
Versorgung	6 426	6 481	6 418	6 446	6 469	6 498
Ziviler Bereich	2 463	2 434	2 337	2 295	2 269	2 243
Militärischer Bereich	3 963	4 047	4 081	4 151	4 201	4 255
<b>Laufender Sachaufwand</b>	<b>16 878</b>	<b>17 712</b>	<b>18 068</b>	<b>18 414</b>	<b>18 606</b>	<b>18 905</b>
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 522	1 596	1 475	1 484	1 493	1 505
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7 985	7 992	8 426	8 744	9 230	9 626
Sonstiger laufender Sachaufwand	7 371	8 124	8 167	8 185	7 883	7 773
<b>Zinsausgaben</b>	<b>36 274</b>	<b>37 371</b>	<b>37 991</b>	<b>39 752</b>	<b>41 206</b>	<b>42 618</b>
an andere Bereiche	36 274	37 371	37 991	39 752	41 206	42 618
Sonstige	36 274	37 371	37 991	39 752	41 206	42 618
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	36 230	37 326	37 947	39 708	41 162	42 574
an Ausland	3	3	2	2	2	2
<b>Laufende Zuweisungen und Zuschüsse</b>	<b>148 950</b>	<b>154 274</b>	<b>156 970</b>	<b>160 379</b>	<b>162 845</b>	<b>163 077</b>
an Verwaltungen	14 797	13 921	13 764	12 187	12 391	12 772
Länder	6 735	8 381	8 294	6 579	6 571	6 571
Gemeinden	238	66	39	28	26	24
Sondervermögen	7 823	5 473	5 430	5 580	5 793	6 175
Zweckverbände	1	2	1	1	1	1
an andere Bereiche	134 153	140 353	143 206	148 192	150 453	150 305
Unternehmen	15 062	13 474	16 716	20 027	23 700	23 851
Renten, Unterstützungen u. Ä.						
an natürliche Personen	25 396	32 747	30 386	27 296	25 884	24 436
an Sozialversicherung	90 079	90 219	92 089	96 908	96 922	98 091
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	783	767	797	805	796	789
an Ausland	2 828	3 140	3 212	3 151	3 146	3 133
an Sonstige	5	5	5	5	5	5
<b>Summe Ausgaben der laufenden Rechnung</b>	<b>228 860</b>	<b>235 728</b>	<b>239 274</b>	<b>244 792</b>	<b>248 925</b>	<b>250 839</b>
<b>Ausgaben der Kapitalrechnung<sup>1</sup></b>						
<b>Sachinvestitionen</b>	<b>6 891</b>	<b>7 246</b>	<b>6 967</b>	<b>6 780</b>	<b>6 823</b>	<b>6 848</b>
Baumaßnahmen	5 466	5 779	5 495	5 271	5 343	5 395
Erwerb von beweglichen Sachen	922	961	936	1 002	975	959
Grunderwerb	503	506	536	507	505	493
<b>Vermögensübertragungen</b>	<b>12 912</b>	<b>12 977</b>	<b>13 142</b>	<b>13 481</b>	<b>13 497</b>	<b>13 012</b>
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	12 556	12 617	12 748	13 113	13 150	12 680
an Verwaltungen	5 607	5 587	5 540	5 567	5 171	5 142
Länder	5 516	5 527	5 459	5 497	5 094	5 064
Gemeinden und Gemeindeverbände	91	60	74	70	76	79
Sondervermögen	0	0	6	0	0	0
an andere Bereiche	6 949	7 030	7 209	7 546	7 979	7 538
Sonstige – Inland	0	0	0	0	0	0
Ausland	4 931	4 933	5 047	5 311	5 655	5 171
Sonstige Vermögensübertragungen	2 018	2 096	2 162	2 235	2 324	2 367
an andere Bereiche	356	360	394	368	347	332
Unternehmen – Inland	356	360	394	368	347	332
Sonstige – Inland	1	0	0	0	0	0
Ausland	153	160	174	171	162	157

#### 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2004 bis 2009

Ausgabeart	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Ist	Ist	Reg.-Entw.	Finanzplanung		
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
<b>Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen</b>						
Darlehensgewährung	2 932	3 899	3 501	3 400	3 282	3 898
an Verwaltungen	2 383	3 340	2 913	2 766	2 524	3 086
Länder	68	53	38	26	21	15
Gemeinden	68	53	38	26	21	15
an andere Bereiche	2 315	3 287	2 874	2 740	2 503	3 071
Sozialversicherungen	0	900	0	0	0	0
Sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	1 384	1 505	1 891	1 753	1 509	2 007
Ausland	931	882	984	987	993	1 064
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	548	559	588	634	758	812
Inland	1	0	0	0	0	0
Ausland	547	558	588	634	758	812
<b>Summe Ausgaben der Kapitalrechnung<sup>1</sup></b>	<b>22 734</b>	<b>24 121</b>	<b>23 610</b>	<b>23 662</b>	<b>23 601</b>	<b>23 758</b>
<sup>1</sup> Darunter: Investive Ausgaben	22 378	23 761	23 216	23 294	23 254	23 426
<b>Globale Mehr-/Minderausgaben</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>– 1 183</b>	<b>647</b>	<b>– 27</b>	<b>702</b>
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>251 594</b>	<b>259 849</b>	<b>261 700</b>	<b>269 100</b>	<b>272 500</b>	<b>275 300</b>

Stand: Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen Reg.-Entw. 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
<b>0 Allgemeine Dienste</b>	<b>48 006</b>	<b>43 548</b>	<b>23 810</b>	<b>13 800</b>	–	<b>5 938</b>
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	7 672	7 396	3 749	1 184	–	2 463
02 Auswärtige Angelegenheiten	6 032	2 858	445	134	–	2 279
03 Verteidigung	27 712	27 343	15 377	11 165	–	801
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 872	2 554	1 801	717	–	36
05 Rechtsschutz	326	308	221	72	–	15
06 Finanzverwaltung	3 390	3 089	2 217	528	–	344
<b>1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>12 445</b>	<b>8 906</b>	<b>443</b>	<b>656</b>	–	<b>7 807</b>
13 Hochschulen	2 029	1 103	6	4	–	1 093
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 488	1 488	–	–	–	1 488
15 Sonstiges Bildungswesen	481	424	9	55	–	361
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	7 237	5 588	427	594	–	4 567
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	1 209	304	1	4	–	299
<b>2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</b>	<b>134 442</b>	<b>133 537</b>	<b>196</b>	<b>588</b>	–	<b>132 753</b>
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	86 130	86 130	35	0	–	86 095
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	4 430	4 429	–	–	–	4 429
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3 756	3 524	–	153	–	3 371
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	38 732	38 598	45	372	–	38 181
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	105	105	–	–	–	105
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 289	751	116	62	–	572
<b>3 Gesundheit und Sport</b>	<b>914</b>	<b>690</b>	<b>220</b>	<b>249</b>	–	<b>222</b>
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	337	307	121	136	–	50
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	337	307	121	136	–	50
32 Sport	127	101	–	21	–	80
33 Umwelt- und Naturschutz	186	147	63	41	–	43
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	264	136	36	50	–	49
<b>4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>1 650</b>	<b>737</b>	<b>2</b>	<b>4</b>	–	<b>731</b>
41 Wohnungswesen	1 131	734	–	3	–	731
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	–	1	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	7	2	2	–	–	–
44 Städtebauförderung	512	–	–	–	–	–
<b>5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>1 009</b>	<b>551</b>	<b>27</b>	<b>143</b>	–	<b>382</b>
52 Verbesserung der Agrarstruktur	651	251	–	1	–	250
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	127	127	–	56	–	71
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	127	127	–	56	–	71
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	230	173	27	85	–	61



## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen Reg.-Entw. 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
<b>0 Allgemeine Dienste</b>	<b>971</b>	<b>1 732</b>	<b>1 755</b>	<b>4 458</b>	<b>4 421</b>
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	274	2	0	276	276
02 Auswärtige Angelegenheiten	53	1 550	1 572	3 174	3 172
03 Verteidigung	259	100	10	369	334
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	239	79	–	318	318
05 Rechtsschutz	18	–	–	18	18
06 Finanzverwaltung	127	1	174	302	302
<b>1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>129</b>	<b>3 409</b>	<b>–</b>	<b>3 539</b>	<b>3 539</b>
13 Hochschulen	2	925	–	927	927
14 Förderung von Schülern, Studenten	–	–	–	–	–
15 Sonstiges Bildungswesen	0	57	–	57	57
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	127	1 522	–	1 649	1 649
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	905	–	906	906
<b>2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</b>	<b>11</b>	<b>893</b>	<b>1</b>	<b>905</b>	<b>552</b>
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	–	–	–	–	–
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	–	1	–	1	1
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2	229	1	232	5
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	5	129	–	134	8
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	–	–	–	–	–
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4	534	0	538	538
<b>3 Gesundheit und Sport</b>	<b>149</b>	<b>75</b>	<b>–</b>	<b>223</b>	<b>220</b>
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	21	8	–	30	30
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	21	8	–	30	30
32 Sport	–	26	–	26	26
33 Umwelt- und Naturschutz	6	34	–	40	36
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	122	6	–	128	128
<b>4 Wohnungswesen, Städtebau, Raum- ordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>–</b>	<b>873</b>	<b>40</b>	<b>913</b>	<b>913</b>
41 Wohnungswesen	–	357	40	396	396
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	–	–	–	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	–	5	–	5	5
44 Städtebauförderung	–	512	–	512	512
<b>5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>25</b>	<b>431</b>	<b>1</b>	<b>457</b>	<b>457</b>
52 Verbesserung der Agrarstruktur	–	400	–	400	400
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	–	–	–	–	–
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	–	–	–	–	–
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	25	31	1	57	57

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen Reg.-Entw. 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
<b>6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>5 184</b>	<b>3 010</b>	<b>47</b>	<b>352</b>	–	<b>2 611</b>
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	436	412	–	204	–	207
621 Kernenergie	207	207	–	–	–	207
622 Erneuerbare Energieformen	0	0	–	0	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	228	204	–	204	–	–
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 876	1 856	–	5	–	1 851
64 Handel	94	94	–	56	–	38
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	868	141	–	2	–	138
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 910	508	47	85	–	376
<b>7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>10 854</b>	<b>3 475</b>	<b>970</b>	<b>1 878</b>	–	<b>627</b>
72 Straßen	7 200	923	–	824	–	100
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 450	773	468	241	–	64
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	334	1	–	–	–	1
75 Luftfahrt	184	184	43	11	–	130
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 685	1 594	459	802	–	333
<b>8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen</b>	<b>9 438</b>	<b>5 915</b>	–	<b>16</b>	–	<b>5 899</b>
81 Wirtschaftsunternehmen	3 946	424	–	16	–	408
832 Eisenbahnen	3 453	84	–	3	–	80
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	493	341	–	13	–	328
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 492	5 491	–	–	–	5 491
873 Sondervermögen	5 430	5 430	–	–	–	5 430
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	62	61	–	–	–	61
<b>9 Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>37 759</b>	<b>38 904</b>	<b>531</b>	<b>381</b>	<b>37 991</b>	<b>1</b>
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	38	–	–	–	–	–
92 Schulden	38 026	38 026	–	35	37 991	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	– 306	878	531	346	–	1
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>	<b>261 700</b>	<b>239 274</b>	<b>26 245</b>	<b>18 068</b>	<b>37 991</b>	<b>156 970</b>

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen Reg.-Entw. 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
<b>6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>2</b>	<b>772</b>	<b>1 400</b>	<b>2 174</b>	<b>2 174</b>
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	–	25	–	25	25
621 Kernenergie	–	–	–	–	–
622 Erneuerbare Energieformen	–	–	–	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	–	25	–	25	25
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	–	21	–	21	21
64 Handel	–	–	–	–	–
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	–	727	–	727	727
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2	–	1 400	1 402	1 402
<b>7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>5 629</b>	<b>1 751</b>	<b>0</b>	<b>7 379</b>	<b>7 379</b>
72 Straßen	4 870	1 407	–	6 277	6 277
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	678	–	0	678	678
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	–	333	–	333	333
75 Luftfahrt	1	–	0	1	1
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	80	12	0	92	92
<b>8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen</b>	<b>51</b>	<b>3 168</b>	<b>303</b>	<b>3 523</b>	<b>3 523</b>
81 Wirtschaftsunternehmen	50	3 168	303	3 522	3 522
832 Eisenbahnen	–	3 092	277	3 369	3 369
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	50	76	27	153	153
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	1	–	–	1	1
873 Sondervermögen	–	–	–	–	–
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	1	–	–	1	1
<b>9 Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>–</b>	<b>38</b>	<b>–</b>	<b>38</b>	<b>38</b>
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	–	38	–	38	38
92 Schulden	–	–	–	–	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	–	–	–	–	–
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>	<b>6 967</b>	<b>13 142</b>	<b>3 501</b>	<b>23 610</b>	<b>23 216</b>

## 6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2006

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	1997	1998
Ist-Ergebnisse									
<b>I. Gesamtübersicht</b>									
<b>Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>42,1</b>	<b>80,2</b>	<b>110,3</b>	<b>131,5</b>	<b>194,4</b>	<b>237,6</b>	<b>225,9</b>	<b>233,6</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	.	- 1,4	- 3,0	3,4
<b>Einnahmen</b>	Mrd.€	<b>42,6</b>	<b>63,3</b>	<b>96,2</b>	<b>119,8</b>	<b>169,8</b>	<b>211,7</b>	<b>193,5</b>	<b>204,7</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	.	- 1,5	0,4	5,8
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd.€	<b>0,6</b>	<b>- 16,9</b>	<b>- 14,1</b>	<b>- 11,6</b>	<b>- 24,6</b>	<b>- 25,8</b>	<b>- 32,5</b>	<b>- 28,9</b>
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 32,6	- 28,9
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	0,1	- 0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-	-
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>									
<b>Personalausgaben</b>	Mrd.€	<b>6,6</b>	<b>13,0</b>	<b>16,4</b>	<b>18,7</b>	<b>22,1</b>	<b>27,1</b>	<b>26,8</b>	<b>26,7</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	- 0,7	- 0,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	11,9	11,4
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	24,3	21,5	19,8	19,1	.	14,4	16,2	16,1
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd.€	<b>1,1</b>	<b>2,7</b>	<b>7,1</b>	<b>14,9</b>	<b>17,5</b>	<b>25,4</b>	<b>27,3</b>	<b>28,7</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	- 6,2	4,9	5,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	12,1	12,3
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	35,1	35,9	47,6	52,3	.	38,7	40,6	42,1
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>7,2</b>	<b>13,1</b>	<b>16,1</b>	<b>17,1</b>	<b>20,1</b>	<b>34,0</b>	<b>28,8</b>	<b>29,2</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	- 4,4	- 0,5	8,4	8,8	- 7,6	1,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	12,8	12,5
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	34,4	35,4	32,0	36,1	.	37,0	35,2	35,5
<b>Steuereinnahmen<sup>1</sup></b>	Mrd.€	<b>40,2</b>	<b>61,0</b>	<b>90,1</b>	<b>105,5</b>	<b>132,3</b>	<b>187,2</b>	<b>169,3</b>	<b>174,6</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	- 3,4	- 2,2	3,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	74,9	74,7
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	87,5	85,3
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen <sup>3</sup>	%	54,0	49,2	48,3	47,2	.	44,9	41,5	41,0
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd.€	<b>- 0,0</b>	<b>- 15,3</b>	<b>- 13,9</b>	<b>- 11,4</b>	<b>- 23,9</b>	<b>- 25,6</b>	<b>- 32,6</b>	<b>- 28,9</b>
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	14,4	12,4
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0	.	75,3	113,0	98,8
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3,4</sup>	%	0,0	55,8	50,4	55,3	.	51,2	64,3	88,6
<b>nachrichtlich: Schuldenstand<sup>3</sup></b>									
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	59,2	129,4	236,6	386,8	536,2	1010,4	1119,1	1153,4
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	153,4	200,6	277,2	385,7	459,7	488,0

<sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>2</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

<sup>3</sup> Stand Finanzplanungsrat Februar 2006.

<sup>4</sup> Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

## 6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2006

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
		Ist-Ergebnisse							Reg.-Entw.
<b>I. Gesamtübersicht</b>									
<b>Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>246,9</b>	<b>244,4</b>	<b>243,1</b>	<b>249,3</b>	<b>256,7</b>	<b>251,6</b>	<b>259,8</b>	<b>261,7</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,7
<b>Einnahmen</b>	Mrd.€	<b>220,6</b>	<b>220,5</b>	<b>220,2</b>	<b>216,6</b>	<b>217,5</b>	<b>211,8</b>	<b>228,4</b>	<b>223,2</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	7,8	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	- 2,3
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd.€	<b>- 26,2</b>	<b>- 23,9</b>	<b>- 22,9</b>	<b>- 32,7</b>	<b>- 39,2</b>	<b>- 39,8</b>	<b>- 31,4</b>	<b>- 38,5</b>
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 38,3
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,2	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>									
<b>Personalausgaben</b>	Mrd.€	<b>27,0</b>	<b>26,5</b>	<b>26,8</b>	<b>27,0</b>	<b>27,2</b>	<b>26,8</b>	<b>26,4</b>	<b>26,2</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	1,2	- 1,7	1,1	0,7	0,9	- 1,8	- 1,4	- 0,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,9	10,8	11,0	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	16,1	15,7	15,9	15,7	15,8	15,6	15,5	15,3
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd.€	<b>41,1</b>	<b>39,1</b>	<b>37,6</b>	<b>37,1</b>	<b>36,9</b>	<b>36,3</b>	<b>37,4</b>	<b>38,0</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	43,1	- 4,7	- 3,9	- 1,5	- 0,5	- 1,6	3,0	1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	16,6	16,0	15,5	14,9	14,4	14,4	14,4	14,5
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	58,9	58,0	56,8	56,3	56,4	56,2	58,4	58,0
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>28,6</b>	<b>28,1</b>	<b>27,3</b>	<b>24,1</b>	<b>25,7</b>	<b>22,4</b>	<b>23,8</b>	<b>23,2</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 2,0	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 13,0	6,2	- 2,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,6	11,5	11,2	9,7	10,0	8,9	9,1	8,9
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	35,7	35,0	34,2	33,2	36,6	33,9	34,9	36,9
<b>Steuereinnahmen<sup>1</sup></b>	Mrd.€	<b>192,4</b>	<b>198,8</b>	<b>193,8</b>	<b>192,0</b>	<b>191,9</b>	<b>187,0</b>	<b>190,1</b>	<b>192,5</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,5	1,7	1,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	77,9	81,3	79,7	77,0	74,7	74,3	73,2	73,6
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	87,2	90,1	88,0	88,7	88,2	88,3	83,2	86,2
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>3</sup>	%	42,5	42,5	43,4	43,5	43,4	42,2	42,1	41,7
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd.€	<b>- 26,1</b>	<b>- 23,8</b>	<b>- 22,8</b>	<b>- 31,9</b>	<b>- 38,6</b>	<b>- 39,5</b>	<b>- 31,2</b>	<b>- 38,3</b>
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,6	9,7	9,4	12,8	15,1	15,7	12,0	14,6
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	91,2	84,4	83,7	132,4	150,2	176,7	131,3	165,0
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3,4</sup>	%	82,3	62,0	57,8	61,6	56,4	59,5	57,8	64,4
<b>nachrichtlich: Schuldenstand<sup>3</sup></b>									
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	1 183,1	1 198,2	1 203,9	1 253,2	1 325,7	1 395,0	1 447,4	1 509 1/2
darunter: Bund	Mrd.€	708,3	715,6	697,3	719,4	760,5	803,0	872,7	911

<sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>2</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

<sup>3</sup> Stand Finanzplanungsrat Februar 2006.

<sup>4</sup> Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

## 7 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 2001 bis 2007

	2001	2002 <sup>2</sup>	2003 <sup>2</sup>	2004 <sup>2</sup>	2005 <sup>2</sup>	2006	2007
	Mrd. €						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt<sup>1</sup></b>							
Ausgaben	603,5	609,5	618,3	613,7	626	627 ½	638 ½
Einnahmen	556,3	552,4	549,8	547,2	572	568 ½	600
Finanzierungssaldo	- 47,1	- 57,1	- 68,5	- 66,5	- 54	- 59 ½	- 38 ½
darunter:							
Bund							
Ausgaben	243,1	249,3	256,7	251,6	259,9	261 ½	269
Einnahmen	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	223	247
Finanzierungssaldo	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 38 ½	- 22
Länder							
Ausgaben	255,1	257,0	258,6	256,1	259,3	256 ½	258 ½
Einnahmen	229,4	227,7	227,0	231,7	235,3	234 ½	243 ½
Finanzierungssaldo	- 25,7	- 29,3	- 31,7	- 24,4	- 24,1	- 22	- 15
Gemeinden							
Ausgaben	147,9	149,2	149,8	149,2	153	155	155
Einnahmen	144,0	144,6	141,4	145,3	150	151 ½	153
Finanzierungssaldo	- 3,9	- 4,6	- 8,4	- 3,8	- 3	- 3	- 2
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>							
Ausgaben	0,7	1,0	1,4	- 0,7	2	½	1 ½
Einnahmen	- 1,6	- 0,7	- 0,5	- 0,5	4½	- ½	5 ½
darunter:							
Bund							
Ausgaben	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	½	3
Einnahmen	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	- 2 ½	10 ½
Länder							
Ausgaben	1,8	0,7	0,6	- 1,0	1,3	- 1	1
Einnahmen	- 4,6	- 0,7	- 0,3	2,1	1,6	- ½	4
Gemeinden							
Ausgaben	1,3	0,9	0,4	- 0,4	2½	1	0
Einnahmen	- 2,7	0,4	- 2,2	2,8	3	1	1

<sup>1</sup> Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

<sup>2</sup> 2002, 2003, 2004: Ist; 2005: Bund und Länder Ist, Gemeinden Schätzung; 2006, 2007: Schätzung.

<sup>3</sup> Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Finanzplanungsrat Februar 2006.

## 7 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 2001 bis 2007

	2001	2002 <sup>2</sup>	2003 <sup>2</sup>	2004 <sup>2</sup>	2005 <sup>2</sup>	2006	2007
	Anteile in %						
<b>Finanzierungssaldo</b>							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 2,2	- 2,7	- 3,2	- 3,0	- 2½	- 2½	- 1½
darunter:							
Bund	- 1,1	- 1,5	- 1,8	- 1,8	- 1,4	- 1½	- 1
Länder	- 1,2	- 1,4	- 1,5	- 1,1	- 1,1	- 1	- ½
Gemeinden	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- 0,2	- 0	- 0	- 0
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 7,8	- 9,4	- 11,1	- 10,8	- 8½	- 9½	- 6
darunter:							
Bund	- 9,4	- 13,1	- 15,3	- 15,8	- 12,1	- 14½	- 8½
Länder	- 10,1	- 11,4	- 12,2	- 9,5	- 9,3	- 8½	- 6
Gemeinden	- 2,6	- 3,1	- 5,6	- 2,5	- 2	- 2	- 1
<b>Ausgaben in % des BIP (nominal)</b>							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,6	28,4	28,6	27,7	28	27½	27
darunter:							
Bund	11,5	11,6	11,9	11,4	11,6	11½	11½
Länder	12,1	12,0	12,0	11,6	11,6	11	11
Gemeinden	7,0	7,0	6,9	6,7	7	7	6½
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote <sup>3</sup>	21,1	20,6	20,4	20,0	20	20	21

<sup>1</sup> Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastenteilungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

<sup>2</sup> 2002, 2003, 2004: Ist; 2005: Bund und Länder Ist, Gemeinden Schätzung; 2006, 2007: Schätzung.

<sup>3</sup> Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Finanzplanungsrat Februar 2006.

## 8 Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

Steueraufkommen					
Jahr	insgesamt	davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	%	%
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005 <sup>2</sup>	447,9	215,4	232,5	48,1	51,9
2006 <sup>2</sup>	457,4	221,5	236,0	48,4	51,6

<sup>1</sup> Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind:

Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

<sup>2</sup> Steuerschätzung vom 2. bis 3. November 2005.

Stand: November 2005.



## 9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten<sup>1</sup> (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,5	35,6	22,4	33,5
1975	23,5	39,1	23,1	37,9
1976	24,2	40,4	23,4	38,9
1977	25,1	41,2	24,5	39,8
1978	24,6	40,5	24,4	39,4
1979	24,4	40,4	24,3	39,3
1980	24,5	40,7	24,3	39,7
1981	23,6	40,4	23,7	39,5
1982	23,3	40,4	23,3	39,4
1983	23,2	39,9	23,2	39,0
1984	23,3	40,1	23,2	38,9
1985	23,5	40,3	23,4	39,2
1986	22,9	39,7	22,9	38,7
1987	22,9	39,8	22,9	38,8
1988	22,7	39,4	22,7	38,5
1989	23,3	39,8	23,4	39,0
1990	22,1	38,2	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001	22,6	40,8	21,1	38,3
2002 <sup>3</sup>	22,3	40,4	20,6	37,8
2003 <sup>3</sup>	22,3	40,5	20,4	37,6
2004 <sup>3</sup>	21,7	39,6	20,0	36,8
2005 <sup>3</sup>	21,9	39,5	20,1	36,7

<sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

<sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

<sup>3</sup> Vorläufige Ergebnisse; Stand: Februar 2006.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

## 10 Entwicklung der Staatsquote<sup>1,2</sup>

Jahr	insgesamt	Ausgaben des Staates	
		darunter	
		Gebietskörperschaften <sup>3</sup>	Sozialversicherungen <sup>3</sup>
	Anteile am BIP in %		
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	39,1	26,5	12,6
1975	49,9	31,8	18,1
1976	49,1	31,0	18,1
1977	48,7	30,6	18,1
1978	47,5	29,7	17,8
1979	47,2	29,7	17,5
1980	47,9	30,1	17,8
1981	48,8	30,4	18,4
1982	48,9	30,2	18,7
1983	47,7	29,5	18,2
1984	46,9	28,8	18,1
1985	46,3	28,4	17,9
1986	45,4	27,9	17,5
1987	45,8	28,0	17,8
1988	45,3	27,3	18,0
1989	44,0	26,9	17,1
1990	44,5	27,8	16,7
1991	46,3	28,2	18,0
1992	47,2	28,0	19,2
1993	48,2	28,3	19,9
1994	47,9	27,8	20,0
1995	48,1	27,6	20,6
1996	49,3	27,9	21,4
1997	48,4	27,1	21,2
1998	48,0	27,0	21,1
1999	48,1	26,9	21,1
2000	47,6	26,5	21,1
2000 <sup>4</sup>	45,1	24,0	21,1
2001	47,6	26,3	21,3
2002 <sup>5</sup>	48,1	26,3	21,7
2003 <sup>5</sup>	48,4	26,4	22,0
2004 <sup>5</sup>	46,9	25,7	21,2
2005 <sup>5</sup>	46,7	25,9	20,8

<sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

<sup>2</sup> Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

<sup>3</sup> Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

<sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

<sup>5</sup> Vorläufige Ergebnisse; Stand: Februar 2006.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

## 11 Entwicklung der öffentlichen Schulden

	2002	2003	2004	2005 <sup>3</sup>
	<b>in Mrd. €<sup>1</sup></b>			
Öffentliche Haushalte insgesamt <sup>2</sup>	1 253,2	1 325,7	1 395,0	1 447,4
darunter:				
Bund	719,4	760,5	803,0	872,7
Länder	384,8	415,0	442,9	468,3
Gemeinden	82,7	84,1	84,3	83,5
Sonderrechnungen des Bundes	59,2	58,8	57,3	15,4
	<b>in % der Gesamtschulden</b>			
Bund	57,4	57,4	57,6	60,3
Länder	30,7	31,3	31,8	32,4
Gemeinden	6,6	6,3	6,0	5,8
Sonderrechnungen des Bundes	4,7	4,4	4,1	1,1
	<b>in % des BIP</b>			
Öffentliche Haushalte insgesamt <sup>2</sup>	58,4	61,3	63,0	64,5
darunter				
Bund	33,5	35,2	36,2	39,5
Länder	17,9	19,2	20,0	20,9
Gemeinden	3,9	3,9	3,8	3,7
Sonderrechnungen des Bundes	2,8	2,7	2,6	0,7
<b>nachrichtlich</b>	<b>in % des BIP</b>			
Maastricht-Kriterium „Schuldenstand“	60,3	63,8	65,5	67,7

<sup>1</sup> Schuldenstand jeweils am Stichtag 31. Dezember; „Kreditmarktschulden im weiteren Sinn“ (einschließlich Ausgleichsforderungen; ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen, Kassenverstärkungskredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen).

<sup>2</sup> Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Gemeindeverbände, Sonderrechnungen, Zweckverbände.

<sup>3</sup> Schätzung.

Stand: Finanzplanungsrat Februar 2006.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

## 12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup>

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>3</sup>	
	Mrd. €			Anteile am BIP in %			Mrd. €	Anteile am BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	.	.
1965	- 1,4	- 3,2	1,8	- 0,6	- 1,4	0,8	- 4,8	- 2,0
1970	1,7	- 1,2	2,9	0,5	- 0,3	0,8	- 4,1	- 1,2
1975	- 30,9	- 28,8	- 2,1	- 5,8	- 5,4	- 0,4	- 32,6	- 6,1
1976	- 20,5	- 20,2	- 0,3	- 3,5	- 3,5	- 0,1	- 24,6	- 4,2
1977	- 16,0	- 13,2	- 2,8	- 2,6	- 2,1	- 0,4	- 15,9	- 2,6
1978	- 17,5	- 15,8	- 1,7	- 2,6	- 2,4	- 0,3	- 20,3	- 3,0
1979	- 19,2	- 18,5	- 0,7	- 2,7	- 2,6	- 0,1	- 23,8	- 3,3
1980	- 22,5	- 23,6	1,1	- 2,9	- 3,1	0,1	- 29,2	- 3,8
1981	- 32,0	- 34,2	2,2	- 4,0	- 4,3	0,3	- 38,7	- 4,8
1982	- 29,3	- 32,2	2,8	- 3,5	- 3,9	0,3	- 35,8	- 4,3
1983	- 25,5	- 24,8	- 0,7	- 2,9	- 2,8	- 0,1	- 28,3	- 3,2
1984	- 18,3	- 17,5	- 0,8	- 2,0	- 1,9	- 0,1	- 23,8	- 2,6
1985	- 10,9	- 12,8	1,8	- 1,1	- 1,3	0,2	- 20,1	- 2,1
1986	- 11,6	- 15,7	4,2	- 1,1	- 1,6	0,4	- 21,6	- 2,1
1987	- 19,0	- 21,6	2,7	- 1,8	- 2,1	0,3	- 26,1	- 2,5
1988	- 22,3	- 22,3	0,1	- 2,0	- 2,0	0,0	- 26,5	- 2,4
1989	0,8	- 7,4	8,2	0,1	- 0,6	0,7	- 13,8	- 1,2
1990	- 25,1	- 34,9	9,8	- 2,0	- 2,7	0,8	- 48,3	- 3,8
1991	- 43,8	- 54,7	10,9	- 2,9	- 3,6	0,7	- 62,8	- 4,1
1992	- 40,7	- 39,1	- 1,6	- 2,5	- 2,4	- 0,1	- 59,2	- 3,6
1993	- 50,9	- 53,9	3,0	- 3,0	- 3,2	0,2	- 70,5	- 4,2
1994	- 40,9	- 42,9	2,0	- 2,3	- 2,4	0,1	- 59,5	- 3,3
1995	- 59,1	- 51,4	- 7,7	- 3,2	- 2,8	- 0,4	- 55,9	- 3,0
1996	- 62,5	- 56,1	- 6,4	- 3,3	- 3,0	- 0,3	- 62,3	- 3,3
1997	- 50,6	- 52,1	1,5	- 2,6	- 2,7	0,1	- 48,1	- 2,5
1998	- 42,7	- 45,7	3,0	- 2,2	- 2,3	0,2	- 28,8	- 1,5
1999	- 29,3	- 34,6	5,3	- 1,5	- 1,7	0,3	- 26,9	- 1,4
2000	- 23,7	- 24,3	0,6	- 1,2	- 1,2	0,0	- 34,0	- 1,6
2000 <sup>4</sup>	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0		
2001	- 59,6	- 55,8	- 3,8	- 2,8	- 2,6	- 0,2	- 47,1	- 2,2
2002 <sup>5</sup>	- 79,6	- 72,7	- 6,9	- 3,7	- 3,4	- 0,3	- 57,1	- 2,7
2003 <sup>5</sup>	- 86,6	- 78,6	- 8,0	- 4,0	- 3,6	- 0,4	- 68,5	- 3,2
2004 <sup>5</sup>	- 81,2	- 79,9	- 1,3	- 3,7	- 3,6	- 0,1	- 66,5	- 3,0
2005 <sup>5</sup>	- 74,5	- 71,2	- 3,4	- 3,3	- 3,2	- 0,1	- 54	- 2 1/2

<sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

<sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

<sup>3</sup> Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser.

<sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

<sup>5</sup> Vorläufiges Ergebnis; Stand: Februar 2006.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

## 13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden<sup>1</sup>

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
<b>Deutschland</b>	- 2,9	- 1,1	- 2,0	- 3,3	- 1,2	- 3,8	- 4,1	- 3,7	- 3,9	- 3,7	- 3,3
Belgien	- 9,5	-10,2	- 6,8	- 4,5	0,1	0,0	0,1	0,0	0,0	- 0,3	- 0,5
Dänemark	- 2,3	- 1,4	- 1,3	- 2,0	3,3	1,4	1,2	2,9	3,7	3,0	2,7
Griechenland	-	-	-15,7	-10,2	- 4,1	- 4,9	- 5,7	- 6,6	- 3,7	- 3,8	- 3,8
Spanien	-	-	-	- 6,6	- 1,0	- 0,3	0,0	- 0,1	0,2	0,1	- 0,4
Frankreich	0,0	- 3,0	- 2,1	- 5,5	- 1,4	- 3,2	- 4,1	- 3,7	- 3,2	- 3,5	- 3,5
Irland	-	-10,8	- 2,8	- 2,1	4,4	- 0,6	0,2	1,4	- 0,4	- 0,3	- 0,1
Italien	- 7,1	-12,7	-11,8	- 7,6	- 2,0	- 2,7	- 3,2	- 3,2	- 4,3	- 4,2	- 4,6
Luxemburg	-	-	4,8	2,6	6,1	2,1	0,2	- 1,2	- 2,3	- 2,0	- 2,2
Niederlande	- 3,9	- 3,5	- 5,2	- 4,0	1,4	- 2,0	- 3,2	- 2,1	- 1,8	- 1,9	- 1,5
Österreich	- 1,6	- 2,8	- 2,4	- 5,7	- 1,9	- 0,4	- 1,2	- 1,0	- 1,9	- 1,8	- 1,4
Portugal	- 7,3	- 8,8	- 6,4	- 5,3	- 3,2	- 2,8	- 2,9	- 3,0	- 6,0	- 5,0	- 4,8
Finnland	3,9	3,5	5,5	- 3,9	7,1	4,3	2,5	2,1	1,9	1,9	1,8
Schweden	-	-	-	- 7,0	5,1	- 0,3	0,2	1,6	1,4	0,8	1,1
Vereinigtes Königreich	- 3,2	- 2,9	- 1,6	- 5,8	1,4	- 1,7	- 3,3	- 3,2	- 3,4	- 3,3	- 3,0
Euro-Zone	-	-	-	- 5,0	- 1,0	- 2,5	- 3,0	- 2,7	- 2,9	- 2,8	- 2,8
EU-15	-	-	-	- 5,1	- 0,2	- 2,2	- 2,9	- 2,6	- 2,7	- 2,7	- 2,6
Estland	-	-	-	0,4	- 0,6	1,5	2,6	1,7	1,1	0,6	0,4
Lettland	-	-	6,9	- 2,0	- 2,8	- 2,3	- 1,2	- 0,9	- 1,2	- 1,5	- 1,5
Litauen	-	-	-	- 1,9	- 3,5	- 1,4	- 1,2	- 1,4	- 2,0	- 1,8	- 1,6
Malta	-	-	-	-	- 6,3	- 5,8	-10,4	- 5,1	- 4,2	- 3,0	- 2,5
Polen	-	-	-	- 2,3	- 1,6	- 3,3	- 4,8	- 3,9	- 3,6	- 3,6	- 3,4
Slowakei	-	-	-	- 0,9	-12,3	- 7,8	- 3,8	- 3,1	- 4,1	- 3,0	- 2,5
Slowenien	-	-	-	-	- 3,5	- 2,7	- 2,7	- 2,1	- 1,7	- 1,9	- 1,6
Tschechien	-	-	-	-13,4	- 3,7	- 6,8	-12,5	- 3,0	- 3,2	- 3,7	- 3,3
Ungarn	-	-	-	-	- 3,0	- 8,5	- 6,5	- 5,4	- 6,1	- 6,7	- 6,9
Zypern	-	-	-	-	- 2,4	- 4,5	- 6,3	- 4,1	- 2,8	- 2,8	- 2,4
EU-25	-	-	-	-	-	- 2,4	- 3,0	- 2,6	- 2,7	- 2,7	- 2,7
Japan	- 4,5	- 1,4	2,1	- 4,7	- 7,5	- 7,9	- 7,7	- 7,0	- 6,5	- 6,1	- 5,8
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,3	- 3,2	1,6	- 3,8	- 5,0	- 4,7	- 3,9	- 4,7	- 4,9

- = keine Angaben

<sup>1</sup> Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2005.

Für die Jahre 2002 bis 2007: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2005 (ohne UMTS-Erlöse).

Stand: November 2005.

## 14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
<b>Deutschland</b>	<b>31,2</b>	<b>40,7</b>	<b>42,3</b>	<b>56,6</b>	<b>59,9</b>	<b>61,2</b>	<b>64,8</b>	<b>66,4</b>	<b>68,6</b>	<b>70,0</b>	<b>71,4</b>
Belgien	74,1	115,2	125,7	133,4	109,3	105,8	100,4	96,2	94,9	91,1	88,1
Dänemark	39,1	75,0	62,0	73,3	52,3	47,6	45,0	43,2	36,0	33,0	31,5
Griechenland	25,0	53,6	79,6	108,7	114,0	111,6	108,8	109,3	107,9	106,8	106,0
Spanien	16,4	41,4	42,6	63,9	59,9	53,2	49,4	46,9	44,2	41,9	40,7
Frankreich	20,8	30,3	35,3	55,7	57,2	58,8	63,2	65,1	66,5	67,1	68,0
Irland	69,0	100,5	93,1	81,9	38,4	32,4	31,5	29,8	29,0	28,7	28,2
Italien	58,2	82,3	97,2	124,3	111,4	108,3	106,8	106,5	108,6	108,3	107,9
Luxemburg	11,3	11,7	5,4	6,7	5,5	6,8	6,7	6,6	6,8	7,0	7,3
Niederlande	44,0	67,5	73,7	75,2	54,4	51,3	52,6	53,1	54,0	54,2	53,8
Österreich	35,4	48,1	56,1	68,8	66,7	66,7	65,1	64,3	64,3	64,2	63,6
Portugal	30,6	58,4	55,3	62,0	51,2	56,1	57,7	59,4	65,9	69,8	72,1
Finnland	11,4	16,1	14,1	57,1	44,6	42,3	45,2	45,1	42,8	41,5	40,6
Schweden	40,0	61,9	42,0	73,7	52,8	52,4	52,0	51,1	50,6	49,4	47,8
Vereinigtes Königreich	53,2	52,7	34,0	51,8	41,9	38,2	39,7	41,5	43,1	44,3	45,1
Euro-Zone	33,9	50,8	57,3	73,5	70,1	69,2	70,4	70,8	71,7	71,7	71,8
EU-15	–	–	–	70,7	63,9	62,5	64,0	64,3	65,1	65,2	65,3
Estland	–	–	–	–	4,7	5,8	6,0	5,5	5,1	4,0	3,1
Lettland	–	–	–	–	12,9	14,2	14,6	14,7	12,8	13,0	13,2
Litauen	–	–	–	–	23,6	22,4	21,4	19,6	20,7	20,2	19,6
Malta	–	–	–	–	57,2	63,2	72,8	75,9	77,2	77,4	77,1
Polen	–	–	–	–	36,8	41,2	45,3	43,6	46,3	47,0	47,3
Slowakei	–	–	–	–	49,9	43,7	43,1	42,5	36,7	38,2	38,5
Slowenien	–	–	–	–	27,4	29,8	29,4	29,8	29,3	29,5	29,2
Tschechien	–	–	–	–	18,2	29,8	36,8	36,8	36,2	36,6	36,9
Ungarn	–	–	–	–	55,4	55,5	57,4	57,4	57,2	58,0	59,2
Zypern	–	–	–	–	59,9	65,2	69,8	72,0	70,4	69,1	67,4
EU-25	–	–	–	–	62,7	61,4	63,0	63,4	64,1	64,2	64,3
Japan	55,0	72,1	68,6	87,1	134,0	149,4	154,6	157,6	161,9	165,2	166,9
USA	45,7	59,5	67,2	74,8	58,6	60,7	63,2	63,8	66,6	69,0	–

– = keine Angaben

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1990 und 2002 bis 2007: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2005.

Für die Jahre 1995 und 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2005.

Für USA und Japan (alle Jahre): EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2005.

Stand: November 2005.

## 15 Steuerquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2002	2003	2004
<b>Deutschland<sup>2,3</sup></b>	<b>22,5</b>	<b>24,6</b>	<b>22,3</b>	<b>22,7</b>	<b>22,7</b>	<b>21,1</b>	<b>21,1</b>	<b>20,4</b>
Belgien	24,8	30,2	28,8	30,1	31,5	31,6	31,0	31,5
Dänemark	37,7	43,2	46,7	48,5	48,3	47,5	47,1	48,4
Finnland	29,1	27,8	33,0	31,8	35,9	33,6	32,8	32,4
Frankreich	21,5	23,1	23,6	24,5	28,4	27,3	27,0	27,5
Griechenland	15,7	16,2	20,5	21,9	26,4	24,4	22,8	–
Irland	26,4	26,9	28,5	28,1	27,9	24,4	25,3	25,7
Italien	16,2	18,9	26,1	28,2	30,8	30,0	30,4	29,5
Japan	15,3	18,0	21,4	17,7	17,2	15,9	15,6	15,8
Kanada	27,8	27,7	31,5	30,6	30,8	28,9	28,6	28,0
Luxemburg	19,1	29,1	29,8	31,1	30,2	29,9	29,8	29,3
Niederlande	23,1	27,0	26,9	24,4	25,2	25,3	24,7	24,8
Norwegen	28,9	33,5	30,6	31,5	34,2	33,8	33,5	35,2
Österreich	25,3	26,9	26,6	26,3	28,1	29,1	28,6	28,3
Polen	–	–	–	25,8	23,0	23,3	20,0	–
Portugal	14,7	17,0	21,3	23,5	25,5	25,2	25,3	–
Schweden	32,8	33,6	38,7	35,1	39,1	35,0	35,8	36,2
Schweiz	17,0	19,8	19,9	20,3	23,1	22,4	22,0	22,2
Slowakei	–	–	–	–	20,6	19,5	18,7	18,4
Spanien	9,9	11,5	20,8	20,3	22,6	22,6	22,5	22,9
Tschechien	–	–	–	22,0	20,1	20,7	21,3	21,3
Ungarn	–	–	–	27,3	27,6	27,1	26,8	26,3
USA	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	19,4	18,8	18,7
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,3	28,9	31,1	29,6	29,0	29,4

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

<sup>2</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

<sup>3</sup> 1970–1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 – 2004, Paris 2005.

Stand: Oktober 2005.

## 16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2002	2003	2004
<b>Deutschland<sup>2,3</sup></b>	<b>32,3</b>	<b>37,5</b>	<b>35,7</b>	<b>37,2</b>	<b>37,2</b>	<b>35,4</b>	<b>35,5</b>	<b>34,6</b>
Belgien	34,8	42,4	43,2	44,8	45,7	46,2	45,4	45,6
Dänemark	39,2	43,9	47,7	49,5	50,1	48,7	48,3	49,6
Finnland	32,0	36,2	44,3	46,0	48,0	45,8	44,8	44,3
Frankreich	33,7	40,2	42,2	42,9	44,4	43,4	43,4	43,7
Griechenland	22,4	24,2	29,3	32,4	38,2	37,1	35,7	–
Irland	28,8	31,4	33,5	32,8	32,2	28,7	29,7	30,2
Italien	26,1	30,4	38,9	41,2	43,2	42,5	43,1	42,2
Japan	19,6	25,4	29,1	26,7	26,5	25,8	25,3	–
Kanada	30,8	30,9	35,9	35,6	35,6	34,0	33,8	33,0
Luxemburg	26,8	40,8	40,8	42,3	40,6	41,3	41,3	40,6
Niederlande	35,6	43,6	42,9	41,9	41,2	39,2	38,8	39,3
Norwegen	34,4	42,5	41,5	41,1	43,2	43,8	43,4	44,9
Österreich	33,9	39,0	39,6	41,1	42,6	43,6	43,1	42,9
Polen	–	–	–	37,0	32,5	34,7	34,2	–
Portugal	19,4	24,1	29,2	33,6	36,4	36,5	37,1	–
Schweden	38,5	47,3	53,2	48,5	53,9	50,1	50,6	50,7
Schweiz	22,2	28,5	26,0	27,8	30,5	30,1	29,5	29,4
Slowakei	–	–	–	–	34,3	33,0	31,1	30,8
Spanien	15,8	22,4	32,1	31,8	34,8	34,8	34,9	35,1
Tschechien	–	–	–	37,5	36,0	37,0	37,7	37,6
Ungarn	–	–	–	42,4	39,0	38,8	38,5	37,7
USA	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	26,3	25,6	25,4
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	36,5	35,1	37,5	35,6	35,6	36,1

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

<sup>2</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

<sup>3</sup> 1970–1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965–2004, Paris 2005.

Stand: Oktober 2005.



## 17 Staatsquote im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP						
	1990	2000	2003	2004	2005	2006	2007
<b>Deutschland<sup>1</sup></b>	<b>44,5</b>	<b>45,1</b>	<b>48,3</b>	<b>47,0</b>	<b>46,8</b>	<b>45,7</b>	<b>45,0</b>
Belgien	51,9	48,6	50,1	48,7	49,1	49,0	48,9
Dänemark	55,9	53,9	55,2	55,1	54,0	53,0	52,1
Finnland	48,3	48,8	50,7	50,8	50,9	50,6	50,6
Frankreich	49,3	51,6	53,6	53,5	53,9	53,6	53,0
Griechenland	50,2	52,1	49,9	49,8	47,7	47,1	46,9
Irland	42,9	31,5	33,5	33,7	35,8	35,2	35,2
Italien	54,4	46,9	49,3	48,7	49,2	48,5	49,0
Japan	31,8	38,3	37,6	37,5	37,4	37,6	37,8
Kanada	48,8	41,1	40,9	39,9	39,5	39,6	40,0
Luxemburg	43,3	38,6	45,0	45,2	46,1	45,4	44,7
Niederlande	52,5	43,4	47,1	46,6	47,7	48,1	46,6
Norwegen	54,0	42,7	48,9	46,7	46,1	46,3	46,5
Österreich	51,5	51,4	50,6	49,9	49,5	48,6	48,2
Polen	–	44,9	45,8	44,7	42,8	43,0	42,4
Portugal	40,6	43,7	46,2	46,5	47,6	47,5	47,1
Schweden	61,9	57,4	58,7	57,3	57,2	57,1	56,3
Schweiz	30,0	33,9	36,7	36,7	36,9	36,5	36,1
Slowakei	–	50,9	39,7	40,6	40,2	39,9	39,0
Spanien	42,5	38,9	38,3	38,8	38,5	38,6	38,7
Tschechien	–	42,1	53,5	44,6	44,2	43,0	42,4
Ungarn	–	47,9	49,8	49,7	50,3	48,9	48,8
USA	37,1	34,2	36,7	36,4	36,6	36,9	36,6
Vereinigtes Königreich	42,2	37,5	43,3	43,9	44,9	45,4	45,7

<sup>1</sup> 1970–1990 nur alte Bundesländer.  
Quelle: OECD-Outlook.  
Stand: Dezember 2005.

## 18 Entwicklung der EU-Haushalte von 2001 bis 2006

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
<b>Ausgabenseite</b>						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	79,99	85,14	90,56	100,14	105,68	111,97
davon:						
Agrarpolitik	41,53	43,52	44,38	43,58	48,46	50,99
Strukturpolitik	22,46	23,50	28,53	34,20	32,40	35,64
Interne Politiken	5,30	6,57	5,67	7,26	8,02	8,89
Externe Politiken	4,23	4,42	4,29	4,61	5,48	5,37
Verwaltungsausgaben	4,86	5,21	5,30	5,86	6,29	6,66
Reserven	0,21	0,17	0,15	0,18	0,44	0,46
Heranführungsstrategien	1,40	1,75	2,24	3,05	3,29	2,89
Ausgleichszahlungen				1,41	1,30	1,07
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	- 4,1	6,4	6,4	10,6	5,5	6,0
davon:						
Agrarpolitik	2,5	4,8	2,0	- 1,8	11,2	5,2
Strukturpolitik	- 18,6	4,6	21,4	19,9	- 5,3	10,0
Interne Politiken	- 1,3	24,0	- 13,7	28,0	10,5	10,8
Externe Politiken	10,2	4,5	9,5	7,5	18,9	- 2,0
Verwaltungsausgaben	2,5	7,2	1,7	10,6	7,3	5,9
Reserven	10,5	- 19,0	- 11,8	20,0	144,4	4,5
Heranführungsstrategie	16,7	25,0	54,9	36,2	7,9	- 12,2
Ausgleichszahlungen					- 7,8	- 17,7
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	51,9	51,1	49,0	43,5	45,9	45,5
Strukturpolitik	28,1	27,6	31,5	34,2	30,7	31,8
Interne Politiken	6,6	7,7	6,3	7,2	7,6	7,9
Externe Politiken	5,3	5,2	4,7	4,6	5,2	4,8
Verwaltungsausgaben	6,1	6,1	5,9	5,9	6,0	5,9
Reserven	0,3	0,2	0,2	0,2	0,4	0,4
Heranführungsstrategie	1,8	2,1	2,5	3,0	3,1	2,6
Ausgleichszahlungen				1,4	1,2	1,0
<b>Einnahmenseite</b>						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	94,28	94,08	93,47	103,51	105,68	111,97
davon:						
Zölle	12,83	9,50	9,46	10,59	12,03	12,91
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,82	1,49	1,39	1,71	1,91	1,32
MwSt-Eigenmittel	30,69	22,69	21,82	13,53	15,56	15,88
BSP/BNE-Eigenmittel	34,46	45,85	50,62	69,21	68,88	80,56
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	1,7	- 0,2	- 0,6	10,7	2,1	6,0
davon:						
Zölle	- 2,1	- 26,0	- 0,4	11,9	13,6	7,3
Agrarzölle und Zuckerabgaben	- 15,7	- 18,1	- 6,7	23,0	11,7	- 30,9
MwSt-Eigenmittel	- 12,8	- 26,1	- 3,8	- 38,0	15,0	2,1
BSP/BNE-Eigenmittel	- 8,3	33,1	10,4	36,7	- 0,5	17,0
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	13,6	10,1	10,1	10,2	11,4	11,5
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,9	1,6	1,5	1,7	1,8	1,2
MwSt-Eigenmittel	32,6	24,1	23,3	13,1	14,7	14,2
BSP/BNE-Eigenmittel	36,6	48,7	54,2	66,9	65,2	71,9

## Bemerkungen:

1996 bis 2004: Ist-Angaben gem. EU-Haushaltsrechnung und ERH-Jahresbericht.

2005: EU-Haushalt einschl. Nachtrags- und Berichtigungshaushalte Nr. 1-8.

2006: Endgültige Feststellung vom 15. Dezember 2005.

Stand: Februar 2006.

# Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

## 1 Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Januar 2006; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Januar 2005			Dezember 2005			Januar 2006		
		Bund	Länder	Ins- gesamt	Bund	Länder <sup>5</sup>	Ins- gesamt <sup>5</sup>	Bund	Länder <sup>6</sup>	Ins- gesamt <sup>6</sup>
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>8 451</b>	<b>19 120</b>	<b>26 483</b>	<b>228 409</b>	<b>235 387</b>	<b>446 729</b>	<b>12 892</b>	<b>18 008</b>	<b>29 834</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	7 237	13 011	20 248	190 150	163 945	354 094	11 410	13 991	25 401
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	–	–	–	–	–	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	25 014 <sup>3</sup>	11 795	36 809	230 545 <sup>3</sup>	80 843	311 388	25 866 <sup>3</sup>	7 495	33 361
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>36 772</b>	<b>25 117</b>	<b>60 800</b>	<b>259 849</b>	<b>259 376</b>	<b>502 157</b>	<b>38 064</b>	<b>26 343</b>	<b>63 341</b>
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	2 822	10 805	13 628	26 372	96 334	122 705	2 841	10 591	13 433
122	Bausgaben	150	126	276	5 779	4 240	10 019	200	119	319
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–7	–7	–	–181	–181	–	–68	–68
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	13 888	5 858	19 746	199 482	59 425	258 908	16 395	7 310	23 704
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>–28 321</b>	<b>–5 996</b>	<b>–34 317</b>	<b>–31 440</b>	<b>–23 989</b>	<b>–55 429</b>	<b>–25 172</b>	<b>–8 335</b>	<b>–33 507</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	259	259	–	–	–	–	420	420
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	40	40	–	–	–	–	51	51
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	219	219	–	–	–	–	369	369
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshaupthauptkasse/ Landeshauptkassen <sup>2</sup>	11 155	4 582	15 737	31 440	21 100	52 540	9 490	–1 160	8 330
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–3 136	–3 136	–	–	–	–	–926	–926
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–1 173	–1 173	–	–1 161	–1 161	–	–1 161	–1 161
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	10 345	7 527	17 872	0	7 270	7 270	11 853	8 273	20 126
32	Vorschüsse	–	10 053	10 053	–	7 917	7 917	–	6 107	6 107
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	–	3 606	3 606	–	5 432	5 432	–	4 673	4 673
34	Saldo (31–32+33)	10 345	1 080	11 425	0	4 785	4 785	11 853	6 839	18 692
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	–6 820	–4 425	–11 245	0	735	735	–3 828	–4 374	–8 202
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	6 820	3 672	10 493	–	3 186	3 186	3 828	5 090	8 919
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	515	515	–	–	–	–	300	300
56	Zusammen	6 820	4 188	11 008	–	3 186	3 186	3 828	5 390	9 219
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	–237	–237	0	3 921	3 921	0	1 016	1 016
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit <sup>4</sup>	–	628	628	–	664	664	–	371	371
72	Nicht zum Bestand der Bundeshaupthauptkasse/Landeshauptkassen gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	1 058	1 058	–	2 006	2 006	–	1 672	1 672

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. <sup>3</sup> Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung. <sup>4</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. <sup>5</sup> Wegen Länderkorrekturmeldungen veränderte Werte ggü. BMF-Veröffentlichung Dezember 2005. <sup>6</sup> Aufgrund technischer Probleme konnte das Saarland keine Zahlen für Januar melden. Stand: April 2006.

## 2 Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Februar 2006; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Februar 2005			Januar 2006			Februar 2006		
		Bund	Länder	Ins- gesamt	Bund	Länder <sup>5</sup>	Ins- gesamt <sup>5</sup>	Bund	Länder <sup>5</sup>	Ins- gesamt <sup>5</sup>
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>25 158</b>	<b>35 438</b>	<b>58 380</b>	<b>12 892</b>	<b>18 008</b>	<b>29 834</b>	<b>29 343</b>	<b>34 797</b>	<b>61 871</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	23 153	26 218	49 371	11 410	13 991	25 401	24 969	27 777	52 746
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	–	–	–	–	–	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	40 782 <sup>3</sup>	17 346	58 128	25 866 <sup>3</sup>	7 495	33 361	45 258 <sup>3</sup>	15 725	60 983
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>56 165</b>	<b>43 805</b>	<b>97 754</b>	<b>38 064</b>	<b>26 343</b>	<b>63 341</b>	<b>57 148</b>	<b>44 904</b>	<b>99 783</b>
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	4 929	18 541	23 470	2 841	10 591	13 433	4 951	18 135	23 086
122	Bausausgaben	304	328	631	200	119	319	371	272	643
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–80	–80	–	–68	–68	–	–154	–154
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	26 962	11 235	38 197	16 395	7 310	23 704	43 938	13 529	57 467
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>– 31 007</b>	<b>– 8 367</b>	<b>– 39 374</b>	<b>– 25 172</b>	<b>– 8 335</b>	<b>– 33 507</b>	<b>– 27 806</b>	<b>– 10 107</b>	<b>– 37 913</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	338	338	–	420	420	–	324	324
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	77	77	–	51	51	–	52	52
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	261	261	–	369	369	–	272	272
17	Abgrenzungsposten zur Abschluss- nachweisung der Bundeshauptkasse/ Landeshauptkassen <sup>2</sup>	10 158	3 621	13 780	9 490	–1 160	8 330	1 376	2 476	3 851
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	– 3 114	– 3 114	–	– 926	– 926	–	– 17	– 17
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	– 1 173	– 1 173	–	– 1 161	– 1 161	–	– 942	– 942
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	9 138	8 243	17 381	11 853	8 273	20 126	7 422	8 037	15 459
32	Vorschüsse	0	10 085	10 085	–	6 107	6 107	–	11 891	11 891
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	0	3 801	3 801	–	4 673	4 673	–	4 832	4 832
34	Saldo (31–32+33)	9 138	1 959	11 097	11 853	6 839	18 692	7 422	978	8 401
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 11 710	– 6 814	– 18 524	– 3 828	– 4 374	– 8 202	– 19 008	– 7 340	– 26 347
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	11 710	3 454	15 165	3 828	5 090	8 919	19 008	3 703	22 710
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	411	411	–	300	300	–	50	50
56	Zusammen	11 710	3 865	15 575	3 828	5 390	9 219	19 008	3 753	22 760
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	– 2 949	– 2 949	0	1 016	1 016	0	– 3 587	– 3 587
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit <sup>4</sup>	–	648	648	–	371	371	–	530	530
72	Nicht zum Bestand der Bundeshaupt- kasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	1 145	1 145	–	1 672	1 672	–	1 797	1 797

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. <sup>3</sup> Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung. <sup>4</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. <sup>5</sup> Aufgrund technischer Probleme konnte das Saarland keine Zahlen für Januar und Februar melden. Stand: April 2006.

### 3 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Januar 2006; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland <sup>8</sup>
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>2 254,5</b>	<b>2 835,5</b>	<b>560,2</b>	<b>1 325,5</b>	<b>382,5</b>	<b>1 829,6</b>	<b>3 583,9</b>	<b>813,6</b>	<b>0,0</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	1 868,0	2 368,2	463,5	1 144,8	233,3	1 116,5	3 073,3 <sup>6</sup>	606,9	0,0
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	–	–	34,6	24,4	–	23,3	0,0
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	1 419,5	1 120,0	265,0	–	–	–	1 468,4	1 091,0	0,0
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>3 165,8</b>	<b>3 386,4</b>	<b>797,4</b>	<b>1 842,8</b>	<b>764,7</b>	<b>1 909,7</b>	<b>6 033,6</b>	<b>1 504,3</b>	<b>0,0</b>
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	1 844,5	2 089,8	291,3	574,9	124,3	695,7 <sup>3</sup>	1 625,0 <sup>3</sup>	679,4	0,0
122	Bausubstanz	8,7	22,0	2,8	8,2	4,4	3,3	10,8	2,1	0,0
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	186,7	140,0	–	102,3	–	–	–	–	0,0
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	677,5	132,9	243,2	853,3	204,5	380,6	1 485,2	1 786,6	0,0
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>– 911,3</b>	<b>– 550,9</b>	<b>– 237,2</b>	<b>– 517,3</b>	<b>– 382,2</b>	<b>– 80,1</b>	<b>– 2 449,6</b>	<b>– 690,7</b>	<b>0,0</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	154,4	–	–	–	–	0,9	–	0,0
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	– 24,9	–	–	–	–	0,1	–	0,0
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	179,3	–	–	–	–	0,8	–	0,0
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse <sup>2</sup>	750,1	1 030,9	57,2	– 853,8	– 204,5	– 383,9	– 1 485,9	– 715,8	0,0
<b>2</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)</b>	<b>0,2</b>	<b>857,1</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>– 886,4</b>	<b>–</b>	<b>0,0</b>
<b>21</b>	<b>der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)</b>	<b>–</b>	<b>– 762,1</b>	<b>–</b>	<b>0,1</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>0,0</b>
<b>3</b>	<b>Verwahrungen, Vorschüsse usw.</b>									
31	Verwahrungen	1 134,7	1 011,5	– 50,9	685,0	126,6	307,8	3 012,2	720,8	0,0
32	Vorschüsse	1 260,6	4 016,7	170,0	89,6	0,8	– 35,7	24,9	5,7	0,0
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	117,7	2 250,8	0,0	177,6	139,0	557,0	657,9	2,0	0,0
34	Saldo (31–32+33)	– 8,2	– 754,4	– 220,9	773,0	264,8	900,5	3 645,2	717,2	0,0
<b>4</b>	<b>Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)</b>	<b>– 169,2</b>	<b>0,0</b>	<b>– 400,9</b>	<b>– 597,9</b>	<b>– 321,9</b>	<b>436,5</b>	<b>– 1 175,8</b>	<b>– 689,3</b>	<b>0,0</b>
<b>5</b>	<b>Schwebende Schulden</b>									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	310,0	642,0	214,5	193,0	1 185,0	690,0	0,0
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	0,0
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	0,0
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	0,0
55	Sonstige	–	–	–	50,0	–	250,0	–	–	0,0
56	Zusammen	–	–	310,0	692,0	214,5	443,0	1 185,0	690,0	0,0
<b>6</b>	<b>Kassenbestand insgesamt (4+56)<sup>4</sup></b>	<b>– 169,2</b>	<b>0,0</b>	<b>– 90,9</b>	<b>94,1</b>	<b>– 107,4</b>	<b>879,5</b>	<b>9,2</b>	<b>0,7</b>	<b>0,0</b>
<b>7</b>	<b>Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)</b>									
71	Innerer Kassenkredit <sup>7</sup>	–	–	–	–	–	323,5	–	–	0,0
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	557,0	657,1	–	0,0

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. <sup>3</sup> Ohne Februar-Bezüge. <sup>4</sup> Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. <sup>5</sup> SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. <sup>6</sup> NW – Darin enthalten 47,91 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. <sup>7</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. <sup>8</sup> Aufgrund technischer Probleme konnte das Saarland keine Zahlen für Januar melden.  
Stand: April 2006.

### 3 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Januar 2006; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen <sup>8</sup>
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>								
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>1 218,7</b>	<b>593,7</b>	<b>649,8</b>	<b>599,6</b>	<b>1 262,1</b>	<b>193,6</b>	<b>401,9</b>	<b>18 007,8</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	681,7	430,9	557,8	439,9	757,1	120,5	128,1	13 990,5
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	79,5	46,5	–	45,4	243,2	–	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	83,9	511,0	855,3	55,0	500,0	197,3	–71,2	7 495,2
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>	<b>1 292,9</b>	<b>874,7</b>	<b>799,4</b>	<b>1 044,7</b>	<b>1 978,9</b>	<b>414,5</b>	<b>1 030,2</b>	<b>26 343,1</b>
	für das laufende Haushaltsjahr								
121	darunter: Personalausgaben								
	(inklusive Versorgung)	488,2	180,7	383,6	202,7	853,6	117,4	440,3	10 591,4
122	Bausubstanz	13,2	1,3	4,9	5,2	4,9	7,9	19,4	119,1
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	–	–	–	–	–	–67,9
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	153,4	567,8	235,2	45,0	383,5	160,8	–	7 309,5
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>– 74,2</b>	<b>– 281,0</b>	<b>– 149,6</b>	<b>– 445,1</b>	<b>– 716,8</b>	<b>– 220,9</b>	<b>– 628,3</b>	<b>– 8 335,2</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	94,8	–	–	–	–	169,5	–	419,6
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	0,7	–	–	–	–	75,0	–	50,9
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	94,1	–	–	–	–	94,5	–	368,7
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse <sup>2</sup>	8,7	–56,8	619,5	–14,4	120,1	36,0	–67,2	–1 159,8
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–94,1	–	–	–20,2	–	–527,5	–255,3	–926,2
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–	–	–399,2	–	–	–	–1 161,2
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	509,3	338,3	–	–61,1	222,9	146,3	169,7	8 273,1
32	Vorschüsse	772,4	162,9	–	23,2	–	–29,5	–354,4	6 107,2
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	215,1	–2,4	–	3,0	230,8	254,4	70,3	4 673,2
34	Saldo (31–32+33)	–48,0	173,1	– <sup>5</sup>	–81,3	453,7	430,1	594,4	6 839,2
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	–113,5	–164,7	469,9	–960,2	–143,0	–187,6	–356,4	–4 374,0
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	133,0	–	962,2	160,0	221,6	379,0	5 090,3
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	300,0
56	Zusammen	–	133,0	–	962,2	160,0	221,6	379,0	5 390,3
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) <sup>4</sup>	–113,5	–31,7	469,9	2,0	17,0	33,9	22,6	1 016,2
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit <sup>7</sup>	–	–	–	–	–	–	47,7	371,2
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	0,8	230,8	156,2	70,3	1 672,2

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. <sup>3</sup> Ohne Februar-Bezüge. <sup>4</sup> Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. <sup>5</sup> SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. <sup>6</sup> NW – Darin enthalten 47,91 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. <sup>7</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. <sup>8</sup> Aufgrund technischer Probleme konnte das Saarland keine Zahlen für Januar melden.  
Stand: April 2006.

## 4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Februar 2006; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland <sup>8</sup>
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>4 173,8</b>	<b>5 184,4</b>	<b>1 228,8</b>	<b>2 726,1</b>	<b>832,8</b>	<b>3 229,7</b>	<b>6 610,0</b>	<b>1 680,3</b>	<b>0,0</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	3 456,1	4 219,4	1 000,8	2 334,7	558,2	2 462,1	5 583,9 <sup>6</sup>	1 263,4	0,0
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	–	–	34,6	56,0	–	48,6	0,0
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	1 751,5	1 898,0	– 106,1	0,0	250,0	1 500,0	2 747,7	1 677,7	0,0
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>5 268,6</b>	<b>5 855,6</b>	<b>1 651,9</b>	<b>3 274,7</b>	<b>1 228,0</b>	<b>3 433,5</b>	<b>9 293,9</b>	<b>2 556,0</b>	<b>0,0</b>
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	2 906,0	3 292,0	451,8	1 138,1	249,6	1 389,4 <sup>3</sup>	3 098,3 <sup>3</sup>	1 064,7	0,0
122	Bausubstanz	32,5	59,2	9,6	16,7	14,0	5,3	11,1	5,0	0,0
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	384,1	280,0	–	255,2	–	–	–	–	0,0
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	985,4	266,7	329,7	955,8	264,8	989,4	3 147,9	2 044,5	0,0
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>– 1 094,8</b>	<b>– 671,2</b>	<b>– 423,1</b>	<b>– 548,6</b>	<b>– 395,2</b>	<b>– 203,8</b>	<b>– 2 683,9</b>	<b>– 875,7</b>	<b>0,0</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	154,4	–	–	–	–	–	–	0,0
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–24,9	–	–	–	–	–	–	0,0
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	179,3	–	–	–	–	–	–	0,0
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse <sup>2</sup>	774,7	1 674,7	–261,2	–957,1	–10,7	507,3	–401,2	–402,4	0,0
<b>2</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)</b>	<b>0,2</b>	<b>857,1</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>0,0</b>
<b>22</b>	<b>der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)</b>	<b>–</b>	<b>– 762,1</b>	<b>–</b>	<b>0,1</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>0,0</b>
<b>3</b>	<b>Verwahrungen, Vorschüsse usw.</b>									
31	Verwahrungen	1 318,1	1 315,3	548,2	1 039,0	128,2	63,2	1 793,6	908,6	0,0
32	Vorschüsse	1 336,0	4 868,9	21,1	65,3	0,8	608,9	– 10,7	28,7	0,0
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	121,2	2 275,7	–	177,6	138,6	707,3	637,2	1,9	0,0
34	Saldo (31–32+33)	103,3	– 1 277,9	527,1	1 151,3	266,0	161,6	2 441,5	881,8	0,0
<b>4</b>	<b>Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)</b>	<b>– 216,6</b>	<b>0,0</b>	<b>– 157,2</b>	<b>– 354,3</b>	<b>– 139,9</b>	<b>465,1</b>	<b>– 643,7</b>	<b>– 396,3</b>	<b>0,0</b>
<b>5</b>	<b>Schwebende Schulden</b>									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	299,5	477,0	109,0	–	718,0	570,0	0,0
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	0,0
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	0,0
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	0,0
55	Sonstige	–	–	–	50,0	–	–	–	–	0,0
56	Zusammen	0,0	0,0	299,5	527,0	109,0	–	718,0	570,0	0,0
<b>6</b>	<b>Kassenbestand insgesamt (4+56)<sup>4</sup></b>	<b>– 216,6</b>	<b>0,0</b>	<b>142,3</b>	<b>172,7</b>	<b>– 30,9</b>	<b>465,1</b>	<b>74,3</b>	<b>173,7</b>	<b>0,0</b>
<b>7</b>	<b>Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)</b>									
71	Innerer Kassenkredit <sup>7</sup>	–	–	–	–	–	473,8	–	–	0,0
72	Nicht zum Bestand der Bundeshaupt- kasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	707,3	636,2	–	0,0

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. <sup>3</sup> Ohne März-Bezüge. <sup>4</sup> Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. <sup>5</sup> SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. <sup>6</sup> NW – Darin enthalten 47,91 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. <sup>7</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. <sup>8</sup> Aufgrund technischer Probleme konnte das Saarland keine Zahlen für Januar und Februar melden.  
Stand: April 2006.

## 4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Februar 2006; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen <sup>8</sup>
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b> für das laufende Haushaltsjahr	<b>2 379,5</b>	<b>1 262,4</b>	<b>1 091,5</b>	<b>994,5</b>	<b>2 573,3</b>	<b>538,6</b>	<b>1 364,5</b>	<b>34 797,4</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	1 483,3	936,6	882,5	668,9	1 578,4	369,5	979,3	27 777,1
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	159,0	93,1	–	90,8	509,8	80,9	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	253,9	2 007,7	1 105,3	405,0	1 264,0	510,3	460,2	15 725,2
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b> für das laufende Haushaltsjahr	<b>2 441,4</b>	<b>1 562,6</b>	<b>1 498,1</b>	<b>1 724,2</b>	<b>3 708,0</b>	<b>713,6</b>	<b>1 767,1</b>	<b>44 904,4</b>
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	812,1	363,8	685,4	403,7	1 361,8	218,3	699,7	18 134,7
122	Bausubstanz	38,5	4,1	9,2	10,9	11,3	9,5	35,4	272,3
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	–	–	–	–	–	– 153,5
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	255,6	1 481,7	901,7	96,1	1 205,5	261,3	342,7	13 528,8
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>– 61,9</b>	<b>– 300,2</b>	<b>– 406,6</b>	<b>– 729,7</b>	<b>– 1 134,7</b>	<b>– 175,0</b>	<b>– 402,6</b>	<b>– 10 107,0</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	169,4	–	323,8
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	76,4	–	51,5
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	93,0	–	272,3
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse <sup>2</sup>	76,6	525,7	202,9	310,4	65,5	248,3	122,2	2 475,7
<b>2</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>– 91,5</b>	<b>–</b>	<b>– 527,5</b>	<b>– 255,3</b>	<b>– 17,0</b>
<b>22</b>	<b>der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>– 180,1</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>– 942,1</b>
<b>3</b>	<b>Verwahrungen, Vorschüsse usw.</b>								
31	Verwahrungen	563,4	155,6	–	– 199,0	339,7	142,3	– 79,2	8 037,0
32	Vorschüsse	888,4	490,5	–	22,8	–	– 32,4	3 602,4	11 890,7
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	216,1	18,7	–	3,0	254,3	223,9	56,4	4 831,9
34	Saldo (31–32+33)	– 108,9	– 316,2	– <sup>5</sup>	– 218,8	594,0	398,6	– 3 625,2	978,2
<b>4</b>	<b>Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)</b>	<b>– 94,2</b>	<b>– 90,7</b>	<b>– 203,7</b>	<b>– 909,7</b>	<b>– 475,2</b>	<b>37,5</b>	<b>– 4 160,9</b>	<b>– 7 339,8</b>
<b>5</b>	<b>Schwebende Schulden</b>								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	14,0	–	909,0	489,0	4,1	113,0	3 702,6
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	50,0
56	Zusammen	0,0	14,0	0,0	909,0	489,0	4,1	113,0	3 752,6
<b>6</b>	<b>Kassenbestand insgesamt (4+56)<sup>4</sup></b>	<b>– 94,2</b>	<b>– 76,7</b>	<b>– 203,7</b>	<b>– 0,7</b>	<b>13,8</b>	<b>41,5</b>	<b>– 4 047,9</b>	<b>– 3 587,3</b>
<b>7</b>	<b>Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)</b>								
71	Innerer Kassenkredit <sup>7</sup>	–	–	–	–	–	–	56,4	530,2
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	0,8	254,3	142,4	56,4	1 797,4

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung.

<sup>3</sup> Ohne März-Bezüge. <sup>4</sup> Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. <sup>5</sup> SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. <sup>6</sup> NW – Darin enthalten 47,91 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. <sup>7</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. <sup>8</sup> Aufgrund technischer Probleme konnte das Saarland keine Zahlen für Januar und Februar melden.

Stand: April 2006.



# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

## 1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland <sup>1</sup>		Erwerbs- quote <sup>2</sup>	Erwerbs- lose	Erwerbs- losen- quote <sup>3</sup>	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote <sup>4</sup>
	Mio.	Verän- derung in % p. a.				gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	
						Veränderung in % p. a.			
1991	38,6	.	50,8	2,0	4,9	.	.	.	23,2
1992	38,1	– 1,5	50,1	2,3	5,7	2,2	3,7	2,6	23,6
1993	37,6	– 1,3	49,7	2,8	6,9	– 0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	– 0,1	49,7	3,0	7,4	2,7	2,8	3,0	22,6
1995	37,6	0,2	49,5	2,9	7,1	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	– 0,3	49,5	3,1	7,7	1,0	1,3	2,4	21,3
1997	37,5	– 0,1	49,8	3,5	8,6	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,2	3,3	8,1	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,5	3,1	7,5	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,0	2,9	6,9	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,1	2,9	6,9	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	– 0,6	51,2	3,2	7,6	0,1	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	– 1,0	51,3	3,7	8,7	– 0,2	0,8	1,2	17,8
2004	38,9	0,4	51,8	3,9	9,2	1,6	1,3	0,9	17,4
2005	38,8	– 0,2	51,6	3,9	9,1	0,9	1,1	1,5	17,1
2000/1995	38,0	0,8	50,1	3,1	7,6	2,0	1,2	2,0	21,3
2005/2000	39,0	– 0,2	51,3	3,4	8,1	0,7	0,9	1,4	18,7

<sup>1</sup> Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95. <sup>2</sup> Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

<sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95. <sup>4</sup> Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

## 2 Preisentwicklung

Jahr	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlands- nachfrage (Deflator)	Konsum der privaten Haus- halte (Deflator) <sup>1</sup>	Verbraucher- preisindex (2000=100)	Lohnstück- kosten <sup>2</sup>
	Veränderung in % p. a.						
1991	.	.	.	.	.	.	.
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,4
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,5
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	1,9
1996	1,5	0,5	– 0,7	0,7	1,0	1,5	– 0,0
1997	2,1	0,3	– 2,2	0,9	1,4	1,9	– 1,1
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,4
2000	2,5	– 0,7	– 4,8	0,9	0,9	1,4	0,6
2001	2,5	1,2	– 0,1	1,3	1,7	2,0	0,8
2002	1,5	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,8
2003	0,9	1,0	1,0	0,8	1,5	1,1	0,7
2004	2,4	0,8	– 0,2	0,9	1,4	1,6	– 0,9
2005	1,3	0,5	– 1,5	1,0	1,4	2,0	– 0,9
2000/1995	2,2	0,2	– 1,1	0,5	0,8	1,3	0,0
2005/2000	1,7	1,0	0,2	1,0	1,4	1,6	0,1

<sup>1</sup> Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck. <sup>2</sup> Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigen (Inlands-konzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

### 3 Außenwirtschaft<sup>1</sup>

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €	Mrd. €	Anteile am BIP in %			
1991	.	.	- 6,09	- 23,08	25,8	26,2	- 0,4	- 1,5
1992	0,2	0,6	- 7,48	- 18,62	24,1	24,5	- 0,5	- 1,1
1993	- 4,8	- 6,4	- 0,46	- 17,82	22,3	22,3	- 0,0	- 1,1
1994	8,9	8,1	2,59	- 28,44	23,1	22,9	0,1	- 1,6
1995	7,7	6,2	8,67	- 23,96	24,0	23,5	0,5	- 1,3
1996	5,5	3,7	16,87	- 12,26	24,9	24,0	0,9	- 0,7
1997	12,7	11,6	23,91	- 8,61	27,5	26,2	1,2	- 0,4
1998	7,0	6,8	26,82	- 13,43	28,7	27,3	1,4	- 0,7
1999	5,0	7,0	17,44	- 23,96	29,4	28,5	0,9	- 1,2
2000	16,4	18,7	7,25	- 26,70	33,4	33,0	0,4	- 1,3
2001	6,9	1,8	42,51	- 0,90	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	- 3,6	97,12	47,69	35,7	31,2	4,5	2,2
2003	0,9	2,5	87,56	45,66	35,7	31,7	4,0	2,1
2004	9,1	7,0	109,46	82,36	38,0	33,1	4,9	3,7
2005	7,0	7,7	112,07	88,44	40,2	35,2	5,0	3,9
2000/1995	9,2	9,4	16,8	- 18,2	28,0	27,1	0,9	- 0,9
2005/2000	5,5	3,0	76,0	39,4	36,3	32,8	3,5	1,8

<sup>1</sup> In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

### 4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks-einkommen	Unternehmens- und Vermögens-einkommen	Arbeitnehmer-entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reale Nettolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer) <sup>3</sup>
	Veränderung in % p. a.			unbereinigt <sup>1</sup>	bereinigt <sup>2</sup>	Veränderung in % p. a.	
1991	.	.	.	71,0	71,0	.	.
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	- 1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	- 2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	- 0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	- 1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	- 2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	- 1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	- 0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,3	2,8	0,7	71,4	72,3	1,4	- 0,2
2003	1,2	3,6	0,2	70,7	71,8	1,2	- 0,9
2004	3,6	11,7	0,3	68,4	69,8	0,5	0,8
2005	1,5	6,0	-0,5	67,0	68,7	0,4	- 0,8
2000/1995	1,8	1,2	2,0	71,1	71,8	1,1	- 0,1
2005/2000	2,0	5,5	0,5	70,2	71,4	1,0	0,1

<sup>1</sup> Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens. <sup>2</sup> Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991). <sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck).  
Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

## 5 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %									
	1985	1990	1995	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
<b>Deutschland</b>	<b>2,2</b>	<b>5,7</b>	<b>1,9</b>	<b>3,2</b>	<b>0,1</b>	<b>- 0,2</b>	<b>1,6</b>	<b>0,8</b>	<b>1,2</b>	<b>1,6</b>
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,9	1,5	0,9	2,6	1,4	2,1	2,0
Dänemark	3,6	1,0	3,1	3,5	0,5	0,6	2,1	2,7	2,3	2,1
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	3,8	4,6	4,7	3,5	3,4	3,4
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,1	2,7	3,0	3,1	3,4	3,2	3,0
Frankreich	1,9	2,7	2,4	4,1	1,2	0,8	2,3	1,5	1,8	2,3
Irland	3,1	7,6	9,8	9,2	6,1	4,4	4,5	4,4	4,8	5,0
Italien	3,0	2,0	2,9	3,0	0,4	0,3	1,2	0,2	1,5	1,4
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	9,0	2,5	2,9	4,5	4,2	4,4	4,5
Niederlande	2,7	4,1	3,0	3,5	0,1	- 0,1	1,7	0,5	2,0	2,4
Österreich	2,6	4,6	1,9	3,4	1,0	1,4	2,4	1,7	1,9	2,2
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,8	0,5	- 1,2	1,2	0,4	0,8	1,2
Finnland	3,4	- 0,3	3,4	5,0	2,2	2,4	3,6	1,9	3,5	3,1
Schweden	2,2	1,0	4,1	4,3	2,0	1,5	3,6	2,5	3,0	2,8
Vereinigtes Königreich	3,6	0,7	2,9	4,0	2,0	2,5	3,2	1,6	2,3	2,8
Euro-Zone	2,4	3,6	2,5	3,8	0,9	0,7	2,1	1,3	1,9	2,1
EU-15	2,6	3,0	2,6	3,8	1,1	1,1	2,3	1,4	2,0	2,2
Estland	-	-	4,5	7,9	7,2	6,7	7,8	8,4	7,2	7,4
Lettland	-	-	- 0,9	6,9	6,4	7,2	8,3	9,1	7,7	7,1
Litauen	-	-	3,3	3,9	6,8	10,5	7,0	7,0	6,2	5,8
Malta	-	-	6,2	6,4	0,8	- 1,9	0,4	0,8	0,7	1,1
Polen	-	-	7,0	4,0	1,4	3,8	5,3	3,4	4,3	4,5
Slowakei	-	-	5,8	2,0	4,6	4,5	5,5	5,1	5,5	6,3
Slowenien	-	-	4,1	4,1	3,5	2,7	4,2	3,8	4,0	4,2
Tschechien	-	-	5,9	3,9	1,5	3,2	4,4	4,8	4,4	4,3
Ungarn	-	-	1,5	5,2	3,5	2,9	4,2	3,7	3,9	3,9
Zypern	-	-	9,9	5,0	2,1	1,9	3,8	3,9	4,0	4,2
EU-25	-	-	2,7	3,8	1,2	1,2	2,4	1,5	2,1	2,4
Japan	5,1	5,2	2,0	2,4	- 0,3	1,4	2,7	2,5	2,2	1,8
USA	3,8	1,7	2,5	3,7	1,6	2,7	4,2	3,5	3,2	2,7

- = keine Angaben

Quellen: Für die Jahre 1985–2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2005.

Für die Jahre ab 2002: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2005.

Stand: November 2005.

## 6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %						
	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
<b>Deutschland</b>	<b>1,9</b>	<b>1,3</b>	<b>1,0</b>	<b>1,8</b>	<b>2,0</b>	<b>1,6</b>	<b>1,1</b>
Belgien	2,4	1,6	1,5	1,9	2,7	2,6	1,9
Dänemark	2,3	2,4	2,0	0,9	1,7	2,0	1,9
Griechenland	3,7	3,9	3,4	3,0	3,5	3,1	3,0
Spanien	2,8	3,6	3,1	3,1	3,6	3,3	2,6
Frankreich	1,8	1,9	2,2	2,3	2,0	2,1	1,9
Irland	4,0	4,7	4,0	2,3	2,2	2,5	2,4
Italien	2,3	2,6	2,8	2,3	2,2	2,1	1,9
Luxemburg	2,4	2,1	2,5	3,2	4,1	4,4	2,2
Niederlande	5,1	3,9	2,2	1,4	1,7	2,0	1,9
Österreich	2,3	1,7	1,3	2,0	2,2	2,1	1,7
Portugal	4,4	3,7	3,3	2,5	2,2	2,7	2,2
Finnland	2,7	2,0	1,3	0,1	1,0	1,4	1,3
Schweden	2,7	2,0	2,3	1,0	0,7	1,4	1,8
Vereinigtes Königreich	1,2	1,3	1,4	1,3	2,4	2,2	2,0
Euro-Zone	2,4	2,3	2,1	2,1	2,3	2,2	1,8
EU-15	2,2	2,1	2,0	2,0	2,3	2,2	1,9
Estland	2,5	3,6	1,4	3,0	4,1	3,3	2,6
Lettland	2,5	2,0	2,9	6,2	6,8	6,0	4,8
Litauen	1,3	0,4	– 1,1	1,1	2,6	2,8	2,9
Malta	2,5	2,6	1,9	2,7	3,1	2,6	2,2
Polen	5,3	1,9	0,7	3,6	2,2	2,3	2,5
Slowakei	7,2	3,5	8,4	7,5	2,9	3,6	2,1
Slowenien	8,6	7,5	5,7	3,6	2,6	2,5	2,5
Tschechien	4,5	1,4	– 0,1	2,6	1,7	2,9	2,6
Ungarn	9,1	5,2	4,7	6,8	3,7	2,0	3,0
Zypern	2,0	2,8	4,0	1,9	2,3	2,1	2,1
EU-25	2,5	2,1	1,9	2,1	2,3	2,2	1,9
Japan	– 0,6	– 0,9	– 0,3	0,0	– 0,2	0,3	2,0
USA	2,8	1,6	2,3	2,7	3,3	2,9	2,2

Quellen: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2005.  
Stand: November 2005.

## 7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung									
	1985	1990	1995	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
<b>Deutschland</b>	<b>7,2</b>	<b>4,8</b>	<b>8,0</b>	<b>7,2</b>	<b>8,2</b>	<b>9,0</b>	<b>9,5</b>	<b>9,5</b>	<b>9,3</b>	<b>9,1</b>
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	7,3	8,0	7,9	8,0	7,9	7,8
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,4	4,6	5,6	5,4	4,6	4,2	4,0
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,3	10,3	9,7	10,5	10,4	10,0	9,7
Spanien	17,7	13,1	18,8	11,4	11,5	11,5	11,0	9,2	8,5	8,1
Frankreich	9,6	8,5	11,1	9,1	8,9	9,5	9,6	9,6	9,3	8,9
Irland	16,8	13,4	12,3	4,3	4,3	4,6	4,5	4,3	4,4	4,5
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	8,6	8,4	8,0	7,7	7,6	7,5
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,3	2,8	3,7	4,8	5,3	5,6	5,8
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	2,8	3,7	4,6	5,1	4,9	4,2
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	4,2	4,3	4,8	5,0	5,0	5,1
Portugal	9,1	4,8	7,3	4,1	5,0	6,3	6,7	7,4	7,7	7,8
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	9,1	9,0	8,8	8,4	7,8	7,2
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	4,9	5,6	6,3	6,8	5,9	5,6
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	5,1	4,9	4,7	4,6	4,9	4,7
Euro-Zone	9,3	7,6	10,5	8,3	8,3	8,7	8,9	8,6	8,4	8,1
EU-15	9,4	7,3	10,0	7,6	7,6	7,9	8,1	7,9	7,7	7,4
Estland	–	0,6	9,7	12,5	9,5	10,2	9,2	7,2	6,0	5,4
Lettland	–	0,5	18,9	13,7	12,6	10,4	9,8	9,7	9,4	9,3
Litauen	–	5,3	12,7	16,4	13,5	12,7	10,9	9,0	8,1	7,5
Malta	–	4,8	4,9	6,7	7,7	8,0	7,6	7,2	7,1	7,1
Polen	–	–	13,2	16,4	19,8	19,2	18,8	17,8	16,8	15,5
Slowakei	–	–	13,3	18,7	18,7	17,5	18,2	16,7	16,2	15,8
Slowenien	–	–	6,9	6,6	6,1	6,5	6,0	5,8	5,7	5,6
Tschechien	–	–	3,9	8,7	7,3	7,8	8,3	7,9	7,5	7,4
Ungarn	–	–	10,0	6,3	5,6	5,8	6,0	7,0	6,9	6,7
Zypern	–	–	3,9	5,2	3,9	4,5	5,2	4,9	4,8	4,6
EU-25	–	–	10,6	8,6	8,7	9,0	9,0	8,7	8,5	8,1
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	5,4	5,3	4,7	4,5	4,2	4,2
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,8	6,0	5,5	5,1	5,0	5,3

– = keine Angaben

Quellen: Für die Jahre 1985–2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, statistischer Anhang, November 2005.

Für die Jahre ab 2002: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2005.

Stand: November 2005.

## 8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanz in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %											
	2003	2004	2005 <sup>1</sup>	2006 <sup>1</sup>	2003	2004	2005 <sup>1</sup>	2006 <sup>1</sup>	2003	2004	2005 <sup>1</sup>	2006 <sup>1</sup>
<b>Gemeinschaft der unabhängigen Staaten</b>	<b>7,9</b>	<b>8,4</b>	<b>6,0</b>	<b>5,7</b>	<b>12,0</b>	<b>10,3</b>	<b>12,6</b>	<b>10,5</b>	<b>6,3</b>	<b>8,3</b>	<b>10,6</b>	<b>10,3</b>
darunter												
Russische Föderation	7,3	7,2	5,5	5,3	13,7	10,9	12,8	10,7	8,2	10,3	13,2	13,0
Ukraine	9,6	12,1	5,5	5,4	5,2	9,0	14,2	12,1	5,8	10,5	5,0	0,2
<b>Asien</b>	<b>7,5</b>	<b>7,9</b>	<b>7,3</b>	<b>6,9</b>	<b>2,4</b>	<b>4,0</b>	<b>3,9</b>	<b>4,4</b>	<b>4,3</b>	<b>4,1</b>	<b>3,7</b>	<b>3,4</b>
darunter												
China	9,5	9,5	9,0	8,2	1,2	3,9	3,0	3,8	3,2	4,2	6,1	5,6
Indien	7,4	7,3	7,1	6,3	3,8	3,8	3,9	5,1	1,2	− 0,1	− 1,8	− 2,0
Indonesien	4,9	5,1	5,8	5,8	6,8	6,1	8,2	6,5	3,4	1,2	− 0,4	0,7
Korea	3,1	4,6	3,8	5,0	3,5	3,6	2,8	2,9	2,0	4,1	2,0	1,5
Thailand	6,9	6,1	3,5	5,0	1,8	2,7	4,2	2,7	5,6	4,5	− 2,5	− 2,5
Türkei <sup>2</sup>	5,8	8,9	5,0	5,0	25,2	10,3	8,4	6,9	− 3,3	− 5,1	− 5,6	− 5,3
<b>Lateinamerika</b>	<b>2,2</b>	<b>5,6</b>	<b>4,1</b>	<b>3,8</b>	<b>10,6</b>	<b>6,5</b>	<b>6,3</b>	<b>5,4</b>	<b>0,4</b>	<b>0,9</b>	<b>0,9</b>	<b>0,6</b>
darunter												
Argentinien	8,8	9,0	7,5	4,2	13,4	4,4	9,5	10,4	5,8	2,0	1,3	0,1
Brasilien	0,5	4,9	3,3	3,5	14,8	6,6	6,8	4,6	0,8	1,9	1,7	0,7
Chile	3,7	6,1	5,9	5,8	2,8	1,1	2,9	3,3	− 1,5	1,5	0,3	− 0,7
Mexiko	1,4	4,4	3,0	3,5	4,5	4,7	4,3	3,6	− 1,4	− 1,1	− 1,1	− 0,8
Venezuela	− 7,7	17,9	7,8	4,5	31,1	21,7	16,6	18,0	13,6	12,7	15,9	14,9

<sup>1</sup> Prognosen des IWF.

<sup>2</sup> Zuordnung lt. IWF World Economic Outlook.

Quelle: IWF World Economic Outlook, September 2005.

## 9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

Eröffnungskurs 3. Januar 2005 = 100 %

(3. Januar 2005 bis 15. April 2006)



## 10 Übersicht Weltfinanzmärkte

### Aktienindizes

	Schlussstände 11.4.2006	Anfang 2006	Änderung in % zu Anfang 2006	Tief 2005	Hoch 2005
Dow Jones	11 090	10 718	3,47	10 012	10 941
Eurostoxx 50	3 511	3 349	4,84	2 763	3 364
Dax	5 908	5 408	9,25	4 258	5 459
CAC 40	5 113	4 715	8,43	3 816	4 773
Nikkei	17 418	16 111	8,11	10 012	16 344

### Renditen staatlicher Benchmarkanleihen

10 Jahre	Schlussstände 11.4.2006	Anfang 2006	Spread zu US-Bond	Tief 2005	Hoch 2005
			in %		
USA	4,93	4,40	–	3,89	4,66
Bund	3,87	3,30	– 1,06	3,02	3,78
Japan	1,88	1,47	– 3,04	1,17	1,78
Brasilien	14,87	6,90	9,95	6,90	9,43

### Währungen

	Schlussstände 11.4.2006	Anfang 2006	Änderung in % zu Anfang 2006	Tief 2005	Hoch 2005
Dollar/Euro	1,21	1,18	2,58	1,17	1,36
Yen/Dollar	118,30	117,92	0,32	102,05	121,00
Yen/Euro	143,70	139,32	3,14	131,00	143,19
Pfund/Euro	0,69	0,69	0,97	0,66	0,71







**HERAUSGEBER:**

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN  
REFERAT INFORMATION UND PUBLIKATION  
WILHELMSTRASSE 97  
10117 BERLIN  
[HTTP://WWW.BUNDESFINANZMINISTERIUM.DE](http://www.bundesfinanzministerium.de)  
ODER  
[HTTP://WWW.BMF.BUND.DE](http://www.bmf.bund.de)

**REDAKTION:**

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN  
ARBEITSGRUPPE MONATSBERICHT  
[REDAKTION.MONATSBERICHT@BMF.BUND.DE](mailto:REDAKTION.MONATSBERICHT@BMF.BUND.DE)  
BERLIN, APRIL 2006

**SATZ UND GESTALTUNG:**

HEIMBÜCHEL PR,  
KOMMUNIKATION UND PUBLIZISTIK GMBH,  
BERLIN/KÖLN

**DRUCK:**

BONIFATIUS GMBH, PADERBORN

BEZUGSSERVICE FÜR PUBLIKATIONEN DES  
BUNDESMINISTERIUMS DER FINANZEN:  
TELEFONISCH 0 18 88 / 80 80 800  
(0,12 €/MIN.)  
PER TELEFAX 0 18 88 / 10 80 80 800  
(0,12 €/MIN.)

ISSN 1618-291X



Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.